Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Pränumerationspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. bei der Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 3.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 12. | Dresden, Montag den 16. Januar 1911. | 22. Jahrg.

Der Wahltermin.

Nicht aus bloßer Lust an Kombinationen entspringen die verschiedenen und oft wechselnden Meldungen über den Termin der nächsten Reichstagswahlen. Sie sind vielmehr ein Anzeichen der allgemeinen Unsicherheit und Zerrüttung der politischen Gesamtsituation im deutschen Reiche.

Der Reichstag in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung überlebt. Alle Welt weiß, daß er nicht mehr dem Willen der deutschen Wähler entspricht. Es ist ferner ganz zweifelhaft, ob die bürgerlichen Reichstagsparteien überhaupt noch die Möglichkeit besitzen, irgendeine größere Arbeit, wäre es auch nur im reaktionären Sinne, durchzuführen. Denn sie müssen das Volksgericht der doch kommenden Wahlen fürchten.

Die Regierung möchte vorläufig noch am jetzigen, ihr so genehmen Reichstag festhalten. Sie läßt in der Nordwestlichen Allgemeinen Zeitung gegen die Annahme protestieren, sie sie den Reichstag vorzeitig aufzulösen und eine Uebertumpelung durch unerwartet frühe Vornahme der Wahlen herbeizuführen beabsichtige. Das Regierungsblatt läßt dabei durchblicken, daß die Regierung andere Absichten verfolgen müsse als jene Parteien, die „ein Abflauen der gegenwärtigen Stimmung befürchten". Vor allem wünsche die Regierung dem Reichstag Zeit zu lassen, die ihm vorliegenden Gesetzentwürfe zu erledigen. In dieser Hinsicht wird ausgeführt:

„Die Regierung muß Wert darauf legen, daß der Reichstag hinreichend Zeit behält, um die wichtigen, ihm noch obliegenden Aufgaben in aller Ruhe und Sorgfalt zum Abschluß zu bringen. Die Regierung hat keineswegs dem Reichstage eine Reihe außerordentlich wichtiger Vorlagen gemacht und diese im Verein mit dem Reichstage zum Teil schon weit gefördert, um diese Arbeiten nun mitten auf dem Wege stecken zu lassen. Auch die Abgeordneten, die in den Kommissionen und im Plenum mit Anstrengung gearbeitet haben, werden nicht wünschen können, daß die Frucht ihrer Mühe noch zum Schluß verloren geht."

Es mag wohl der Wunsch der Regierung sein, daß sie ihre Vorlagen noch unter Dach und Fach bringt. Sie weiß aber recht genau, daß das seine großen Schwierigkeiten hat, weil eben ein großer Teil der Reichstagsparteien doch jetzt Bedenken trägt, die Vorlagen so zu beschließen wie die Regierung es fordert, weil zwischen den bürgerlichen Parteien selbst erhebliche Meinungsverschiedenheiten bei den einzelnen Vorlagen obwalten.

Eine bestimmte glaubwürdige Erklärung, daß die Wahlen gewiß nicht vor dem Spätherbst stattfinden sollen, gibt daher auch das Regierungsblatt nicht ab. Es redet lediglich von den jetzigen Wünschen der Regierung. Sollte sich herausstellen, daß der Reichstag die ihm aufgepackte Arbeitslast nach Abschluß der Etatsberatungen auch nicht zum kleineren Teil mehr erledigen kann, und sollte ferner die Regierung einen Augenblick erspähen, indem sie die Stimmung der Wähler sich ein wenig günstiger glaubt als bisher, dann wird sie sicher zugreifen. Mit dieser Möglichkeit rechnen auch die Mitteilungen aus der konservativen Partei, die mit der Vornahme der Neuwahlen schon Mitte Mai rechnen.

Der schwarz blaue Block sucht nur eine Gelegenheit, bei der er mit irgendeiner scheinbaren „Volksfreundschaft" glänzen kann, dann wird er schleunigst die Bude schließen lassen und sich in den Wahlkampf stürzen. Darum gilt es jetzt schon, auf jeden Wahlschwindel, auf jede Ueberrumpelung gefaßt zu sein und die richtige Antwort bereit zu halten!

Presseknebel.

Wie der Reichstagsbericht schon zeigte, hat am letzten Freitag eine schwarz-blau-nationalliberale Mehrheit ein neues kleines Umsturzgesetzchen gegen die oppositionelle Presse eingeschmuggelt. Plötzlich schneite in die Beratung der Novelle zum Strafgesetzbuch ein Antrag der Reaktionsparteien hinein. Der sächsisch-konservative Abg. Wagner hatte den Anführer der Aktion und der nationalliberale Abg. Heinze machte sich zum Mitschuldigen. Es soll der § 186 des Reichsstrafgesetzbuches wie folgt gefaßt werden:

„Wer in Beziehung auf einen andern eine Tatsache behauptet oder verbreitet, welche denselben verächtlich zu machen oder in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen geeignet ist, wird, wenn nicht diese Tatsache erweislich wahr ist, wegen Beleidigung mit Geldstrafe bis zu eintausend Mark oder mit Haft oder mit Gefängnis bis zu einem Jahre und, wenn die Beleidigung öffentlich oder durch Verbreitung von Schriften, Abbildungen oder Darstellungen begangen ist, mit Geldstrafe bis zu 10000 Mark oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft. Auf die Geldstrafe kann auch neben der Freiheitsstrafe erkannt werden."

Es handelt sich um eine sehr bedeutende Verschärfung des Beleidigungsparagraphen. Jetzt wird ein Vergehen gegen § 186 mit einer Geldstrafe bis zu 1000 M. oder mit Haft oder Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft, und für die öffentliche üble Nachrede sind heute Geldstrafen bis zu 1500 M. oder Gefängnis bis zu drei Jahren angedroht. In Zukunft sollen Geld- und Freiheitsstrafen zusammen verhängt werden dürfen. Das Strafmaß wird schon bei der „einfachen" üblen Nachrede heraufsetzt, die öffentliche üble Nachrede aber, die Beleidigung durch die Presse, durch Verbreitung von Flugblättern, Plakaten und anderen Schriften oder durch Abbildungen oder Darstellungen soll nicht nur mit schwerer Freiheitsstrafe, sondern daneben mit Geldstrafe bis zu 10000 M. geahndet werden können. Ja, nicht genug hiermit: Wenn die Beleidigung nachteilige Folgen für die Vermögensverhältnisse, den Erwerb oder das Fortkommen des Beleidigten mit sich bringt, soll der Beleidiger obendrein noch zu einer Geldbuße bis zum Betrage von 20000 M. verurteilt werden können, während sich bisher das Höchstmaß der Buße auf nur 6000 M. beläuft.

Derartige Gesetzesverschärfungen werden gefordert, obwohl schon auf Grund der jetzigen Bestimmungen in Beleidigungsprozessen Strafen ausgeworfen werden können, deren Schärfe allgemein als unerträglich und in keinem Verhältnis zu der etwaigen wirklichen Verfehlung stehend empfunden wird. Man denke nur an die Verurteilung des Gutsbesitzers Becker, der den Landrat beleidigt haben sollte, zu einem Jahre Gefängnisstrafe! Und wie werden erst sozialdemokratische Blätter in manchen deutschen Landesteilen fortwährend mit härtesten Strafen gegen die Redakteure wegen geringfügigster Bagatellen bedrängt!

Aber für die Schwarzen und Blauen — und Nationalliberale schließen sich dem edlen Bunde an! — ist diese Bedrückung der Presse noch lange nicht schwer genug. Sie haben in der zweiten Lesung der Novelle zum Strafgesetzbuch Verschärfungen beschlossen, die die gegenwärtige Knebelung der deutschen Opposition noch verschlimmern sollen.

Die Annahme des neuen § 186 geschah am Freitag ohne Debatte, weil die Linke nicht unterrichtet war, daß der betreffende Antrag Wagner zur Debatte und Abstimmung gelangen sollte, und weil der Präsident des Reichstags bei Vornahme dieser Abstimmung sehr undeutlich sprach. In der dritten Lesung des Gesetzentwurfs wird alles aufgeboten werden müssen, um die bösartigen Machenschaften der Reaktion noch zu durchkreuzen.

•

Zu dieser Angelegenheit wird uns noch geschrieben: Es ist gar kein Wunder, daß die beabsichtigte Verschärfung der Beleidigungsstrafen, namentlich die außerordentliche Erhöhung der Geldstrafen, bei der liberalen Presse mehr Beunruhigung hervorruft als bei der sozialdemokratischen. Denn wenn die Regierung die Richter finden sollte, die sie zur Ausführung ihres Gesetzes braucht und wenn es wirklich in Zukunft Geldstrafen von vielen Tausenden regnen sollte, dann werden sich zwar die Kriegskosten der sozialdemokratischen Partei gewaltig erhöhen, es wird ihr aber trotzdem nicht an Mitteln fehlen, den Krieg durchzuführen. Denn die sozialdemokratische Partei und Presse kämpft in einem großen Verbande gegen den Feind, sie vermag daher Lücken, die da oder dort entstehen, immer wieder rasch auszufüllen. Ganz anders ist es bei der liberalen Presse in den mittleren und kleinen Städten. Da ist jedes Blatt ein besonderes kapitalistisches Geschäft, das zugleich mit dem Parteiinteresse, oder vielmehr vor diesem auch dem Privatinteresse des Unternehmers zu dienen hat. Kommt nun das neue Gesetz zustande, dann wird kein Zeitungsunternehmer in der Provinz es mehr wagen, Opposition gegen das Junkerregiment zu machen, aus Furcht, er werde in Beleidigungsprozesse verwickelt und durch hohe Geldstrafen wirtschaftlich ruiniert werden. Die sozialdemokratische Presse aber, die die solidarische Macht der Arbeiterklasse hinter sich hat, würde sich kein Blatt vor den Mund nehmen und die erhöhten Prozeßausgaben zu den Geschäftskosten schlagen. Mit dem antisozialdemokratischen Enteignungsgesetz würde es aus andern Gründen also genau so gehen wie mit dem antipolnischen, und die eigentlichen Leidtragenden würden zum Schluß ganz andre Leute sein als die Sozialdemokraten.

Im Interesse der Freiheit, die wir für die ganze Presse, nicht bloß für die sozialdemokratische, programmatisch fordern, ist die geplante Verschärfung der Beleidigungsstrafen auf das Entschiedenste zu verwerfen; als Maßnahme zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, als die sie gemacht ist, ist die geplante Gesetzesänderung ein grotesker Fehlgriff und zur Erfolglosigkeit von vornherein verurteilt.

Die Landtagswahlen in Finnland.

Die Ergebnisse der Landtagswahlen in Finnland bedeuten einen glänzenden Sieg der Sozialdemokratie, der um so höher zu veranschlagen ist, als er in einer Periode harter politischer Kämpfe erfochten worden und darum als ein Vertrauensvotum der breiten Massen an die sozialdemokratische Taktik angesehen werden kann. Die Stimmen- und Mandatszahl der finnischen Sozialdemokratie befindet sich seit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts in aufsteigender Linie: Bei den ersten Wahlen auf Grund des neuen Wahlgesetzes im Jahre 1907 eroberte sie im ersten Ansturm 80 Mandate (von insgesamt 200), 1908 steigerte sich diese Zahl auf 83, 1909 auf 84, 1910 auf 86, und jetzt hat die Sozialdemokratie nicht nur ihre sämtlichen Mandate behauptet, sondern auch noch dem Bund der Kleinbauern ein Mandat abgenommen. Die rührige Wahlarbeit unserer finnischen Genossen hat schöne Früchte getragen und die Erwartungen aller Feinde der proletarischen Bewegung zuschanden gemacht, die angesichts der kritischen politischen Lage Finnlands ein Abschwenken der sozialdemokratischen „Mitläufer" erwartet hatten. Die diesjährigen Wahlen haben erneut gezeigt, daß die Machtstellung der finnischen Sozialdemokratie keine Zufallserscheinung ist und nicht von „Mitläufern" abhängt. Hinter ihr stehen die Arbeiterbataillone Finnlands, die sich angesichts der bevorstehenden schweren Kämpfe gegen die russischen Eroberer mit noch größerer Geschlossenheit um ihre Partei, um ihr sozialdemokratisches Banner scharen.

Die Aufgaben, die dem neuen Landtage bevorstehen, sind ganz enorm. Bekanntlich hat der Zar den vorigen Landtag, wie in den vorhergehenden Jahren die drei ersten Landtage, aufgelöst, weil sich die Vertreter des finnischen Volkes der zarischen Gewalt nicht fügen wollten. Der letzte Landtag war im Oktober v. J. zu einer außerordentlichen Session einberufen worden, um über zwei höchst wichtige Gesetzesvorlagen sein „Gutachten" abzugeben, die der russische Ministerrat auf Grund des „allgemein staatlichen" Erdrosselungsgesetzes vom 30. Juni 1910 ausgearbeitet hatte. Der Landtag setzte dieser Zumutung der Petersburger Regierung ein ebenso einstimmiges, kategorisches „Nein" entgegen, wie in der vorhergehenden Frühjahrssession, als Stolypin von der finnischen Volksvertretung verlangte, daß sie den vom Zaren im März angeordneten Rechtsraub, der Finnland in eine russische Provinz verwandelte, selbst gutheißen sollte. Der Landtag sah sich gezwungen, die Beratung der zugegangenen Vorlagen als verfassungswidrig abzulehnen, da er sonst das Erdrosselungsgesetz vom 30. Juni sanktioniert und selbst mitgeholfen hätte, den Galgen für die Freiheit Finnlands aufzurichten. Angesichts des einmütigen Protestes der finnischen Volksvertretung wagte es die russische Regierung nicht, dem Drängen der Blut- und Eisenpolitiker nachzugeben, die Verfassung einfach außer Kraft zu setzen und in Finnland den Belagerungszustand zu proklamieren. Sie schlug den scheinbar verfassungsmäßigen Weg ein, indem sie den Landtag — zum vierten Male in vier Jahren! — auflöste und die Neuwahlen für den 2. Januar 1911 anberaumte. In Wirklichkeit verfolgt diese Taktik, wenn auch unter der Maske der „Gesetzmäßigkeit", dasselbe Ziel, denn während der Landtag durch die Entziehung jeder gesetzgebenden Arbeit (die in die Petersburger Ministerkanzleien übertragen wird!) zu einem langsamen Tode verurteilt wird, reißt die Petersburger Regierung die Verwaltung des Landes an sich, plündert die finnische Staatskasse und setzt die Verfassung stückweise außer Kraft, während ihre Lakaien in der Duma neue Gesetzesvorlagen ausarbeiten, die die Okkupation Finnlands durch den diebischen russischen „Tschin" erleichtern und jeden noch so gesetzmäßigen Widerstand der Finnen unmöglich machen soll. Es unterliegt darum keinem Zweifel, daß die neue finnische Volksvertretung gleich zu Beginn ihrer Tätigkeit mit den Petersburger Gewaltpolitikern in schärfsten Konflikt geraten wird. Ihr Votum wird aber um so gewichtiger in die Wagschale fallen und die Regierung von neuen Gewaltmitteln zurückhalten, je einmütiger ihr Protest, je stärker das Band sein wird, das sie mit ihren Wählern vereint. Darum bedeutet der Wahlausfall ein drohendes Menetekel für die Herrschenden. Er sagt ihnen, daß das finnische Volk sich durch ihre Gewaltmittel nicht einschüchtern läßt, und daß vor allem das finnische Proletariat Gewehr bei Fuß dasteht, bereit, seine Freiheit und Selbständigkeit vor den äußeren und inneren Feinden zu verteidigen.

Deutsches Reich.

Straflosigkeit des Bettels aus Not. — Ablehnung sozialdemokratischer Verbesserungsanträge.

Der Reichstag beendete am Sonnabend die zweite Lesung der kleinen Novelle zum Strafgesetzbuch. Zwei Sitzungen waren zu dieser Arbeit nötig, denn die erste Sitzung flog wegen Beschlußunfähigkeit des Hauses, die in einem anmutigen Hammelsprung konstatiert wurde, auf. Unsere Fraktion war sehr zahlreich zur Stelle, um so schwächer waren die bürgerlichen Parteien vertreten. Dieselben können nicht einmal zur Entschuldigung anführen, daß gleichzeitig Landtagssitzung war, denn auch im Abgeordnetenhause gab es eine aufgeflogene Sitzung. Die schwache Besetzung der bürgerlichen Parteien und der Umstand, daß in dieser Frage das Zentrum mit ihr stimmte, ermöglichte unserer Fraktion, eine nicht unwesentliche Verbesserung durchzusetzen, die hoffentlich in dritter Lesung aufrechterhalten wird, nämlich die Einfügung der Bestimmung, daß der Richter bei Bettel aus unverschuldeter Not auf Straflosigkeit erkennen kann. Es ist freilich ein Hohn auf den „christlichen" Staat, daß es einer solchen Bestimmung überhaupt erst bedarf, respektive daß sie nicht schon längst festgelegt ist. Kurz und nachdrücklich traten die Genossen Stadthagen, Frohme und Frank, denen sich bis zum gewissen Grade der Abgeordnete Groeber anschloß, für diese Verbesserung ein. Es muß besonders erwähnt werden, daß die Liberalen sich in dieser Angelegenheit zum großen Teil als überaus reaktionär er-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19110116/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

wiesen haben. Der nationalliberale Abgeordnete Dr. Heinze erklärte sich, gleich dem Regierungsvertreter, gegen die Einfügung der Bestimmung, daß Bettel aus unverschuldeter Not straffrei bleiben soll.

Alle weiteren Verbesserungs-Anträge unserer Fraktion wurden abgelehnt, wenn auch die Fortschrittspartei erkennen ließ, daß sie materiell mit manchen dieser Anträge sympathisiere. Sie fand aber nicht den Mut, die wenig stichhaltigen formalen Bedenken zu überwinden. So wurden denn die von Genossen Stadthagen vortrefflich begründeten Anträge auf Verhinderung des Mißbrauches des Erpressungs-Paragraphen zu antigewerkschaftlichen Zwecken, auf Aufhebung der skandalösen Strafbefreiung herrschaftlicher Gesindeprügelei, auf Beseitigung des babylonischen Turmes uralter Polizeiverordnungen von oft geradezu grotesker Komik usw. abgelehnt. Am Montag beginnt die zweite Lesung der Reichswert-Zuwachssteuer.

Fragen der Arbeiterhygiene vor der Petitionskommission des Reichstags.

Der Deutsche Holzarbeiterverband (Berlin) hat im März 1910 eine Petition an den Reichstag gerichtet die auf die wachsenden Gefahren für Leben und Gesundheit der mit der Verarbeitung von Zelluloid beschäftigten Arbeiter hinweist. Als statistisches Material sind die Erhebungen des Holzarbeiter- und Buchbinderverbands beigefügt. Die Petenten bezeichnen den Erlaß einer Verordnung des Bundesrats als dringend und verweisen auf die österreichische Verordnung vom Juli 1908.

Die Fabrikanten der Zelluloidbranche sind im Dezember 1910 mit einer Eingabe gegen die Arbeiterpetition aufgetreten; sie meinen, daß die mit der preußischen Regierung vereinbarten und am 7. Mai 1910 veröffentlichten Grundsätze einer Branchenüberwachung auch den von den Arbeitern geäußerten Wünschen entsprächen. Eine Anwendung auf die Hausindustrie könne nur Sache des Heimarbeitergesetzentwurfs sein. Das Verbot der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter sei keine hygienische, sondern lediglich eine verschleierte Lohnfrage.

Der Regierungsvertreter Dr. Lehmann trat in der Petitionskommission dieser Ansicht der Unternehmer bei und meinte, die Bundesstaaten hätten sich doch zur Uebernahme der preußischen Vorschriften bereit erklärt. Abg. Severing wies dagegen auf die ungünstigen Erfahrungen hin, die 1907 mit solchen bundesstaatlichen Versprechungen bei der Ueberwachung der Schleifereibetriebe gemacht worden seien. Auch Abg. Sachse betonte die Notwendigkeit, wie in Oesterreich eine allgemeine Regelung zu schaffen. Beide Redner befürworteten den Antrag des Referenten Giesberts, der Regierung als prinzipielle Forderung zur Berücksichtigung und die Einzelvorschläge als Material zu überweisen. — Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen.

•

In einer Petition des Zentralverbands christlicher Maler und verwandter Berufe (Düsseldorf) beschloß die Kommission, die Forderung nach Arbeiterkontrolleuren und nach Einführung eines Meldezwangs für alle Bleiinfektionen der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Aus dem preußischen Abgeordnetenhause.

Auf der Tagesordnung des preußischen Abgeordnetenhauses stand am Sonnabend als erster Punkt die Wahl des Präsidiums. Da die Sozialdemokraten gegen die Wiederwahl des bisherigen Präsidenten v. Kröcher Einspruch erhoben, mußte die Wahl durch Stimmzettel erfolgen. Hierbei ergab sich das überraschende Resultat, daß das Haus nicht beschlußfähig war. Die Sitzung mußte unterbrochen werden; der Präsident beraumte die Sitzung eine Viertelstunde später an.

Es wurde dann, ohne daß vorher die Wahl des Präsidiums erfolgte, die Etatsberatung begonnen. Der konservative Abgeordnete v. Pappenheim hatte am Etat nichts auszusetzen. Von allgemeinem Interesse waren seine Betrachtungen über die Moabiter Vorgänge. Trotz des für die Polizei vernichtenden Prozeßurteils überschüttete er sie mit Lobsprüchen.

Auch der Zentrumsabgeordnete Graf Praschma streifte den Moabiter Prozeß; er kritisierte nicht etwa das Verhalten der Behörden, sondern richtete an die Regierung die Bitte, bei der Reform der Strafprozeßordnung dafür zu sorgen, daß eine ungebührliche Ausdehnung und Verschleppung von Prozessen vermieden werde. Weiter befürwortete er eine noch größere Berücksichtigung des Religionsunterrichts im Lehrplan der Volksschulen. Weder der konservative, noch der Zentrumsredner berührten die Wahlrechtsvorlage. Erst der nationalliberale Abgeordnete Dr. Friedberg tadelte es, daß die Regierung keine Wahlrechtsvorlage eingebracht habe, ferner erkundigte er sich nach dem Stande des Gesetzes über die Feuerbestattung und besprach eingehend den Greifswalder Landratsprozeß, wobei er das konservative Parteiregiment in Preußen scharf kritisierte. Dann tadelte er die Regierung, daß eine galizische Dienstmagd ohne jede gesetzliche Grundlage sieben Monate in Administrationshaft gehalten wurde. Der Moabiter Prozeß gab ihm dann noch Veranlassung, einen größeren Schutz der Arbeitswilligen zu fordern. Nach einem Hinweis auf den Eisenbahnerausstand in Frankreich fragte er den Minister, ob Vorkehrungen getroffen seien, einen solchen Streik in Preußen zu verhindern.

Der Minister des Innern, v. Dallwitz, verurteilte die Behandlung der galizischen Dienstmagd. Er kündigte die Einbringung eines Gesetzes über die Feuerbestattung an und verwahrte die Regierung gegen den Vorwurf, eine Parteiregierung zu sein. Sie verhalte sich gegen alle Parteien, abgesehen von denen der Sozialdemokraten und Polen, gleich. Das Fehlen einer Wahlrechtsvorlage suchte er damit zu rechtfertigen, daß eine solche Vorlage doch keine Aussicht auf Annahme hätte und nur die Gegensätze zwischen den bürgerlichen Parteien vergrößern würde.

Schließlich hielt noch der Eisenbahnminister v. Breitenbach eine seiner bekannten Scharfmacherreden, in der er den Eisenbahnern rund heraus das Streikrecht absprach. —

Die nächste Sitzung findet am Montag statt.

Die Lohnbewegung der Ruhrbergleute.

Bochum, 15. Januar. Die propagandistische Tätigkeit der großen Bergarbeiterverbände des Ruhrbeckens in der Lohnfrage hat mit dem heutigen Sonntage ihren Höhepunkt erreicht. Die drei in der Lohnfrage zusammengehenden Organisationen, der alte Bergarbeiterverband, der Hirsch-Dunckersche Gewerkverein und die polnische Berufsvereinigung, haben allein R. zum Teil sehr stark besuchte Belegschaftsversammlungen anberaumt, in denen die Belegschaften von 130 bis 140 Zechen oder Schachtanlagen beteiligt waren. Mit großer Einmütigkeit und Geschlossenheit wurde die von den Organisationsleitungen vorgelegte Entschließung angenommen, in der die Einreichung der Lohnforderungen durch Vermittlung der Arbeiterausschüsse gutgeheißen wird. Zu Anfang betonten nachdrücklich, daß im Falle ablehnender Haltung auf Seite der Bergwerksbesitzer die Bergarbeiter hinter den Forderungen stehen müssen. Für jede Zeche wurde ein Vertrauensmann gewählt, der dem Verband über den Stand der Dinge jeweils Mitteilung machen und die Belegschaft in etwa notwendig werdenden Revierkonferenzen vertreten soll. Der Christliche Gewerkverein hielt ebenfalls Versammlungen ab, in denen die Hamborner Resolution angenommen wurde. Die „christlichen" Bergarbeiter trennen sich jetzt von ihren übrigen Kollegen auch in Beurteilung des Zwangsarbeitsnachweises des Zechenverbandes. Bei der Berührung dieses Gegenstandes erklärten die christlichen Organisationsleiter, der Zwangsarbeitsnachweis sei eine notwendige Folge der Entwicklung. Man könne es den Grubenherren nicht verargen, wenn sie ihren Einfluß auf die Lohnregelung geltend machten.

Dortmund, 15. Januar. Im städtischen Börsensaal fand heute vormittag eine von über 1000 Bergarbeitern besuchte Belegschaftsversammlung der beiden Kaiserstuhlschächte statt. Husemann-Bochum (letzter Vorsitzender) begründete eingehend die von den vereinigten Verbänden aufgestellten Lohnforderungen. Die Zeit, diesen Forderungen Geltung zu verschaffen, sei keineswegs so ungünstig, wie der christliche Gewerkverein glauben machen wolle. Von den Werksbesitzern selbst wird zugegeben, daß wir uns im Anfang einer Hochkonjunktur befinden. Von den Gewerkvereinsrednern würde als Schreckmittel der gewaltige Vorrat an Koks und Kohlen angeführt, der von den Zechen zur Abwehr eines etwaigen Streiks aufgespeichert worden sei. Dieses Vorratslager würde immer vorhanden sein. Wenn die Ruhrbergleute mit ihren Forderungen warten wollten, bis die Vorräte aufgebraucht sind, dann müßten sie warten bis zum Sankt Nimmerleinstag. Wolle man den Zechen die Lohnregelung überlassen, so kämen die Bergleute dabei schlecht weg. Wie das Beispiel der Zeche Preußen bewiesen habe, erfolgten solche Regulierungen meist zuungunsten der Bergarbeiter. Zum Schluß trat der Redner für den Abschluß korporativer Arbeitsverträge und die tarifmäßige Festlegung der Löhne auf Grund von Abmachungen zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeiter ein. Ein Redner vom Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein verteidigte ebenso wie Husemann die Lohnforderungen der Verbände. Die bekannte Resolution wurde einstimmig angenommen.

Oesterreich gegen die deutschen Schiffahrtsabgaben.

Aus Aussig wird berichtet: Eine auf Einladung der Reichenberger Handels- und Gewerbekammer hier tagende, von Regierungsvertretern, Handelskammermitgliedern, Verkehrs- und Schiffahrtsinteressenten zahlreich besuchte Versammlung beschloß, die Regierung zu ersuchen, an der vollen und unbedingten Freiheit der Elbschiffahrt festzuhalten und Verhandlungen über die Zulassung von Schiffahrtsabgaben auch dann abzulehnen, wenn für eine Aenderung der Staatsverträge nach dieser Richtung hin Kompensationen, gleichviel welcher Art, in Aussicht gestellt werden sollten. Namens des österreichischen Handelsministeriums erklärte Sektionschef Riedl, die österreichische Regierung werde an ihrem die Schiffahrtsabgaben ablehnenden Standpunkte unbedingt festhalten.

Das Zweckverbandsgesetz für Groß-Berlin.

Das in der preußischen Thronrede angekündigte Gesetz über einen allgemeinen Zweckverband und einen Zweckverband für Groß-Berlin ist Sonnabend abend veröffentlicht worden. Der Entwurf will die Verbindung von Städten zu Zweckverbänden sowie die Errichtung von solchen in allen Landesteilen Preußens ermöglichen.

Für Groß Berlin sind in dem Gesetzentwurf besondere Bestimmungen getroffen. Der Entwurf faßt die Städte Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Rixdorf, Deutsch-Wilmersdorf, Lichtenberg und Spandau sowie die Landkreise Teltow und Niederbarnim zu einem Verbande Groß Berlin zusammen und gibt diesem Verbande drei Aufgaben: die Regelung des Bahnverkehrs, die Beteiligung an der Festsetzung von Baufluchtplänen sowie am Erlaß der Bauordnungen und endlich die Erwerbung und Erhaltung eines Wald- und Wiesengürtels.

Die Organe des Verbandes sind die Verbandsversammlung, der die Beschlußfassung, der Verbandsausschuß und der Verbandsdirektor, denen die Verwaltung bezw. die Erledigung der laufenden Geschäfte obliegt. Die Verbandsversammlung, in der gleichwie im Verbandsausschusse der Oberbürgermeister von Berlin den Vorsitz führt, zählt außer ihm 99 Mitglieder, die auf die Verbandsmitglieder nach der Einwohnerzahl mit der Maßgabe verteilt werden, daß kein Mitglied mehr als ⅓ der Stimmen, also 33, haben darf. Die Vertreter der Einzelglieder in der Verbandsversammlung werden von den städtischen Kollegien bezw. von den Kreistagen gewählt. Für jeden Vertreter wird ein Ersatzmann bestimmt. Die Abstimmung erfolgt mit einfacher Stimmenmehrheit; bei Beschlüssen über den Bau, den Erwerb oder die Uebernahme des Betriebes von Bahnen durch den Verband ist eine Mehrheit von ¾ der Stimmen erforderlich. Der Verbandsausschuß zählt 18 Mitglieder und besteht außer dem vorsitzenden Oberbürgermeister von Berlin aus den übrigen Bürgermeistern bezw. Landräten der Verbandsglieder, einem von dem Oberbürgermeister von Berlin zu bezeichnenden Magistratsmitgliede dieser Stadt sowie 8 von der Verbandsversammlung gewählten Vertretern bezw. Ersatzmännern von denen 2 auf Berlin und je eines auf die Stadt- und Landkreise des Verbandes mit mehr als 100 000 Einwohnern entfallen. Der Verbandsdirektor und die ihm beigegebenen oberen Beamten werden von der Verbandsversammlung gewählt. Die Wahl- bezw. Amtsdauer beträgt bei den Mitgliedern der Verbandsversammlung 3, bei den gewählten Mitgliedern des Verbandsausschusses 6, beim Verbandsdirektor 6 bis 12 Jahre.

Der Geldbedarf des Verbandes soll durch Matrikularbeiträge aufgebracht werden, und zwar für Bahnunternehmungen nach einem von der Verbandsversammlung festzusetzenden Interessenmaßstab, im übrigen nach dem Steuersoll. Die Reinüberschüsse der Bahnunternehmungen fließen den Verbandsgliedern, soweit sie in früheren Betriebsjahren für diese Unternehmungen Fehlbeträge gedeckt haben, zu, darüber hinaus unterliegt ihre Verwendung der Beschlußfassung des Verbandes.

Der Entwurf bedeutet eine Vergewaltigung Berlins. Berlin umfaßt den weitaus größten Teil der Einwohner des Zweckverbandsgebiets, wird auch den größten Teil der gemeinsamen Lasten zu tragen haben, kann aber in wichtigen Sachen von den anderen Gemeinden überstimmt werden.

Am Sonntag beschäftigte sich eine Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter Groß Berlins mit dem Gesetzentwurf. Es wurde eine Resolution angenommen, in der gesagt wurde, die Konferenz erblicke eine Beseitigung der aus der Zersplitterung Groß-Berlins entstehenden wirtschaftlichen Schäden nur in der Vereinigung sämtlicher Gemeinden zu einer einheitlichen Verwaltung. Ein gesetzlicher Zweckverband erscheine als ein Mittel, die nachteiligen Folgen der kommunalen Zersplitterung einzuschränken. Ein derartiger Zweckverband dürfe allerdings nicht nur auf wenige Gebiete kommunaler Verwaltung beschränkt werden. Er müsse vielmehr, um den Gemeinden die Lösung ihrer sozialen Aufgaben zu erleichtern und einen Ausgleich zwischen den wirtschaftlich starken und den wirtschaftlich schwachen Gemeinden zu schaffen, möglichst weite Gebiete kommunaler Tätigkeit umfassen.

Genosse Molkenbuhr erklärte, daß man die Gelegenheit zu einem Vorstoß zugunsten einer großzügigen Eingemeindung benutzen müsse.

Freisinnige Wahlparole. Der bayrische Landtagsabgeordnete Dr. Günther gab, der Tägl. Rundsch. zufolge, in einer Versammlung der Fortschrittlichen Volkspartei in München die Parole für die nächsten Reichstagswahlen bekannt: „Nieder mit dem Block der Konservativen und Ultramontanen. Wir fürchten uns vor keinem Gewaltmittel, das uns in dieser Hinsicht zum Siege führen kann. Jede Angstmacherei liegt den Mitgliedern der Fortschrittlichen Volkspartei fern. Wer aus bloßer Furcht vor der Sozialdemokratie dazu verhilft, den erwähnten Block zu dem zu machen, was er ist, der handelt wie ein Soldat, der aus Angst vor dem Feinde sich vorher den Tod gibt."

Bei den Wahlen von 1907 haben die Freisinnigen, auch in Bayern, ganz anders gehandelt, als jetzt der Abg. Günther verkündigt. Der sächsische Namensvetter des Abg. Günther und die Mehrheit seiner Parteifreunde haben noch bei den Landtagswahlen von 1909 Konservative und reaktionäre Nationalliberale in das Mandat gehoben. Wenn die Fortschrittlichen es jetzt besser machen wollen — nun gut!

Eine reichsgesetzliche Regelung der Dienst- und Ruhezeiten des Eisenbahnpersonals fordert eine dem Reichstage soeben zugekommene Petition. Sie geht aus vom Kartell der Verbände Sächsischer und Süddeutscher mittlerer Eisenbahnbeamten (Sitz Leipzig). Es haben sich dem Gesuche aus allen Bundesstaaten 18 Vereine angeschlossen. Die Petenten berufen sich auf Artikel 4 der Reichsverfassung, dessen Ziffer 8 die Zuständigkeit des Reiches begründe.

Von einem Eingriff in die Hoheitsrechte der Bundesstaaten könne keine Rede sein, nachdem das Reich schon auf anderen Gebieten die Arbeits- und Ruhezeit reichsgesetzlich geregelt habe.

In der Petition wird u. a. gefordert: Festsetzung der Dienstzeiten nach Durchschnittswochen; Maximalschicht von 14 Stunden für Haupt- und 15 Stunden für Nebenbahnen; Ruhefrist zwischen zwei Schichten 12 Stunden, wenn sie auf Nachtdienst folgt; mindestens 10 vor durchgehendem Nachtdienst aber nicht unter 8; im übrigen stets 8 Stunden; jährlich 52 Ruhetage (½ an Sonn- und Festtagen) ohne Einschränkung des Urlaubs wöchentlich höchstens dreimal Nachtdienst; Mitwirkung des Personals bei der Aufstellung der Dienstpläne.

Kleine politische Nachrichten. Ein Gesetzentwurf über Unfallfürsorge bei Arbeiten, die freiwillig zur Rettung von Personen und zur Bergung von Gegenständen vorgenommen werden, ist bei der zuständigen Reichsbehörde in seinen Grundzügen fertiggestellt worden. Wahrscheinlich wird der Entwurf aber erst in der nächsten Session eingebracht werden. — Auf eine Korrespondenz-Meldung, die Staatsanwaltschaft beabsichtige, Eulenburg wieder vor die Gerichtsschranken zu fordern da sich der Gesundheitszustand des Meineidverdächtigen ganz erheblich gebessert habe, erklärt Justizrat Wronker, Eulenburgs Verteidiger „der Gesundheitszustand des Fürsten verschlechtert sich ständig". — Wegen Verweigerung des Modernisteneids ist dem Oberlehrer Michels Oberlahnstein vom Limburger Bischof die Maßregelung angedroht worden. — Die juristische Fakultät der Universität Königsberg hat den preußischen Handelsminister Sydow aus Anlaß seines 60. Geburtstags zum Ehrendoktor ernannt. Angeblich soll sich Herr Sydow Verdienste erworben haben durch seine schriftstellerische Tätigkeit auf dem Gebiete des internationalen und des Zivilrechts. — Dem Reichstag wird in nächster Zeit der Entwurf eines neuen See-Unfallgesetzes zugehen, und die Regierung legt Wert darauf daß auch diese Vorlage noch verabschiedet wird. Im Jahre 1909 war bereits ein Vorentwurf der öffentlichen Kritik unterstellt worden und unter Berücksichtigung der Ergebnisse dieser Kritik ist der neue Entwurf dann zur Ausarbeitung gelangt. In erster Linie soll erreicht werden daß eine Beschleunigung der sreamtlichen Untersuchungen herbeigeführt wird. — Am Sonnabend sagte in Frankfurt a. M. eine Protestversammlung des Bundes der Landwirte „gegen die Fleischnothetze". Etwa 1000 Notleidende „protestierten" gegen die Tatsache daß die Händler an der Fleisch„teuerung" schuld tragen; außerdem entrüstete man sich über den Kampf der Großstadtpresse gegen die Fleischnot. — Eine Abordnung des Wiener Gemeinderats ist in Paris eingetroffen und vom Präsidenten und zahlreichen Mitgliedern des Munizipalrats am Bahnhof empfangen worden. — Auch in Rußland stellt jetzt die Militärverwaltung eine große Anzahl von Flugmaschinen in den Dienst des Heeres. Die Regierung kaufte in England acht Farmanbiplane und 29 verschiedene Aeroplane in Frankreich an. — Das türkische Marineministerium hat eine Kommission zum Studium des Flottenbauprogramms des früheren Instrukteurs Gamble eingesetzt. Vier Marineoffiziere haben sich nach Frankreich begeben, um die bestellten Unterseeboote zu übernehmen. — In den leitenden Kreisen Salonikis (Türkei) ist die Nachricht eingetroffen daß die Lage in Sana sehr ernst sei. Der Kriegsminister habe die Mobilisierung der Redifbrigade von Smyrna angeordnet. Die Verbindung mit Sana ist unterbrochen. Die türkischen Beamten sollen sich in der Gewalt der Araber befinden.

Männerstolz vor Königskronen.

Der Prinz Max von Sachsen warf sich dem Papste zu Füßen und bat ihn wegen seines bekannten Artikels um Verzeihung.

Männlicher und stolzer hat sich nie ein Deutscher benommen! Ein anderer wäre vielleicht in feiger Aengstlichkeit zu Hause geblieben und hätte nicht gewagt, dem Ruf nach Rom zu folgen. Aber ein deutscher Prinz fürchtet nur Gott und sonst nichts auf der Welt. Deshalb eilte er mit dem nächsten Zuge nach der ewigen Stadt. Ein anderer würde es kaum gewagt haben, die kostbaren Teppiche in den Gemächern des Papstes zu betreten; er betrat sie nicht nur, sondern warf sich auch in seiner ganzen Länge auf sie nieder, unbekümmert darum, ob er sie dadurch abnutzte oder nicht. Während ein anderer kaum gewagt hätte, das Gewand des Papstes zu berühren, bemächtigte er sich ohne Umstände des päpstlichen Fußes und drückte furchtlos seine männlichen Lippen darauf. In der Geschichte werden die stolzen Worte unvergessen sein, die er dem Papste vor die Füße warf: „Hier liege ich! Gott verzeihe mir! Ich kann so und kann so!"

Klabderadatsch.

Preislied.

Nun da sich neigt zu Ende
Der Streit zu Moabit,
Da klatsch' ich in die Hände
Und stimme an mein Lied.
Will von dem Schutzmann sagen,
Der mir so sehr gefiel,
Und will, wie er, mal schlagen,
Und sei's mein Saitenspiel.

Und will noch mal vermelden,
Wie wild die Schlacht entbrannt.
Da standen stark die Helden,
Schutzmann und Leutenant!
Und ihrem Zahngehege
Entfuhr manch Wort voll Mark,
Das war wie ihre Schläge
So schlagend und so stark.

„Du dummer Lausejunge,
Du Strolch, du alte Sau."
So ward mit Kraft und Schwunge
Benamset Mann und Frau.
„Du Aas, du Popelfritze,
Du Lump, du Hund, du Schwein,"
Das schlug wie helle Blitze
Ins Volksgewühl hinein.

„Dem Aas spuckt ins Jesichte."
Der Mann der Ordnung schreit.
Wie steht in goldnem Lichte
Die hohe Obrigkeit!
Was ist der Mensch, wenn nie er
Solch einen Helden sah!
Der Schutzmann als Erzieher:
Hurra, hurra, hurra!

Klabderadatsch.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19110116/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Die zweijährige Dienstzeit.

Wien, 15. Januar. Die Regierung wird im April ein neues Wehrgesetz zur Einführung der zweijährigen Dienstzeit vorlegen, mit gleichzeitiger Erhöhung des Rekrutenkontingents von 130000 auf 154000 Mann. Die einmaligen Kosten dieser Reform belaufen sich auf 60 Millionen Kronen. Die fortlaufenden jährlichen Mehrkosten auf 10 Millionen.

Schweiz.

Die Bevölkerungszahl der Schweiz.

s. k. Nach der Volkszählung 1910 belief sich die Bevölkerungszahl nach den jetzt vorliegenden ersten Zusammenstellungen auf 3 736 700 Seelen, das sind 12,7 Proz. mehr als 10 Jahre vorher (3 315 400). Die stärkste absolute Zunahme weist der Kanton Zürich auf, der jetzt 500000 Einwohner zählt (70 000 = 16 Proz. mehr als 1900). Er ist damit dem noch immer an der Spitze stehenden Kanton Bern, der seit 1900 = 6½ Proz. gewonnen hat und 640 300 Einwohner zählt, wieder ein Stück näher gerückt. Relativ größere Volkszunahme weisen auf: St. Gallen mit 301 000 (51 000 = 20½ Proz. mehr) und Basel-Stadt: 135 000 (23 000 = 20 Proz. mehr). Die kleinsten Kantone sind Uri mit 22 000 und die Halbkantone Obwalden (17 000), Nidwalden (13 800) und Appenzell-Inner-Rhoden (14 600). [illegible] hat 154 100, nur 16 Proz. mehr. Die beiden Stadtkantone Basel und Genf bleiben weit zurück hinter der Stadt Zürich, die 190000 Einwohner zählt, über 40 000 mehr als bei der letzten Zählung.

Belgien.

Zum Bergarbeiterstreik.

Brüssel, 15. Januar. Der Arbeitsminister, der hier eingetroffen ist, hatte im Laufe des gestrigen Tages Unterredungen mit den Grubendirektoren sowie mit Vertretern der Behörden. Man glaubt, daß die Grubenbesitzer die Forderungen der Arbeiter bezüglich Regelung der Mahlzeiten und der Grubenarbeit bewilligen werden, daß Dienstag oder spätestens Mittwoch die Arbeit überall wieder aufgenommen werden wird. In verschiedenen Orten wurden Ausschreitungen gegen Arbeitswillige verübt, indem man die Fenster ihrer Wohnungen zertrümmerte.

Portugal.

Zum Eisenbahnerstreik.

Die Nachrichten über die Lage der Ausstandsbewegung lauten sehr widersprechend. Es scheint aber, als wenn die junge Republik den Sturm überstehen wird und die Bewegung ihrem Ende zuneigt, und zwar mit einem Siege der Arbeiter. Wir verzeichnen für heute die folgenden Meldungen:

Lissabon, 15. Januar. Im Zusammenhang mit dem Streik sind von mehreren Arbeitervereinigungen Aufrufe veröffentlicht worden, aber auch die Republikanischen Verbände lassen Aufrufe verbreiten, in denen die Bevölkerung aufgefordert wird, die Ausständigen mit Rücksicht auf die Republik nicht zu unterstützen. Der republikanische Gemeindeausschuß hat einen Aufruf erlassen, in dem der Ausstand für unzweckmäßig erklärt wird; die Arbeiter werden aufgefordert, die Arbeit wieder aufzunehmen, da neue Gesetze von dem konstituierenden Parlament erlassen werden können. Die Bevölkerung ist gegen die Streikenden noch immer sehr aufgebracht und mißbilligt den Ausstand.

Lissabon, 15. Januar. Die Eisenbahngesellschaft hat ihren Angestellten folgende Zugeständnisse gemacht: Die niederen Schaffner erhalten eine tägliche Zulage von 100 Reis (0,45 M.); allen Angestellten wird ein jährlicher Urlaub von 20 Tagen gewährt, während der das volle Gehalt gezahlt wird; die Arbeitszeit in den Werkstätten wird auf neun Stunden festgesetzt; die Pensionsverhältnisse sollen neu geregelt werden; sämtlichen Angestellten werden jährliche Freikarten geliefert, und die Streiktage sollen als Urlaubstage angesehen und bezahlt werden.

Lissabon, 15. Januar. Der Süderpreßzug verkehrt seit Sonntag vormittag wieder. Die ausständigen Gasarbeiter haben Gasmeter und Gasleitungen beschädigt. Die Reparaturen werden bis Montag dauern. Die Truppen gingen teilweise mit dem Seitengewehr gegen die Ausständigen vor. Ernstere Verletzungen scheinen nicht vorgekommen zu sein.

Der Zivilgouverneur fordert in einem Erlaß die Bevölkerung auf, den Gasverbrauch einzuschränken, da die streikenden Gasarbeiter einen Gasmeter beschädigt hätten. Am Dienstag werde die Lage wieder normal sein.

Lissabon, 15. Januar. Heute zogen freiwillige Bataillone, die sich nach der Proklamierung der Republik gebildet hatten, in Begleitung mehrerer tausend Personen mit Musikbegleitung vor die [illegible] Ministerium, um der provisorischen Regierung eine Sympathiekundgebung darzubringen.

England.

Die englische Handelsbilanz für 1910.

s. k. Die englischen Freihändler triumphieren. In auffälliger Nichtachtung all der schutzzöllnerischen Prophezeiungen, die den unaufhaltsamen Niedergang des britischen Wirtschaftssystems immer aufs neue voraussagten, wenn nicht ihr schutzzöllnerisches Allheilmittel zur Anwendung komme, ist das abgelaufene Jahr ein Rekordjahr des englischen Welthandels geworden. Und trotzdem Lord Rothschild und andere gleich „prominente" Großkapitalisten geweissagt hatten, daß das Budget Lloyd Georges den Ruin Englands bedeute, ist der Aufschwung noch nie so glänzend gewesen wie unter der Herrschaft dieses dreimal verfluchten „sozialistischen" Budgets. Man vergleiche die Ergebnisse seit 1900. Auch 1900 war ein Rekordjahr. 1901 brachte den niedrigsten, 1907 den bisher höchsten Stand in dieser Reihe. Diese Zahlen sind in Millionen Pfund (zu 20,40 M.) berechnet:

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr	Wiederausfuhr eingeführter Waren	Gesamthandel
[illegible]	523	291	63	877
[illegible]	522	280	68	870
[illegible]	565	330	78	973
[illegible]	648	426	92	1164
[illegible]	625	374	91	1094
[illegible]	678	431	104	1212

Nach Warengattungen ergab sich folgende Verteilung für 1910:

	Einfuhr	Ausfuhr
Nahrungs- und Genußmittel	257,8	26,1
Rohmaterial zur Verarbeitung	261,2	58,8
Industrieprodukte	156,9	343,0
Sonstiges	2,6	8,1

Nach Abzug der Wiederausfuhr (103,6) verblieben für 574,6 Mill. Pfund Einfuhrartikel für den britischen Verbrauch. Von der Ausfuhr an Industrieerzeugnissen entfiel, wie immer, der Hauptanteil auf die Textilindustrie mit 150,2 (davon Baumwolle 105,9, Wolle [illegible]) gegen 138,4 im Vorjahre und die Metallindustrie mit 109,4 (Eisen und Stahl 43, andere Metalle 10,4, Maschinen 29,3, neue Schiffe 8,5, Motor-, Eisenbahnwagen usw. 7,5) gegen 90,7 Millionen im Vorjahre.

Parteiangelegenheiten.

Zum Parteisekretär

in Bremen wählte eine Mitgliederversammlung an Stelle des Genossen Rauch, der bekanntlich in die Redaktion der Zittauer Volkszeitung eintritt, Genossen J. Wellmann-Bremen.

Verhaftet.

Der Stadtrat Wolf, der sich Unterschlagungen von Geldern eines Medizinalvereins in Kaiserslautern schuldig gemacht haben soll, wurde in Hamburg verhaftet.

Uebertritt eines schwedischen Professors zur Sozialdemokratie.

Der bekannte Nationalökonom Professor Gustav Steffen hat sich, wie der Vorwärts berichtet, am Dienstag in Stockholms Arbeiterkommune, der Ortsabteilung der sozialdemokratischen Partei Schwedens, zur Aufnahme gemeldet. Sein Name als einer der bedeutendsten Nationalökonomen Skandinaviens ist weit über die Grenzen Schwedens hinaus bekannt. Er studierte ursprünglich die Naturwissenschaften, wurde jedoch in den Jahren 1885—1887, als er sich in Berlin aufhielt, dermaßen von den sozialen Verhältnissen ergriffen, daß er sich mehr und mehr der Nationalökonomie zuwandte. Dann lebte er 10 Jahre in England. Studien zur Geschichte der englischen Lohnarbeiter, drei Bände, 1901—1905 in deutscher Sprache erschienen, sind sein Hauptwerk. Seit 1903 war er Professor der Nationalökonomie an der Hochschule zu Göteborg, und erst vor kurzem wurde er nach Stockholm berufen.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Gelbe Rebellion.

Als in Augsburg vor fünf Jahren in der Metallindustrie die gelbe Bewegung einsetzte, da wurden auch die Schuhfabriken mit gelben Werkvereinen beglückt. Die Arbeiter dieser Fabriken wurden zu dem Beitritt zu dem gelben Verein gezwungen. Die Folgen dieser gelben Organisation waren, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sich immer schlechter gestalteten.

Nun bestand bei der größten Schuhfabrik am Orte, Aug. Wessels, eine Art Tarifvertrag, ein Abkommen, daß zwischen der Direktion und dem gelben Arbeiterausschuß getroffen war und durch das die Arbeiterverhältnisse einigermaßen geregelt werden sollten. Wegen wiederholter Lohnabzüge stellte nun der gelbe Arbeiterausschuß auf Drängen der Arbeiter an die Direktion die Forderung, den „Tarif" einer Revision zu unterziehen und die Löhne zu erhöhen. Dieses Ansinnen wurde brüsk abgewiesen, wobei der Direktor erklärte: „Sie haben nichts zu fordern, Sie haben nur zu bitten!"

Diese Behandlung schlug bei der schon lange durch die systematischen Lohnabzüge verbitterten Arbeiterschaft dem Faß den Boden aus, und auf Veranlassung der Gelben sprach am 12. Januar in einer überfüllten Betriebsversammlung der Gauleiter des Deutschen Schuhmacherverbandes über die Zustände in den Augsburger Schuhfabriken. Unter stürmischem Beifall geißelten die Gelben selbst das Verhalten der Direktion und die ihnen von dieser zuteil gewordene Behandlung; sie forderten ihre Kollegen auf, aus dem gelben Verein aus und in den Zentralverband der Schuhmacher einzutreten, um bessere Arbeitsverhältnisse schaffen zu können. Ueber die Hälfte der Gelben folgte dieser Aufforderung und trat dem Verbande bei. Es ist sicher zu erwarten, daß auch der andere Teil in Kürze diesem Beispiel folgt.

Der Vorgang zeigt, daß die in die gelben Vereine gezwungenen Arbeiter sich auf die Dauer trotz der Unternehmerunterstützung nicht zu Mameluken herabwürdigen lassen und früher oder später das gelbe Joch abschütteln.

Inland.

Lohnbewegungen.

Der Ausstand in der Schuhfabrik M. u. S. Levi in Göppingen (Württemberg) wurde durch Unterhandlungen beigelegt. Die stehenden Lohnguthaben gelangten sofort zur Auszahlung, die Arbeit wurde am 11. Januar wieder aufgenommen. Die beim Gewerbegericht anhängig gemachten Klagen wurden beiderseitig zurückgezogen.

Die organisierten Schneider haben an die großen Detailkonfektionsfirmen in Köln, Mülheim a. Rhein, Düsseldorf und Elberfeld Lohnforderungen gestellt. Die Forderungen sind in einem vierklassigen Tarifentwurf enthalten, deren Lohnsätze den heute schon teilweise üblichen Stücklöhnen ähnlicher Geschäfte anderer Großstädte angepaßt sind.

Die Differenzen der Lackierer in der Rheinischen Gasmotorenfabrik Benz u. Cie. in Mannheim sind nach mehrmaligen Verhandlungen, bei welchen die Direktion einige den Arbeitern entgegenkommende Zusicherungen gab, vorläufig beigelegt. Die Arbeit soll am Montag den 16. Januar wieder aufgenommen werden.

Gelbe Sportvereine mit Lohnerhöhung.

In Leverkusen (unterer Kreis Solingen), wo die Bayerischen Farbenfabriken ihr Domizil haben, über deren sogenannte Wohlfahrtseinrichtungen die bürgerliche Presse in letzter Zeit wieder viel Aufhebens machte, wurden an Häusern gegenüber der evangelischen Kirche Zettel mit folgendem Inhalt angeheftet:

Turn- und Spielklub Leverkusen.

Neu eintretende Mitglieder erhalten eine sofortige Lohnerhöhung von 20—30 Pf. täglich. Der Vorstand.

Die Zettel stammen ohne Zweifel aus dem Betriebe der Bayerischen Farbenfabriken, in deren Betrieben bei Strafe der sofortigen Brotlosmachung kein organisierter Arbeiter geduldet wird. Wenn die Direktion der Farbwerke schon zu solchen Mitteln greifen muß, um einen Verein am Leben zu erhalten, dann ist es allerdings schon weit gekommen.

Neues aus aller Welt.

Selbstmord von Mutter und Tochter.

Berlin, 15. Januar. Großes Aufsehen erregt eine Familientragödie in Rixdorf. In dem Hause Rogatstraße 31 daselbst betrieb seit einiger Zeit ein Ehepaar Braun, das früher in Trebbin eine Brauerei besaß, aber wirtschaftlich zurückgekommen war, ein Milchgeschäft. Auch mit diesem Unternehmen wollte es nicht gehen. Fast die ganze Last ruhte auf den Schultern der 22 Jahre alten Tochter. Frau Braun konnte sich auch in die gegen früher viel ungünstigere Lage nicht finden. Der Mißerfolg brachte endlich Mutter und Tochter zur Verzweiflung. Sonnabend abend hörte der Mann in dem hinter dem Laden gelegenen Raume plötzlich einen Schuß fallen. Er eilte hin und sah seine Frau tot daliegen. Sie hatte sich aus einem Revolver eine Kugel in den Kopf geschossen. Nachdem er sich von dem ersten Entsetzen erholt hatte, lief er in die Wohnung hinauf, um seiner Tochter die Trauerbotschaft zu überbringen. Da machte er die zweite schreckliche Entdeckung: das Mädchen lag in seinem Zimmer entseelt auf dem Bett. Es hatte Gift genommen. Mutter und Tochter hatten ohne Zweifel im Einverständnis gehandelt und gemeinsam beschlossen, in den Tod zu gehen. Jetzt steht der unglückliche Mann mit einem 18 Jahre alten Sohne, der nicht zu Hause war, allein da.

Strandung eines Ballons.

Breslau, 15. Januar. Der Ballon Dresden, der am Donnerstag vormittag in Riesa an der Elbe mit v. Rochow und einem Ingenieur aufgestiegen war, strandete Freitag nachts um 2 Uhr in den Wäldern des Isergebirges auf der grünen Koppe in einer Höhe von 1127 Metern. v. Rochow verletzte sich dabei ein Bein. Die Ballonhülle wurde vom Sturme weiter entführt, aber später in den Baumwipfeln wieder aufgefunden. Die beiden Luftschiffer irrten die ganze Nacht in grimmiger Kälte und bei heftigem Schneesturm in dem meterhohen Schnee umher. Erst gegen Morgen wurden beide völlig erschöpft aufgefunden und in Hörnerschlitten nach Flinsberg gebracht.

Giftmord.

Beuthen, 15. Januar. In Bochanow (Posen) brachte ein gewisser Malinowski die gesamte Familie Grudniow mit vergiftetem Kognak um. Ein Erbe des Grudniows hatte den Mörder gedungen.

Raubmord.

Oppeln, 15. Januar. In Sozniza wurde ein Weichensteller mit durchschnittener Kehle und auf dem Rücken zusammengebundenen Händen in seiner Wohnung ermordet aufgefunden. Die Tat dürfte bereits vor zehn Tagen geschehen sein. Aus der Wohnung sind einige Gegenstände gestohlen worden. Ein der Tat verdächtiger Streckenarbeiter wurde verhaftet.

Verhaftete Schmuggler.

Hamburg, 15. Januar. Bei dem Versuch, 100 Sack Kaffee aus dem Zollhafen in den inländischen Güterbahnhof zu schmuggeln, wurden gestern ein Kolonialwarenhändler, ein Zollbeamter und ein Fuhrmann verhaftet. Mehrere andere Verhaftungen stehen noch bevor, da die Schmuggeleien schon seit einiger Zeit getrieben wurden und wahrscheinlich auch noch andere Zollbeamte dabei beteiligt waren. Bis wurden ungefähr 700 Sack Kaffee durchgeschmuggelt, was einen Schaden von 25 000 M. für die Zollbehörde bedeutet.

Eisenbahnzusammenstoß.

Unna, 15. Januar. Gestern abend 6 Uhr fuhr ein Personenzug im hiesigen Bahnhofe auf einen anderen Zug. Der letzte Wagen wurde zertrümmert, wobei ein Reisender den Tod fand, während ein anderer schwer verletzt wurde. Mehrere leicht verletzte Personen konnten die Fahrt fortsetzen.

Maßnahmen gegen den Wintersport.

Köln, 15. Januar. In verschiedenen Distrikten des Rheinlandes haben die vielen Rodelunfälle die Behörden zum Einschreiten veranlaßt; es sind bereits einschränkende Verfügungen erlassen worden. Unweit Adenau waren sieben Personen beim Rodeln überfahren worden, die alle schwere Verletzungen erlitten. Die Polizei verbot hierauf das Rodeln mit lenkbaren, aneinandergekoppelten Schlitten. Bei Waldböckelheim rutschte ein Automobil, das beim Ausweichen auf eine glatte Bahn geriet, aus und stieß mit großer Wucht gegen einen Baum. Vier Personen wurden aus dem Wagen geschleudert und schwer verletzt. Die Polizei schloß die Rodelbahn. Auch vom Hunsrück und Westerwald werden schwere Rodelunfälle gemeldet.

Cholerafälle.

Lissabon, 15. Januar. Die Zahl der Cholerafälle auf Madeira vom 1. bis 12. Januar wird auf 217 angegeben, davon sind 70 Fälle tödlich verlaufen. Seit Beginn der Epidemie sind 1646 Personen an Cholera erkrankt und 535 gestorben.

Dresdner Polizeibericht vom 16. Januar.

Am 31. Dezember ist in der Hausflur des Grundstücks Palmstraße 39 ein Fahrrad ohne Markenschild, Fabriknummer 337 668 oder 337 665, aufgefunden worden. — Weiter ist am 30. September von einem Unbekannten ein Fahrrad, Marke Mars, Fabriknummer 33 191, in der Haltestelle Dresden-Trachau der Königl. Sächs. Eisenbahn eingestellt und nicht wieder abgeholt worden. Die Eigentümer werden ersucht, sich umgehend bei der Kriminalabteilung zu melden.

Wetterbericht von der Wettersäule an der Friedrich August-Brücke

vom 16. Januar, mittags 12 Uhr.

Barometer 760. Schön Wetter.
Thermometer — 3° R.
Thermometergraph. Min. — 7, Maxim. — 1.
Hygrometer 82%.
Wasserstand — 114.

Prognose der sächsischen Landeswetterwarte

für den 17. Januar.

Westliche Winde; wolkig; etwas wärmer; zeitweise Schnee.

Letzte Telegramme.

Protestversammlung der Telegraphen- und Postunterbeamten.

Berlin, 16. Januar. In einer von etwa 3000 unteren Telegraphen- und Postbeamten besuchten Versammlung, die gestern in der Neuen Welt stattfand, wurde nach einem Referat des Verbandsvorsitzenden Remmers der Mißstimmung über den neuen Postetat Ausdruck gegeben.

Mordversuch.

Leipzig, 16. Januar. Gestern nachmittag unternahm der frühere Buchhalter Schröder im Hause Thomasring Nr. 2 auf den kaufmännischen Vertreter Schlegel einen Mordversuch. Schröder feuerte aus einem scharfgeladenen Revolver eine Anzahl Schüsse ab, wovon Schlegel drei in die Schulter und einer in die rechte Hand trafen. Nach Anlegung eines Notverbandes wurde der Verletzte ins Krankenhaus gebracht. Die beiden standen früher in Geschäftsverbindung, gerieten aber in Differenzen, die auch die Gerichte beschäftigten. Der Täter wurde festgenommen.

Kundgebungen zugunsten Durands.

Paris, 16. Januar. In Amiens und Bordeaux veranstalteten die Arbeitersyndikate gestern Straßenkundgebungen zugunsten der Freilassung des Arbeitersekretärs Durand und der Revision seines Prozesses. In Bordeaux kam es hierbei zu einer Rauferei zwischen Schutzleuten und Manifestanten.

Ausgewiesen.

Paris, 16. Januar. Der Sekretär der Arbeitsbörse in Rouen, Porion, der wegen Anstiftung zur Desertion strafrechtlich verfolgt wird und sich nach Mons in Belgien geflüchtet hatte, ist von der belgischen Regierung ausgewiesen worden und hat sich nunmehr nach Holland gewandt.

Heftige Schneestürme in Spanien.

Paris, 16. Januar. Depeschen aus Spanien berichten, daß große, über ganz Spanien eingetretene Schneestürme wüten, wie man sie seit zehn Jahren nicht erlebt hat. Der Verkehr auf fast sämtlichen spanischen Eisenbahnen, namentlich auf den Nordlinien von Madrid aus, ist vollständig unterbrochen. Ueber 40 Züge sind im Schnee stecken geblieben. Von Madrid konnte gestern kein einziger Zug abgelassen werden. Auch aus dem Süden kommen Nachrichten über heftige Schneestürme. In der Provinz Santander sind vier Personen im Schnee umgekommen.

Den Leutnant erschossen.

Paris, 16. Januar. In Brazzaville in Franz.-Kongo hat ein Eingeborenen-Schütze, der sich krank gemeldet hatte und zuerst von einem Korporal, dann von einem Leutnant der Kolonialinfanterie zu einer Arbeitsleistung aufgefordert worden war, diesen mit seinem Gewehr erschossen.

Weiß gegen Schwarz.

Shelbyville (Kentucky), 16. Januar. Der Pöbel stürmte gestern das Gefängnis und lynchte drei Neger, die des Mordes, Raubes und Gewalttätigkeiten an weißen Frauen beschuldigt worden waren.

Das heutige Blatt umfaßt 10 Seiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19110116/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Sozialb. Verein Dresden=A.

Freitag den 20. Januar, abends 9 Uhr, im Saale des Odeums, Carusstraße

Vortragszyklus — Was will die Sozialdemokratie?

Vortragender: Genosse **Dr. Gradnauer.**

Dritter Abend: Der Kampf um die Verfassung.

Es folgen dann die Vorträge: Die Steuerfragen und die Sozialdemokratie. — Die Lage der Arbeiterklasse und die Sozialpolitik. — Die kapitalistische Entwicklung, die Klassengegensätze und der Sozialismus. — Zahlreichen Besuch erwartet **Der Vorstand.**

Nur Mitglieder haben Zutritt. — Alle Bezirksversammlungen fallen aus.

Verband d. Schneider, Schneiderinnen u. Wäschearbeiter.

Dienstag den 17. Januar, abends 9 Uhr, im Saale des „Odeum", Carusstraße

Mitglieder=Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. **Die neuen Vereinbarungen mit dem Arbeitgeber-Verband, betreffend das Schiedsverfahren, die Lohnbücher, Arbeitsnachweis usw.**
2. **Verbandsangelegenheiten.**

Nur Mitglieder haben Zutritt. Mitgliedsbuch bezw. Mitgliedskarte legitimiert. Die Tagesordnung ist außerordentlich wichtig. Namentlich verdienen die neuen Bestimmungen über das Schiedsverfahren die größte Beachtung aller Kollegen.

Deshalb erwartet recht zahlreichen Besuch **Die Ortsverwaltung.**

Sozialdemokratischer Verein für den 6. sächsischen Reichstagswahlkreis.

Partei-Sekretariat: Potschappel, Sörgelstraße 4, gegenüber dem Goldenen Löwen. | Sprechzeit: Wochentags von 8 bis 1 Uhr und 3 bis 6 Uhr, Montags bis 7 Uhr abends.

Bezirk Cotta.

Dienstag den 17. Januar, abends 8½ Uhr, in **Grellmanns Restaurant,** Hebbelstraße: **Mitglieder-Versammlung.** Tagesordnung: 1. Vortrag des Redakteurs Genossen Karl Immolde: **Was lehrt uns Moabit?** 2. Bericht aus der Kreisvorstandssitzung. 3. Vereins-Angelegenheiten. — Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet **Die Verwaltung.**

NB. Die Mitglieder werden auf das Sonnabend den 28. Januar im Schützenhaus stattfindende **Stiftungsfest** aufmerksam gemacht. Karten sind bei sämtlichen Bezirkskassierern sowie den bekannten Genossen zu haben.

Arbeiter-Sanitäts-Kolonne Dresden.

Mittwoch den 18. Januar, abends 9 Uhr

Vortrag über Krankenpflege

im **Grossen Saale der Zentralhalle.**

Die neuen Kursusteilnehmer sowie alle Mitglieder haben bestimmt zu erscheinen. Angehörige sind willkommen. **Der Vorstand.**

Volksbildungsverein Radeberg

Dienstag den 17. Januar, abends 8½ Uhr

Mitglieder-Versammlung

im **Sächsischen Reiter.**

Tages-Ordnung:

1. **Halbjahresbericht und Halbjahresrechnung.** 2. **Wichtige Vereinsangelegenheiten.** 3. **Vortrag.**

Zahlreichen Besuch erwartet **Der Vorstand.**

Naturheilverein zu Radeberg u. U. (E.V.)

Sonntag den 29. Januar, Punkt 7 Uhr

Mitglieder-Versammlung (General-Versammlung)

im **Restaurant Harmonie,** Dresdner Straße.

Tages-Ordnung:

1. **Jahresbericht.** 2. **Kassenbericht.** 3. **Wahl der satzungsgemäß ausscheidenden Vorstands- und Ausschußmitglieder.** 4. **Anträge.** 5. **Verschiedenes.**

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet **Der Vorstand.**

Das Renren in Dresden macht

Tymian' Thalia-Theater

Görlitzer Str. 6 Telephon 4380 :: Linien 5 und 7 ::

Wochentags Anf. 8 Uhr 20 M.

Jeden Monat am 1. und 15. **vollständiger Programmwechsel.**

Sonntags: 11 bis 1 Uhr **„Fideler Frühschoppen"** 20 und 30 Pf. — mit Vorstellung. —

Nachm. 4 Uhr! Kleine Preise! Abends 8 Uhr! Gew. Preise!

Donnerstags 4 Uhr **„Damen-Kaffee"** mit Vorstell.

Wochentags abends **TTT**-Vorzugskarten gültig.

Geschäftsübernahme.

Den geehrten Einwohnern von **Oelsa und Umgegend** zur gefälligen Kenntnisnahme, daß wir den

Gasthof Großölsa mit Fleischerei

käuflich übernommen haben. Wir werden stets bestrebt sein, unseren werten Gästen und Kunden nur gute und reelle Waren zu verabfolgen, und bitten wir, uns in unserem neuen Unternehmen gütigst zu unterstützen.

Großölsa, im Januar 1911.

Hochachtungsvoll Fleischermeister **Max Menzer und Frau.**

Hygienische Bedarfs-Artikel

Mutterspritzen
Spülkannen, Leibbinden
sowie sämtliche
Frauen-Artikel
Kataloge gratis. 10 % Rabatt.

R. Freisleben

nur Postplatz.

Man achte auf Firma!

„Orientperle"

Orientalischer Medizinal-Wein zur Stärkung für Blutarme, Genesende u. Kinder sehr empfohlen. Zu haben in verschiedenen Qualitäten bei

Ottomar Steinchen
Gasthof zum Hirsch
Leuben bei Dresden.
Kostproben gratis!

Haut- und innere Leiden.

Für Minderbem. v. 10—12. Harn- u. mikrosk. Unters. **Gr. Brüderg. 18, 2.**

Pillnitzer Str. 14,	Tel. 3102.	Kesselsdorfer Str. 47	Tel. 41..
Alaunstraße 4,	„ 2267.	Wettinerstraße 17,	„ 1..
Bismarckplatz 13,	„ 4182.	Rosenstraße 43	„ 1..
Hohnerstraße 12,	„ 2886.	Hechtstraße 27,	„ 4..
Wienerstraße 11,	„ 4871.	Torgauer Straße 10,	„ 1..
Martheer Str. 14,	„ 406..	Trompeterstraße 5,	„ 2..
Pfotenhauerstr. 24,	„ 3970.	Kesselsdorfer Str. 18,	„ 4..

Kontore, Lagereien, Versand: **Wölfnitzstr. 1. Tel. 1634.**

Wegen knapper, durch stürmisches Wetter verursachter Zufuhren ... bei großer Nachfrage die Fischpreise andauernd hoch. Soeben ... direkten Ladungen eingetroffen:

Extragroße fette

Grüne Makrelenheringe 5 Pfund 90..
Originalkiste netto etwa 140 Pfd. für auswärts 10..

Seelachs, „Helg." in 3—4 pfündigen Fischen . Pfund 28..

Backfische, sehr delikate Pfund 28..

Petermännchen, graue hochfeine, zarte, zum Kochen . . . . . . Pfund 35..

Goldbarsch ohne Kopf Pfund 35..
für auswärts bei mindestens 40 Pfd. à **27** Pf., Postk. 350..

Lengefisch ohne Kopf in ff. fleischig. Fischen Pfd. 35..
für auswärts bei mindestens 40 Pfd. à **27** Pf., Postk. 350..

Kabljau ohne Kopf in fetten, derben Exemplaren Pfd. 40..
für auswärts bei mindestens 40 Pfd. à **32** Pf., Postk. 400..

Ausführliche gedruckte Kochrezepte gratis.

Varieté Musenhalle

Vorstadt Löbtau Strassenbahnlinie 7.

Heute neues Programm!

Förster Hartherz. Schauspiel in 1 Akt.
Der Onkel aus Amerika. Posse.

Sowie der reichhaltige Solistenteil.

Mitschwestern

sowie

alle denkenden Männer!

lesen Sie bitte **unbedingt** das in dieser Zeitung **heute** erschienene **große** Inserat über:

Reinh. Gerling

spricht

nur für Damen

Reinh. Gerling

spricht

nur für Männer

über

Das Liebes- und Geschlechtsleben des heutigen Kulturmenschen.

Hedwig Kröning a. Stuttgart.

Erste Etage! Kein Laden!

Nur vom 15. bis 22. Januar findet die erste diesjährige **grosse 95-Pfennig-Messe** statt. Gewähre während dieser Zeit auf alle **anderen Waren** außer den bekannt **riesig billigen Verkaufspreisen** noch

5 Proz. Rabatt extra.

Ungebleichte Webwaren ausgeschlossen.

Webwaren-Niederlage in Potschappel
Dresdner Strasse 39b, erste Etage.

Frauen!

Bei Periodenstörungen nehmen Sie nur mein erprobtes Mittel Mark 5.50. Versand nach auswärts Porto extra.
Keine Tropfen! Keine Pulver!
Versandh. **Amor,** Frauenstr. 10, 1.
Separate Frauenbedienung.

Mutterspritzen

mit 2 Ansätzen von 1.75 M. an, Spülkannen, Leibbinden, Menstruationspulver, Periodebinden u. ...

Frauen-Artikel

Preisliste gratis. ...

Frau Heusinger
37 Am See 37, Ecke Dippoldiswalder Platz.
Man achte auf die Firma.

Kaufe gebr. Möbel

ganze Einricht., Nachlässe, Betten, Wäsche. **H. Wodike, Weißeritzstr. 7.**

Mit Vorteil

genießt jeder Nährsalz-Konsument die langjährig durch Kranke u. Gesunde erprobten

Spartana-Nährsalzpräparate

Man weise Nachahmungen zurück! Prospekte durch Laborat. **Ludw. Mehlhorn,** Dresden-A. 1.

Achtung!

Gebe hiermit bekannt, daß ich vom 14. Januar an

Konsum-Marken gebe.

Oswald Kaden
Lungkwitz.
Fleischerei.

Treibriemen, Wachstuch ... m. **Riemensohlen.** 300 Paar getr. **Schuhe** ... **Dürrschmidt,** Freiberger Straße 98, Laden.

Defekte Waschwannen

läßt abhol. **M. Künzel,** Roonstr. 20.

Englisch

Anfangs-Kursus

Beginn: **Mittwoch den 18. Januar, abends 8½ Uhr**

Französisch

Beginn: **Montag den 16. Januar, abends 8½ Uhr**

Sofortige Anleitung zum Sprechen
vierteljährlich **5 M.**
Anmeldungen bei der Lehrerin des
Volksbild.-Vereins, Blochmannstraße 18, II.
ob. im **Standeslokal, Serrestraße 2, I**
Ecke Amalienstraße.

Hierdurch mache wiederum ... meine

Gänse- und Hasen-Steuer

höflichst aufmerksam.

Osw. Grundmann
Wild- und Geflügelgeschäft
Dr.-Löbtau, Kesselsdorfer Str.,
Telephon 8076.

Täglich frische

Fastenbrezeln

empfiehlt

Oskar Seyfert Dippoldiswal... Gr. Wasser...

Billigste Kaufgelegenheit in g. herrsch. getr. wie a. neuen ... und D.-Kleidern, Schuhen, Federbetten, Kindersachen etc. a. g. Verleih... **10 Gr. Brüdergasse 10,** ...

---

1 Postkarte genügt!

Unter strengster Diskretion! erhalten Sie bei 1 M. wöchentlicher Abzahlung die elegant. Kostüme, Jacketts, Röcke und Blusen sowie Herren- und Knaben-Anzüge und Paletots nach neuest. Verarbeitung, mod. Muster, fertig und nach Maß.

Elias Goldhammer,
Dresden-A., Gr. Brüdergasse 16, I.

Gelegenheitskauf!

Vogt, Illustr. Weltgeschichte 6 Bde. Statt 88 M. nur 18 M.
Volksbuchhandlung, ...

Die Beleidigung gegen Her...
Hanisch, Niederpesterwi...
nehme ich reuevoll zurück.
A. Nordmeier, Niederpesterw...

Menstruations-

tropfen wirken bei Unregelmäßigkeiten und Stockungen der Periode à Flasche M. 2.50 u. M. 5.—
Frau Heusinger, Am See 37
Ecke Dippoldiswalder Platz.

Ehrenerklärung.

Hiermit erkläre ich, daß die ... mir gegen Herrn **Felix Thaul** ... Niederlößnitz ausgesprochene ... leidigende Äußerung gänzlich ... Unwahrheit beruht. **Klara Lin...**
Dresden-A., Henriettestraße 16.

Schmiedelehrling

gesucht. Zu erfragen bei **Friedr... a. Glöckner,** Potschappel, 8. ...

Deutscher Bauarbeiter-Verband

Zweigverein Dresden.

Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß unser Kollege, der Bauarbeiter

Ernst Pötzschke

aus Bannewitz im Alter von 59 Jahren 11 Monaten am Sonnabend den 14. Januar an Leberkrebs verstorben ist.

Die Beerdigung findet Dienstag den 17. Januar, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhaus, Bannewitz Nr. 87, aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung bittet **Die Verwaltung.**

Nachdem wir unsere liebe, teure und unvergeßliche Entschlafene

Frau Alma Martha Gliemann

zur letzten Ruhe gebettet haben, drängt es uns, allen lieben Verwandten, Bekannten und den Kollegen der Brauerei Feldschlößchen für die liebevolle Anteilnahme durch den reichen Blumenschmuck sowie für die ehrenvolle Begleitung zur letzten Ruhestätte hierdurch unseren innigsten und tiefgefühltesten Dank auszusprechen. — Dir aber, liebe Dahingeschiedene, rufen wir ein „Ruhe sanft!" in die Ewigkeit nach.

Der tieftrauernde Gatte und Tochter nebst Angehörigen.

Hierdurch allen Verwandten und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unser **einziger,** lieber, unvergeßlicher Sohn **Alfred** im Alter von 8½ Jahren plötzlich und unerwartet nach 2½ tägigem Krankenlager uns entrissen wurde. Er ruhe sanft!

Dresden-Naußlitz, Kesselsdorfer Straße 55.

Die schwergeprüften Eltern Otto und Marie Winkler.

Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittag 2 Uhr auf dem Löbtauer Friedhofe statt.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Karl Immolde, Dresden. — Verantwortlich für den Inseratenteil: Robert Leuthold, Dresden-Plauen. — Druck von Kaden u. Komp., Dresden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19110116/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 12. | Dresden, Montag den 16. Januar 1911. | 22. Jahrgang.

Sächsische Angelegenheiten.

Gemeindesteuern und Gemeindelasten.

Die in letzter Zeit vielerwähnte und von sozialdemokratischen Gemeindevertretern mit Recht abgelehnte Petition des Gemeindevorstandes Fischer in Röhrsdorf bei Chemnitz enthält als Anfang auch umfangreiche statistische Tabellen, in denen die Gemeindesteuern und kommunalen Lasten in den Gemeinden der Amtshauptmannschaft Chemnitz in sehr eingehender Weise beleuchtet werden.

Durch diese Tabellen wird vor allem die verschiedene Belastung der Gemeinden veranschaulicht, die gleichzeitig als Folge der mehr oder weniger unzulänglichen Leistungsfähigkeit oder Steuerkraft zutage tritt. In ganzer Schärfe kann diese Seite unserer Gemeindewirtschaft durch die Tabellen allerdings nicht beleuchtet werden, weil sie sich nur auf einen zusammenliegenden Bezirk erstrecken, der fast durchgängig industriell durchsetzt ist. Dennoch tritt auch durch die Statistik eine bemerkenswerte Verschiedenheit in der Leistungsfähigkeit und Belastung der Gemeinden zutage, die für die Sozialdemokratie, die einen Ausgleich dieser verschiedenen harten Belastung durch Uebernahme des größten Teils des Gemeindeaufwandes auf den Staat fordert, besonders wichtig ist, zumal es von reaktionären Absichten erfüllte Gemeindevorstände sind, die uns diese Angaben liefern.

Die Steuerkraft der Gemeinden und ihrer Einwohner wird in erster Linie durch das steuerpflichtige Einkommen bestimmt, denn den Hauptteil der Einnahmen stellt doch die Einkommensteuer dar. Das nach dem Kopfe eines Steuerpflichtigen berechnete Durchschnittseinkommen beträgt zum in Oberfrohna 1896 M., in Thalheim 1256 M., in Niederfrohna 848 M., in Adorf 881 M. Noch geringer ist das durchschnittliche Einkommen in den kleinsten Dörfern, wo es, wie in Lenkersdorf, auf 827 M. herabgeht. Im allgemeinen sind die Einwohner in Gemeinden mit niedrigem Durchschnittseinkommen, also die in den ärmeren Gemeinden, am ärgsten belastet. Erlbach mit einem durchschnittlichen Einkommen von 1085 M. muß 3,02mal mehr an Gemeindeanlagen aufbringen, als es Einkommensteuersoll hat. Ursprung mit 894 M. Durchschnittseinkommen 3,75 mal mehr, in Seifersdorf mit 905 M. Durchschnittseinkommen beträgt der Gegensatz gar 4,81. Dagegen in Oberfrohna mit 1896 M. durchschnittlichem Einkommen nur 1,13 und Seifersdorf mit 1420 M. 0,97. Oberwürschnitz mit 1086 M. Durchschnittseinkommen hat aber 3,19mal mehr Gemeindeanlagen wie Einkommensteuersoll.

Wir finden also, daß schon in einem Bezirk, der keine Villenkolonien umfaßt, der fast ausschließlich aus Industriegemeinden besteht, das Durchschnittseinkommen zwischen 827 und 1896 M. schwankt und andrerseits die Steuerkraft der ärmeren Gemeinden bis zu fünfmal stärker angespannt wird als in besser gestellten.

Gemeinden mit stärkerer Steuerkraft können sich mehr leisten als solche mit schwacher; erstere können Kanalisation, Straßenbeleuchtung oder Verbesserungen schaffen, die armen Gemeinden unerschwinglich sind. Deshalb ist auch in den steuerkräftigen Gemeinden der auf den Kopf eines Einwohners entfallende Betrag der Gemeindeanlagen in der Regel höher als in ärmeren. So kommen in Oberfrohna auf einen Einwohner 19,53 M. Gemeindeanlagen, in Kirchberg nur 9,06 M., und doch wird in ersterem Orte nur der 1,13fache Betrag der Einkommensteuer erhoben, in letzterem aber der 3,08fache. Doch finden wir auch Gemeinden mit überlasteter und schwacher Steuerkraft, bei denen ebenfalls ein hoher durchschnittlicher Betrag an Gemeindeanlagen auf einen Einwohner fällt; so Seifersdorf mit 17,81 M. auf den Kopf und 905 M. durchschnittlichem Einkommen, Ursprung mit 15,08 M. Anlagen pro Kopf und 894 M. Durchschnittseinkommen. Das sind die Gemeinden, die den höchsten Anlagensatz im Vergleich zur Einkommensteuer haben, so 3,75fach in Ursprung und 4,81fach in Seifersdorf.

Besonders schlimm ist der Druck der Volksschullasten in den ärmeren Gemeinden. So hat Oberwürschnitz bei einem Staatseinkommensteuerertrage von 6783 M. nicht weniger als 11 083 M. Schulanlagen, also beinahe noch einmal soviel; dagegen hat Gornsdorf bei einem Steuersoll von 20 004 nur 9000 M. Schulanlagen. Aehnlich ist es in Oberfrohna, wo auf 71 101 M. Staatssteuersoll 30 802 M. Schulanlagen entfallen, dagegen hat Markersdorf wieder 11 21 M. Schulanlagen und nur 8189 M. Staatssteuersoll. Die Belastung durch den Volksschulaufwand schwankt also hier zwischen 43 Proz. des Staatssteuersolls in Oberfrohna und 177 Proz. in Oberwürschnitz. Die Belastung der Steuerkraft durch den Volksschulaufwand ist also in letzterem Orte reichlich viermal ärger als in ersterem. Diese Feststellung zeigt sehr eindringlich, wie nötig die Schaffung eines Ausgleichs durch Uebernahme der Volksschullasten auf den Staat ist.

Die Statistik veranschaulicht aber auch, daß die Gemeindesteuertarife vielfach des Ausbaues bedürfen, denn die Progression bei den Gemeinde-Einkommensteuern bleibt oft noch weit hinter der des Staatseinkommensteuertarifs zurück. Wir finden in den meisten Gemeinden eine außerordentliche Ueberlastung der kleinen Einkommen, dagegen ein Nachlassen der Steuern bei den hohen. So werden in Wittgensdorf 500 M. Einkommen mit 10 M. Steuern belastet (Staatseinkommensteuer 2 M.), bei 750 M. Einkommen 16,25 M. Gemeindeanlagen (Staatseinkommensteuer 4 M.), 1000 M. Einkommen 24,25 M. (Staatseinkommensteuer 10 M.), 1500 M. Einkommen 39,25 M. (Staatseinkommensteuer 20 M.). Bei 4000 M. Einkommen beträgt die Gemeindesteuer 128 M. (Staatseinkommensteuer 120 M.), bei 10000 M. Einkommen 381 M. Gemeindesteuer (Staatseinkommensteuer 380 M.), bei 20000 M. Einkommen 690 M. Gemeindesteuer, aber 785 M. Staatseinkommensteuer. Wir sehen also, daß Einkommen von 500 M. in dieser Gemeinde fünfmal mehr als durch Staatseinkommensteuer belastet sind, Einkommen von 1000 M. noch um fast das dreifache des Staatssteuertarifs, bei Einkommen von 10000 und 20000 M. aber ist beträchtlich weniger als nach dem Staatssteuertarif zu zahlen. Aehnlich ist es in vielen anderen Gemeinden, was noch durch folgende Beispiele beleuchtet sei:

Gablenz.

Einkommen	500 M.	1000 M.	3000 M.	10 000 M.	20 000 M.
Gemeindesteuer	8,40 „	21,10 „	88,40 „	379,20 „	691,20 „
Staatssteuertarif	2,00 „	10,00 „	67,00 „	380,00 „	785,00 „

Hoheneck.

Einkommen	500 M.	1000 M.	3000 M.	10 000 M.
Gemeindesteuer	10,20 „	21,60 „	68,40 „	238,20 „
Staatssteuertarif	2,— „	10,— „	67,— „	380,— „

Nicht in allen Gemeinden wird das höhere Einkommen in so empörender Weise begünstigt, vereinzelt findet man die Progression dem Staatssteuertarif entsprechend, aber in der Mehrzahl der Gemeinden ist die Progression völlig ungenügend ausgebildet. Für sozialdemokratische Gemeindevertreter muß das ein Fingerzeig sein, allenthalben darauf hinzuwirken, daß die Einkommensteuer-Progression mindestens der der Staatseinkommensteuer gleich ausgebildet wird. Namentlich dann, wenn es sich um Steuererhöhungen handelt, wird ein Vorstoß in der angegebenen Richtung angebracht sein.

Zulassung französischen Schlachtviehs.

Nach einer Meldung aus Berlin hat der Reichskanzler den Antrag Sachsens für Einfuhr französischen Schlachtviehs genehmigt. Die Allgemeine Fleischerzeitung erfährt hierzu noch, daß die Transporte nicht über Belgien, sondern über Elsaß-Lothringen zu erfolgen haben und daß hinsichtlich der Höhe des Kontingents die sächsische Regierung vom Reichskanzler aufgefordert worden ist, Vorschläge zu machen.

Wir haben schon auf Grund der Erfahrungen in Baden und Bayern darauf hingewiesen, daß eine Herabsetzung der Fleischpreise von dieser unzulänglichen Maßnahme nicht zu erwarten ist.

Ein Handelskammergutachten gegen Ausgesperrte.

Im Januar v. J. traten die Sticker in Schreiersgrün bei Treuen unter Geltendmachung von Lohnforderungen in den Streik, nachdem die Unternehmer jede Verständigung abgelehnt hatten. 17 Ausständige wurden auf die schwarze Liste gesetzt und die Unternehmer verpflichteten sich gegen eine Konventionalstrafe von 100 M., keinen binnen drei Jahren in Arbeit zu nehmen. Die schwarze Liste wurde beim Gemeindevorstand in Schreiersgrün hinterlegt und dieser führte auftragsgemäß die Kontrolle, ob die Unternehmer auch nach dem Beschlusse verfahren. Da durch dieses Vorgehen keiner der Ausgesperrten in Schreiersgrün Arbeit bekam, strengte der Textilarbeiterverband für sie Schadenersatzklage an. Diese schwebt noch beim Landgericht Plauen. Im Prozeß suchen nunmehr die Beklagten damit zu operieren, daß sie behaupten, die Ausgesperrten hätten, wenn auch nicht in Schreiersgrün, so doch außerhalb Beschäftigung finden können. Die Handelskammer Plauen springt nun den Schreiersgrüner Stickmaschinenbesitzern helfend bei, denn sie hat auf Verlangen folgendes „Gutachten“ abgegeben:

An das Königl. Landgericht Plauen, 3. Zivilkammer.

In Sachen des Stickers N. N. und Genossen gegen den Stickmaschinenbesitzer Otto Kraus und Genossen in Schreiersgrün erteilen wir die am 28. v. M. nachgesuchte Auskunft auf Grund der von uns bei Stickereifabrikanten und Stickmaschinenbesitzern der dortigen Gegend angestellten Erörterungen dahin, daß die ausgesperrten Sticker in der Zeit von Mitte Januar bis Mitte Februar bei einigem Bemühen, wenn auch nicht in Schreiersgrün, so doch in dessen Nachbarorten gewiß Beschäftigung gefunden haben würden. Denn gerade bis zu Anfang dieses Jahres war die Stickereiindustrie gut beschäftigt und vielfach sogar Mangel an Stickern zu beobachten.

Die Handelskammer.

Rößing, Vorsitzender. Dr. Reinhold, Sekretär.

Wie wenig Wert auf dieses Gutachten zu legen ist, ergibt sich schon daraus, daß sich zur selben Zeit auch die Sticker im Plauener und Falkensteiner Bezirk in einer Lohnbewegung befanden und auch dort eine große Anzahl Arbeitslose und Gemaßregelte vorhanden war. Oder mutet die Handelskammer Plauen den auf die schwarze Liste gesetzten Stickern zu, an anderen Orten zum Verräter an ihren Kollegen zu werden?

Der Hansabund gegen die Fleischnot.

Eine Landeskonferenz der 36 Hansabund-Ortsgruppen in Sachsen, die dieser Tage in Dresden tagte, beschäftigte sich auch mit der Frage der Fleischteuerung und nahm nach einem Vortrage von Dr. März einstimmig folgende Resolution an:

Die Landeskonferenz der sächsischen Hansabund-Ortsgruppen erblickt in der herrschenden Fleischteuerung einen namentlich die minderbemittelten Schichten schwer schädigenden Uebelstand und stellt im Gegensatze zu der Auffassung des Landeskulturrates fest, daß unter Berücksichtigung eines jährlichen Mindestfleischbedarfes von 57,5 Kilogramm pro Kopf nicht nur von einer Fleischteuerung, sondern von einer Fleischnot gesprochen werden muß, für die auch eine endgültige Abhilfe nicht zu erwarten sein dürfte, wenn die durch den Futtermangel der letzten Jahre gegebene Ursache für die herrschende Fleischteuerung beseitigt sein sollte.

Eine wirksame Abhilfe der gegenwärtig herrschenden Kalamität und eine ausreichende Versorgung der minderbemittelten Volkskreise mit wohlfeilem Fleische kann, wie schon die Ortsgruppe Dresden festgestellt hat, nur durch Erleichterung der Zufuhr argentinischen gefrorenen Fleisches unter Sicherstellung der notwendigen sanitären Rücksichten erfolgen. Diese Fleischzufuhr ist bis zur Hebung der jetzigen Verhältnisse gegenüber anderen vorgeschlagenen Maßnahmen besonders um deswillen zu empfehlen, weil dabei eine Gefährdung des in der deutschen Landwirtschaft vorhandenen wertvollen Viehbestandes völlig ausgeschlossen ist und weil, wie die Erfahrungen in England beweisen, die Zufuhr solchen gefrorenen Fleisches (namentlich bei Kontingentierung der Einfuhr) die Preisbildung guter inländischer Fleischqualitäten nicht beeinträchtigt.

Die Landeskonferenz hält es daher für zweckmäßig, daß auf eine Milderung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes hingewirkt werde dergestalt, daß für argentinisches Gefrierfleisch unter Ermäßigung des Einfuhrzolles die Einfuhrerschwernisse beseitigt und gleichzeitig Maßnahmen getroffen werden, die die unbedingt erforderliche Rücksichtnahme auf die Volksgesundheit garantieren.

Die Landeskonferenz bittet die Zentrale des Hansabundes ihrerseits zur Frage der Fleischteuerung Stellung zu nehmen und in dem oben dargelegten Sinne für die Erleichterung der Einfuhr eines ausreichenden Quantums argentinischen Gefrierfleisches zu wirken.

Die Resolution ist leidlich vernünftig. Für die Fleischwucherzölle sind aber auch Politiker eingetreten, die dem Hansabund nahe stehen.

Landtagsersatzwahlen.

Die infolge Ablebens des Abg. Dürr erforderlich gewordene Ersatzwahl im 23. ländlichen Wahlkreise (Leipzig-Land) ist für den 22. März anberaumt worden. Bei der letzten Wahl entfielen auf Dürr 5333, auf den sozialdemokratischen Kandidaten 3985 Stimmen. Für die bevorstehende Wahl sind als Kandidaten aufgestellt: von den Konservativen Gemeindevorstand Fester von Oetzsch, von den Nationalliberalen Baumeister Ulbricht, von den Freisinnigen Dr. Schubert. Unsere Genossen haben den früheren Kandidaten Lagerhalter Möller wieder aufgestellt.

Im 5. ländlichen Wahlkreise (Bautzen-Weißenberg), wo sich für den verstorbenen Abg. Sobe eine Nachwahl erforderlich macht, ist von den Konservativen der Gemeindevorstand Barth in Briesing als Kandidat aufgestellt worden.

Zur Reichstagswahl.

Im Reichstagswahlkreise Annaberg-Oberwiesenthal ist unter großem Tamtam, an dem sich auch Bassermann beteiligte, von den Nationalliberalen Abgeordneter Dr. Stresemann wieder als Reichstagskandidat aufgestellt worden. Die Fortschrittler erließen allen Abmachungen zum Hohn eine Zustimmungserklärung zur Kandidatur Stresemann.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Als am Freitag ein Landwirt aus Purschwitz auf dem Heimwege aus Bautzen durch das sogenannte Totenbüschel bei Litten fuhr, fiel ein unbekannter Mann seinen Pferden in die Zügel. Dabei erklärte der Mann: Ich tue Ihnen nichts, wenn Sie mir Geld geben. Ich weiß, daß Sie heute Geld haben. Der Ueberfallene erklärte, kein Geld zu besitzen. In diesem Augenblick bestiegen zwei Männer von hinten den Wagen. Schließlich kamen die Pferde zu nahe an den Wegrand und der Wagen fiel um, wobei der Ueberfallene unter den Wagen zu liegen kam. Da nahte ein Schlitten und die Räuber flohen, während der Ueberfallene aus seiner Lage befreit wurde. Weder er noch die Pferde hatten Schaden genommen. Von den Räubern hat man noch keine Spur. — Am Freitag nachmittag 4 Uhr wurde zwischen den Bahnhöfen Reichenbach und Neumark der Bahnwärter Wagner durch eine leer fahrende Lokomotive überfahren und sofort getötet. — In Chemnitz vergiftete sich eine 22 Jahre alte Näherin in ihrer Wohnung im Stadtteil Altendorf mit Bitterkleesalz. Das Motiv der Tat ist unbekannt. — Die seit 4. Dezember in Döbeln vermißte ledige 25 Jahre alte Marie Zengisch wurde in Großbauchlitz tot aus der Mulde gezogen. — Der 23jährige Sohn des Zementwarenfabrikanten R. Schreyer in Lichtenstein zog sich durch einen Stoß gegen eine Eisenstange so schwere Verletzungen am Kopfe zu, daß er nach drei Tagen qualvollen Leidens verstarb.

Stadt-Chronik.

Der moderne Mittelstand.

Hierüber sprach am Sonnabend im Vereinshause auf Veranlassung der Gehestiftung Herr Geh. Hofrat Prof. Dr. Pierstorff aus Jena. Der Vortragende führte im wesentlichen folgendes aus: Durch die völlige Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse, die noch nicht abgeschlossen ist, hat sich auch der Mittelstand vollständig verändert. Während man früher bis zum Anfange des 19. Jahrhunderts alles zum Mittelstande rechnete, was nicht zum grundbesitzenden Adel oder zur breiten, besitzlosen Masse des Volkes gehörte, wird heute darunter das gesamte städtische Bürgertum in seiner mannigfaltigen Zusammensetzung verstanden. Nicht zum Mittelstand gehört die große Masse der gewöhnlichen Lohnarbeiter auf der einen und der Großgrundbesitzer, der großkapitalistische Unternehmer, der höhere Offizier, der Rentner und Beamte usw. mit hohem Einkommen auf der anderen Seite. Immerhin bleibt auch da eine Abgrenzung noch sehr schwierig. Zu ihm gehören der Bauer, Handwerker, selbständige Gewerbtreibende, mittlere Kaufmann und Händler, Schenkwirt, Arzt, Rechtsanwalt, Künstler, Privatangestellte, Beamte usw. Dem Mittelstand pflegt man insofern einen besonderen sozialen Wert beizumessen, als er die Herausbildung eines schroffen Gegensatzes zwischen Arbeit und Kapital, Besitzlosigkeit und Reichtum verhindern und ein Bindeglied zwischen den auseinanderstrebenden Gliedern der Gesellschaft sein soll.

Redner ging hierauf zunächst auf den Bauernstand ein, zu dem alles gehöre, was zwischen Großgrund- und Parzellenbetrieb liege. In Deutschland liegt der Schwerpunkt der Agrarverfassung im Bauernstande, auf den 70 Proz. der gesamten Bodenfläche entfällt. Auf dem landwirtschaftlichen Gebiete habe der Großbetrieb nicht die spezifische Ueberlegenheit, wie dies bei der Industrie und dem Handel möglich ist. Eine besondere Stärkung hat der bäuerliche Betrieb durch das Genossenschaftswesen erhalten. Für Deutschland bedeute die Erhaltung und Vermehrung des Bauernstandes ein großes nationales und national-wirtschaftliches Interesse. Nur durch die kleinen und mittleren bäuerlichen Betriebe findet auch die ländliche Arbeiterfrage eine befriedigende Lösung. (?)

Ganz anders liegen die Verhältnisse auf dem Gebiete von Handel und Gewerbe. Der Unterschied ist begründet in der völlig anderen Natur ihrer wirtschaftlichen Grundlage. Gewaltige Umwälzungen in der Produktion und des Absatzes vollzogen sich mit dem Aufkommen der Maschinen und des Eisenbahnverkehrs. Der Vorwurf, daß diese Entwicklung dem Handwerk verhängnisvoll geworden ist, ist mindestens in dieser Allgemeinheit nicht richtig. Gewiß sind einzelne Zweige desselben verdrängt worden oder sind im Begriff, es noch zu werden, andrerseits hat es sich aber in der Konkurrenz mit der Großindustrie behauptet. (!!) Vielfach hat sich auch das Handwerk verwandten Handelsbetrieben angeschlossen oder es ist ganz in diese übergegangen. Was es in den Großstädten verloren, hat es in den Klein- und Mittelstädten meist wieder gewonnen. Eine ganze Reihe von Gewerben (die Mehrzahl der Baugewerbe, Fleischer, Bäcker, Friseure, Schneider, Buchdrucker usw.) ist aber von dieser Wandlung gar nicht oder nur wenig berührt worden. Sie blühen mehr wie früher in alter Form weiter. (!) Allerdings gibt es auch Fälle, wo ein Mittelstandszweig den anderen ausgeschaltet hat. Die Lage des Handwerks ist eben sehr verschieden, je nach der Natur des Produktions- und Absatzgebietes. Gewiß gibt es Handwerkernot, aber im allgemeinen blüht das Handwerk. (!) Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung sind natürlich

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19110116/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

auch die Anforderungen gestiegen, die an das Handwerk gestellt werden. Deshalb ist es notwendig, daß sich das Handwerk in technischer und geschäftlicher Beziehung den veränderten Verhältnissen anpaßt. Das wird teilweise auch durch die Reform des Submissionswesens angestrebt. Man darf in dieser Hinsicht aber nicht zu viel von den Innungen erwarten, die Pflege des Schulwesens ist staatliche Aufgabe. Auch der Wert der Handwerkskammern besteht nur darin, was sie in der Heranbildung des Nachwuchses für Industrie und Handwerk leisten, an der umgestaltenden Wirkung der Verhältnisse kann aber auch die beste fachmännische Ausbildung nichts ändern.

Als dritte wichtige Gruppe des Mittelstandes behandelte Redner die mittleren und kleineren Kaufleute und Händler. Es handelt sich hier meist um einen notwendigen Zwischenhandel. (!) Der Handel als Ganzes hat durch die Wandlung der Dinge am meisten gewonnen und selbst das Wachstum der Industrie weit hinter sich gelassen. Für die Erweiterung des Handels sprechen folgende Zahlen: In den 25 Jahren von 1882 bis 1907 wuchs die Zahl aller Handelsbetriebe von 617 000 auf 1 098 000, die der Hauptbetriebe von 453 000 auf 840 000, also fast eine Verdoppelung, und die der Betriebspersonen von 838 000 auf 2 064 000, also fast um das 2½fache, während die Bevölkerung sich im selben Zeitraume nur um 37 Proz. vermehrte. ⅞ aller Betriebe entfallen auf die Allein- und Kleinbetriebe, die doppelt so viel Personen beschäftigen als die Großhandelsbetriebe. Deshalb erscheint, wenigstens äußerlich, der Mittel- und Kleinbetrieb noch keineswegs verkümmert. Wie in der Industrie, so arbeitet auch im Handel der Großbetrieb (Warenhaus) billiger als der kleinere.

Eine andere Konkurrenz ist den Kleinbetrieben in den Konsumvereinen entstanden, die allerdings nicht vom Großkapital herrühren. Für sie bilden hauptsächlich Lebensmittel und Kolonialwaren den Rohrboden. Gehoren ursprünglich aus Arbeiter- und Handwerkerkreisen, sichert ihnen schon der Mitgliederbestand trotz fehlenden Kaufzwanges von vornherein einen festen Kundenkreis. Jedem Konsumverein wohnt die Tendenz der Betriebserweiterung inne. So ist er vielfach gezwungen, in ländlichen Orten Filialen zu errichten. Die Konsumvereine suchen den Zwischenhandel möglichst auszuschalten und schließen sich zu Großeinkaufs-Genossenschaften zusammen. Das geht um so leichter, als sie die Art und Größe ihres Bedarfs bei ihrem festen Kundenkreis übersehen können. Der Umsatz der Konsumvereine betrug nach statistischen Angaben 5,6 Proz. des Gesamtumsatzes der Lebensmittel und etwa 1 Proz. des gesamten Detailhandels. Daraus ist aber ersichtlich, daß den Konsumvereinen gewisse Grenzen gezogen sind. Selbst dort, wo Konsumvereine bestehen, sieht man fortgesetzt neue Detailhandelsgeschäfte entstehen, die dann, wenn das Geschäft nicht so recht gehen will, über die Konkurrenz der Konsumvereine schreien. Wie können sich aber solche Neugründungen über die Konsumvereine beschweren, viel verständlicher wäre, wenn die Konsumvereine über diese Neugründungen klage führten. Die große Zersplitterung des Kleinhandels führt natürlich nicht zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit. Er (Redner) müsse es deshalb für einen bedauerlichen Irrtum halten, wenn man Warenhäuser, Großbetriebe und deren Filialen mit einer Sondersteuer zu bekämpfen sucht. Noch schlimmer ist es freilich, wenn man die gesunde Entwicklung der Konsumvereine durch eine solche Steuer zu unterbinden sucht, weil man eine nichtkapitalistische Form der wirtschaftlichen Entwicklung zugunsten der kapitalistischen Form schädigen will. Eine solche Steuer ist aber nicht nur wirkungslos, sondern auch inkonsequent und vor allem höchst unsozial. Wie will man es rechtfertigen, eine bestimmt entwickelte Form des Wirtschaftslebens mit einer Strafsteuer zu belegen? Wie will man es verteidigen, daß man auf der einen Seite die ländlichen Genossenschaften in jeder Weise zu unterstützen sucht, während man auf der anderen Seite die Arbeiter-Konsumvereine, die einen Triumph berechtigter Selbsthilfe darstellen, bedrängt, nur weil sie zum großen wirtschaftlichen Machtfaktor geworden sind? Das führt zu der Konsequenz, alle Großbetriebe, gleichviel in welcher Form, also auch die Spezialbetriebe, zu besteuern. Davor scheut man sich aber, weil dies zu der Einsicht führen muß, daß ein solches Verfahren dem Grundsatze der Gewerbefreiheit widerspricht.

In neuerer Zeit hat auch der Besitzer von Mietshäusern ein großes Interesse für die Mittelstandspolitik bekundet. Der Hausbesitzer befürchtet durch eine Beschränkung des Detailhandels eine Schädigung seiner Interessen, da Ladenmieten ihm mehr einbringen als Wohnungsmieten. Das sekundäre Renteninteresse des Hausbesitzes kann aber nicht maßgebend sein, es ist mindestens nicht derart, daß die Gesellschaft ihm besondere Rücksicht schuldig ist. — Der mittelständische Betrieb hat jedenfalls eine gleich günstige Entwicklungsbedingung noch nie gehabt als in der Gegenwart. Die einzelnen Gruppen und Teile haben allerdings sehr verschiedene Lebensbedingungen und werden von der modernen Entwicklung sehr verschieden beeinflußt. Bei dieser Sachlage haben naturgemäß die verschiedenen Mittelstandsgruppen ganz verschiedene Interessen. Redner schloß mit den Worten: Eine schwierige, aber auch eine der wichtigsten sozialen Aufgaben ist es, die wirtschaftliche Lage des neuen Mittelstandes dauernd zu sichern, denn dieser ist geeignet, für den verschwindenden alten Mittelstand vollwertigen Ersatz zu leisten. Eine Mittelstandspolitik aber, die überlebten Idealen nachjagt und Mittel äußerer brutaler Gewalt gegen moderne Entwicklungsformen anwendet, ist auf die Dauer ohnmächtig und hat keine Zukunft.

*

Manches, was der Herr Professor gesagt hat, ist sehr anfechtbar. Jeder einigermaßen politisch und ökonomisch nach sozialdemokratischen Grundsätzen geschulte Leser wird das ohne weiteres erkennen. Durchaus richtig aber ist, was über die Bedeutung der Konsumvereine gesagt wurde. Das ist um so wichtiger, als der ganze Vortrag sehr mittelstandsfreundlich angelegt war.

Aus den Bezirksausschüssen.

In geheimer Sitzung hat der Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt folgende Konzessionsgesuche genehmigt: Schmidt in Rabenau, Schankkonzession auf dem sogenannten schwarzen Teich während des Eisbahnbetriebes und der Ausfischung des Teiches; Thomaß in Stetzsch, regulativmäßige Tanzmusik; Wagner in Sonisdorf, Ausdehnung der Schankkonzession auf Garten und Veranda; Hamann in Großburgk, Schankkonzession; Giebe in Zaucherode, Bier-, Wein- und Branntweinschank; Schneider in Dölzschen, Kaffee und alkoholfreie Getränke; Scheinpflug in Deuben, unbeschränkter Bierausschank; verehelichte Roscher in Neu-Bannewitz, Konzession für den herrschaftlichen Gasthof nebst Garten. Abgelehnt wegen ungenügender Lokalitäten wurde das Gesuch Grimmers in Drabschütz um Ausschank von Kaffee und alkoholfreien Getränken. — Die Gehaltsfestsetzungen der Gemeindevorstände in Braunsdorf und Briesnitz wurden genehmigt und die Oeffentlichkeit des Fußweges zwischen der Straße R und der Bergstraße in Dölzschen unterkannt. Der Rekurs der Gebrüder Braune in Dölzschen gegen ihre Heranziehung zu den Gemeindeanlagen in Coschütz hatte teilweisen Erfolg.

Eine Gasexplosion ereignete sich am Sonnabend im Grundstück Waterloostraße 9. Vermutlich ist von einer verwitweten Frau Albert ein Gashahn offen gelassen worden, dem größere Gasmengen entströmt sind. Die Wohnungsinhaberin hat die Flamme eines Kochers anzünden wollen. Hierbei erfolgte die Explosion, die erheblichen Schaden anrichtete. Die Feuerwehr mußte längere Zeit mit dem Beseitigen der gelockerten Gebäudeteile und dem Abräumen der Unfallstelle tätig sein. Glücklicherweise wurde niemand verletzt.

Zwei schwere Rodelunfälle ereigneten sich gestern Sonntag wieder. Auf der ganz vereisten Rodelbahn an der Weltemühle fuhr ein mit drei erwachsenen Personen besetzter Schlitten über den Hang der linken Seite der Bahn hinunter und rannte an einen Baum. Dabei erlitt der 21jährige Arbeiter Fischer aus Cotta einen Schenkel- und einen Knöchelbruch, offenbar auch innere Verletzungen, da ihm das Blut aus Mund und Nase quoll. Der junge Mann wurde zunächst in die Weltemühle gebracht, wo der herbeigerufene Arzt, Herr Dr. Dachenhausen-Nennitz, die erste Hilfe leistete. Später traf ein Krankenwagen aus Dresden ein, der den Schwerverletzten nach einem Krankenhaus beförderte. — Ungeübten muß dringend vom Fahren auf dieser Bahn abgeraten werden.

Noch schlimmer verlief ein Unfall, der abends an dem steilen Berge, der zur Boxdorfer Windmühle führt, passierte. Kinder tummelten sich hier, wobei zwei Schlitten zusammenfuhren, und zwar so heftig, daß die achtjährige Tochter des Hausbesitzers Opitz in Boxdorf derartig verunglückte, daß der hinzugezogene Arzt den Tod durch Genickbruch feststellen mußte.

An Gasvergiftung erkrankt wurden Sonnabend früh die Friseurlehrlinge Max Kittel aus Deuben und Rudolf Schäfer aus Dresden in ihrer in einem Erdgeschoß der Zwickauer Straße gelegenen Schlafkammer angetroffen. Infolge eines Gasrohrbruchs war in den Schlafraum über Nacht Gas durch den Fußboden eingedrungen. Beide 16 Jahre alten Lehrlinge schliefen nicht in der Wohnung ihres Lehrherrn, sondern gegenüber von dessen Geschäft. Nach Wahrnehmung des Unfalls wurde der Sanitätsrat Dr. Findeisen herbeigerufen, der die Unterbringung der jungen Leute, deren einer bedenklicher erkrankt war, im Friedrichstädter Krankenhaus verfügte.

Vermischte Nachrichten. Im zweiten Halbjahr 1910 sind durch die Aufsichtsmannschaft der Wohlfahrtspolizei in 42 Biergroßhandlungen und Brauereien, die sich mit dem Vertriebe von Flaschenbier befassen, 45 Revisionen hinsichtlich der gründlichen Flaschenreinigung und der ordnungsgemäßen Beschaffenheit der dazu benutzten Geräte und Räume vorgenommen worden. Anzeigen waren nicht zu erstatten, da grobe Mängel nicht festgestellt worden sind. Es ist nur in einem Falle die Beseitigung von Glasscherben aus dem Spülraume und in einem Falle das Ausweißen des Betriebsraumes aufzugeben gewesen. Beiden Erinnerungen ist Folge geleistet worden. — Sonnabend nacht gegen 11 Uhr wurde die Feuerwehr nach dem Taschenbergpalais gerufen, wo im Mittelbau der 2. Etage in einem Gesellschaftszimmer der Prinzessin Mathilde durch einen Christbaumbrand ein erhebliches Feuer entstanden war. Von der Hauptfeuerwache rückten der 1. Löschzug mit der Dampfspritze und der 7. Zug aus, außerdem war auch die Militärfeuerwehr am Platze eingetroffen. Die Diener hatten den Brandherd mit einer Schlauchleitung angegriffen und wurden dann durch die inzwischen eingetroffene Feuerwehr unterstützt, die beinahe zwei Stunden mit Lösch- und Aufräumungsarbeiten beschäftigt war. Die Einrichtung des Zimmers, Bilder, Möbel, Portieren rc., ist teils verbrannt, teils erheblich beschädigt worden, so daß ein ziemlich bedeutender Schaden entstanden ist. Auch die angrenzenden Räume haben durch den Rauch gelitten.

Aus der Umgebung.

Die Verschmelzung der Gemeinden Deuben, Döhlen, Niederhäslich und Potschappel

beschäftigte am Freitag abend eine stark besuchte Versammlung im Gasthof zum Löwen in Potschappel. Vor Eintritt in die Tagesordnung verlas Genosse Naymann ein Entschuldigungsschreiben des Gemeindevorstands Rudelt-Deuben, der bedauert, daß er am Erscheinen behindert ist, und erklärt, daß er sich später noch in einer öffentlichen Versammlung zu dieser Frage äußern werde.

Darauf erhält Genosse Landtagsabgeordneter Fleißner das Wort zu seinem Referat: Als Vertreter dieses Kreises im Landtage habe er besonderes Interesse an dieser Frage; aber auch deshalb, da so eine Frage doch nicht alle Tage wiederkehre, erheische sie das allgemeine Interesse. Es hat sich nun eine Reihe von Stimmen bemerkbar gemacht, die unter keinen Umständen von einer Verschmelzung etwas wissen will; es ist ja auch gesagt worden, daß gegenwärtig eine große Erregung und Beunruhigung durch die Einwohnerschaft gehe. Aber wie es den Anschein hat, ist die Erregung nur in den Kreisen zu bemerken, die Sonderinteressen dabei im Auge haben. Es muß aber vom allgemeinen Interesse ausgegangen werden. Wenn man so lange warten will, bis die Verhältnisse in den beteiligten Gemeinden ganz gleichartig sind, wird es nie zu einer Vereinigung kommen. Dieser Gesichtspunkt muß vollständig verschwinden. Ein anderer Punkt ist die finanzielle Seite. Daß vielleicht eine Gemeinde mehr Opfer bringen müsse wie die andere, ist noch kein Maßstab zur Beurteilung der Frage. Sieht man sich die finanzielle Seite etwas näher an, so findet man häufig, daß die finanziell besser dastehenden Gemeinden den günstigeren Stand auf Kosten des Fortschritts erlangt haben. Da ist die Beleuchtung mangelhaft, der Zustand der Straßen läßt zu wünschen übrig usw. — Zur Steuer sind die Bevölkerungsschichten sehr verschieden herangezogen. Zum Beispiel im Steuerregulativ der Gemeinde Deuben, das auf Drängen unserer Parteigenossen im Vorjahre wesentlich verbessert wurde, müssen auf 300 M. Einkommen 4 M. Gemeindeanlagen bezahlt werden, während der Steuersatz für den Staat hier nur 1 M. beträgt. So geht das Bild noch einige Staffeln weiter bis zu den höheren Einkommen, wo das gerade Gegenteil der Fall ist. So werden bei einem Einkommen von 2801 bis 3000 M. 67 M. Staatssteuern und nur 64 M. Gemeindeanlagen entrichtet, bei 9201 bis 9400 M. 330 M. für den Staat und nur 324 M. für die Gemeinde. Dies sind nur einige Beispiele.

Ein moderner Mensch, welcher Partei er auch angehören mag, wird zugeben, daß eine größere Industriegemeinde nicht nur äußerlich gut aussehen darf, sondern daß auch die Verhältnisse nach innen gut gestellt sein müssen. Ein Hausbesitzer, der nicht nur von dem Standpunkte ausgeht, die Miete einzustreichen, sondern der auch darauf sieht, daß seine Wohnungen gut wohnlich und behaglich sind, der erhöht dadurch den Wert seines Grundstücks. So ist es auch in der Gemeinde. Sie muß versuchen und bestrebt sein, den Einwohnern den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu gestalten. Aus nichts wird nichts, das ist selbstverständlich. Es muß gesagt werden, daß im Plauenschen Grunde an sozialen und hygienischen Einrichtungen noch viel zu tun ist. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß eine größere Gemeinde in ihren Entschließungen viel beweglicher ist als vier Gemeinden mit vier Verwaltungen und vier Gemeindeoberhäuptern. Die Landgemeinden sind in allen wichtigeren Fragen an die vorgesetzte Behörde gebunden, während die Stadt nicht den langen Instanzenweg durchzumachen hat. Der Ausdruck „Landgemeinden", im Plauenschen Grunde angewendet, ist purer Unsinn. — In der Hauptsache bestehen die in Betracht kommenden Gemeinden aus Arbeitern. Viele Arbeiter müssen sehr oft mit der Arbeit wechseln und von einer Gemeinde in die andere verziehen. Ihnen geht dann das Wahlrecht auf zwei Jahre verloren. Auch in der Zusammensetzung der Gemeinderäte würde ein Fortschritt zu verzeichnen sein. Während in der Landgemeindeordnung mindestens drei Viertel aus Hausbesitzern bestehen müssen, ist in der Städteordnung nur die Hälfte vorgeschrieben. Wir Sozialdemokraten stehen ja auf dem Standpunkte, daß dieser Zustand gänzlich beseitigt werden muß. — In der Presse stoße man auf Auslassungen, wie: „Ja, wie soll denn die neue Stadt heißen?" Wer von diesem Standpunkte aus versucht die Frage zu lösen, ist überhaupt nicht fähig und berechtigt dazu. — Es ist außerordentlich notwendig, daß im Plauenschen Grunde ein Krankenhaus errichtet wird. Das könnte zwar jetzt auch schon eingeführt sein; aber eine Gemeinde sträubt sich aus diesem oder jenem Grunde dagegen, die andere stellt Bedingungen, so geht das Gezerr fort, und die wichtige Frage scheitert an kleinlichen Dingen. Der Plauensche Grund braucht ferner einen Schlachthof, der die Garantie gibt, daß gesundes, gutes und kräftiges Fleisch geliefert werden kann. Bleiben die Gemeinden noch länger isoliert, haben sie in zehn Jahren noch keinen Schlachthof. Das Schulwesen kann besser zentralisiert werden. In der Stadt fällt vor allem die geistliche Schulaufsicht weg; eine Vereinfachung würde zweifellos eintreten, ebenfalls eine Verbilligung. An gesunden, den sozialen Verhältnissen entsprechenden Wohnungen mangelt es auch im Plauenschen Grunde. Zu allen diesen Fragen haben die Gemeindeverwaltungen Stellung zu nehmen. Eine Gemeinde kann da mehr tun als vier. Redner weist auf die vorbildlichen Arbeiterwohnungen der Städte Ulm in Württemberg und Charlottenburg hin. Die Wohnungsfrage darf nicht an letzter Stelle stehen. Die Frage der Eigenbetriebe kann in einer großen Gemeinde sehr zum Nutzen der Allgemeinheit gefördert werden. Da sind die Müllverbrennung und die Wasserversorgung außerordentlich wichtig. Man sage freilich, die Verwaltung würde zu teuer; aber das ist eine Behauptung, die noch nicht bewiesen worden ist, auch nicht im Bezirksausschuß. Die Regierung fordere in einem kürzlich veröffentlichten offiziösen Artikel die Gründung von Zweckverbänden, aus dem eher das Gegenteil zu lesen ist. Die Zweckverbände sind aber namentlich für kleinere Gemeinden bestimmt. — Das Stadtbild wird bemängelt; es ergibt sich aber aus den natürlichen Verhältnissen. Wer kann dafür, daß wir hier zwischen Bergen wohnen und nicht auf freier Fläche? Dieser Einwurf ist ja auch noch ganz und gar hinfällig vom Standpunkt der modernen Baukunst. Das Stadtbild kann nicht von entscheidender Bedeutung für die Stadtwerdung sein. Es kommt auch nicht darauf an, wo die Verwaltung ihren Sitz hat, sondern es kommt darauf an, daß sie gut und praktisch arbeitet. Redner geht dann näher auf die Entwicklung der Sache ein. Die Gemeindeverwaltungen sollen die Frage im innigsten Kontakt mit den Einwohnern lösen, nicht mit einzelnen Vereinen und Gruppen. Die Massen der Arbeiter werden wohl mit der Verschmelzung einverstanden sein, und wenn die Verwaltungen dies bedenken, wird man in absehbarer Zeit zu einem positiven Ergebnis kommen. Diese Frage ist keine Parteifrage. Man soll sie in den Gemeinderäten nicht wieder einschlafen lassen, da die Verschmelzung im Interesse aller Einwohner liegt. (Lebhafter Beifall.)

In der Debatte ergreift zunächst Genosse Kahmann das Wort. Er polemisiert gegen die Einsendung eines Herrn Fische im Amtsblatt, der wohl gegen eine Verschmelzung sei, aber Gründe anführe, die dafür sprechen. Die fremdsprachlichen Arbeiter sind herangezogen worden von der Seite, die heute die Seßhaftigkeit der Arbeiter als Gegengrund einer Vereinigung anführten. Durch den Verzug der Arbeiter von Ort zu Ort komme es vor, daß ein Arbeiter einen Teil seines Wahlrechts überhaupt nie ausüben könne. Nicht nur das kommunale Wahlrecht, sondern auch das Landtagswahlrecht gehe vielen Arbeitern verloren. Das konnte man deutlich bei der letzten Landtagswahl beobachten. Das Hauptbollwerk gegen die Verschmelzung bilde das reaktionäre Gemeindewahlrecht. Hier würde es die höchste Zeit, daß der Landtag einmal eingreife. Das Steuerverhältnis in Döhlen sei noch krasser wie in Deuben. Dort müssen auf 400 M. Einkommen 5,20 M. Gemeindesteuer gezahlt werden, während die großen Einkommen sehr glimpflich weglommen. Die Massen haben Veranlassung, innerhalb und außerhalb der Gemeinderäte dafür einzutreten, daß die wichtige Frage baldigst ihrem Abschluß entgegen gehe. (Beifall.)

Genosse Lange, Gemeinderatsmitglied von Niederhäslich, führt aus, daß unsere Genossen in den Gemeinderäten die bürgerlichen Vertreter unablässig drängen mußten, daß sie sich überhaupt zu dieser Frage äußerten. Aus seiner Praxis als Gemeinderatsmitglied berichtet er über die wichtige Frage der Wasserversorgung, die bereits 1890 im Plauenschen Grunde eine große Rolle gespielt habe. In Deuben waren es gerade unsere Genossen, auf deren Anregung an die Gemeinden ein Rundschreiben ergangen sei zwecks gemeinsamer Wasserversorgung. Keine der angegangenen Gemeinden habe darauf geantwortet. In der Krankenhausfrage sei Deuben ebenfalls zuerst vorgegangen. Nach einem Bankett traten die Gemeindevorstände zusammen und beschlossen, einen Fonds zu bilden. Zu guter Letzt blieben aber nur noch Deuben, Döhlen und Niederhäslich übrig, die anderen Gemeinden stießen sich an die Finanzfrage. So mußte es abgelehnt werden, da die drei Gemeinden nicht imstande waren, die Lasten allein zu tragen. In der Steuerfrage haben unsere Vertreter oft einen schweren Stand, doch sei in Deuben und Niederhäslich manches für die Arbeiter herausgeholt worden. Die Bürgerlichen wollen überhaupt nicht, daß die Frage im sozialen Sinne gelöst werde. Der Aufwand für die Schule betrage in Niederhäslich 50 Prozent der gesamten Einnahmen; es sei unmöglich, das Schulwesen noch weiter auszubauen. Die Massen des Volkes müssen drängen und schieben, bis die Frage zur Lösung komme. (Beifall.)

Genosse Schneider-Potschappel: Fleischermeister Einhorn habe letzthin im Gemeinderat erklärt, jetzt bei fünf Schweinen 18 M. Ausgaben zu haben, bei einem Schlachthof würden sich die Ausgaben auf 56 M. steigern. Das bedeute einen Extraprofit von 16 560 M., den die Fleischer jetzt in ihre Tasche fließen lassen. Denn das Fleisch sei keineswegs billiger wie in Dresden. Redner berührt dann einige bekannte Sachen, die die Heiterkeit der Versammlung auslösten. Unser Gemeindevorstand gehe wohl zu Veranstaltungen von „Vereinchen" und bringe dort die Glückwünsche der Gemeinde dar, aber in den Versammlungen der Arbeiterschaft lasse er sich nicht sehen. Nicht einmal die einfachste Anstandspflicht scheine er zu kennen, daß man auf Einladungen zu antworten habe. (Beifall.)

Im Schlußwort geht Genosse Fleißner noch auf verschiedene Hinweise der Diskussionsredner ein.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die Versammlung erkennt durchaus an, daß die Vereinigung der Ortschaften Deuben, Döhlen, Niederhäslich und Potschappel zu einer Stadtgemeinde große Vorteile zeitigen dürfte. Sie tritt deshalb mit aller Entschiedenheit für die Verschmelzung der vier Gemeinden ein und erwartet von den in Betracht kommenden Gemeinderäten, daß sie diese Frage im Sinne der Versammelten erledigen."

Tolkewitz. Die erste öffentliche Gemeinderatssitzung hatte außer den Wahlen der Ausschüsse weiter keine für uns wichtigen Punkte auf der Tagesordnung. Von den sozialdemokratischen zwei Vertretern kamen Genosse Brensche in den Armen- und Feuerlöschausschuß und Kasper in den Abschätzungsausschuß, er ist ferner bei Neuwahl des Schulvorstandes vorgesehen. Bis jetzt waren wir nur im Feuerlöschausschuß vertreten.

Burgwitz. Tödlich verunglückt ist Freitag nachmittag der 42 Jahre alte Bergarbeiter Langhoff, aus Altburgwitz. Beim Abrüsten brach er durch einen Sturz die Wirbelsäule. Er wurde in das Krankenhaus Zaucherode gebracht, wo er am Sonnabend gestorben ist.

Rippien. Auf dem Eise des hiesigen Dorfteiches ist gestern der Schulknabe Heyk an einer offenen Stelle eingebrochen und ertrunken. Am Sonnabend wurde Eis aus dem Teiche abgefahren. Es wäre deshalb wohl am Platze gewesen, eine Warnungstafel wegen Betretens des Eises anzubringen.

Vereinskalender für Dienstag.

Deutscher Arbeiter-Stenotachygraphen-Bund. Uebungsstunde abends 8½ Uhr bei Michel.

6. Wahlkreis. Bezirk Naußlitz. Mitglieder-Versammlung in der Linde, abends 8½ Uhr.

6. Wahlkreis. Bezirk Löbtau. Mitgliederversammlung im Bürgergarten, abends 8 Uhr.

Transportarbeiter. Droschkenführer und Chauffeure. Versammlung im Volkshaus, abends 10 Uhr.

Gruppe Pähnitz-Hellerau. Sitzung in der Hoffnung, abends 8½ Uhr.

M.-K. Sitzung im Volkshaus, abends 8½ Uhr.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19110116/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Deutscher Reichstag.

116. Sitzung. Sonnabend den 14. Januar, vorm. 11 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Lisco.

Zunächst wird in dritter Lesung der Gesetzentwurf betreffend Änderung des **Militärstrafgesetzbuches** debattelos angenommen.

Aenderung des Strafgesetzbuches.

Die Fortsetzung der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Aenderung des Strafgesetzbuches beginnt bei dem neu eingefügten Paragraphen, der beim Diebstahl geringfügiger Gegenstände aus Not (Kotdiebstahl) Geldstrafe bis zu 300 M. und Gefängnis nur bis zu drei Monaten zulassen will.

Abg. Dr. Becker-Köln (Z.): Bei milde liegenden Fällen sollte überhaupt nicht auf Gefängnis erkannt werden. Ich will jetzt keinen Antrag stellen, aber diese Anregung sollte bei der Abfassung des neuen Strafgesetzbuches berücksichtigt werden.

Staatssekretär Dr. Lisco sagt Berücksichtigung des Wunsches zu.

Die Diskussion über den Paragraphen betreffend Milderung des Mundraubes und des Betruges aus Not wird verbunden mit der Diskussion über den Antrag **Albrecht** (Soz.), das Betteln aus Not straflos zu lassen oder mindestens den Richtern die Möglichkeit zu geben, es straflos zu lassen.

Abg. **Frohme** (Soz.): begründet diesen Antrag. Die Regierung hat selbst in der Begründung der Vorlage gesagt, die Not kann einen sonst rechtschaffenen Menschen aus der gesetzlichen Bahn reißen, und Herr Gröber hat das Betteln aus unverschuldeter Not straflos lassen wollen. Daher müßte zum mindesten dieser Antrag angenommen werden. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Dr. **Müller-Meiningen** (Fortschr. Volksp.): **Der Prinzipalantrag Albrecht würde direkt zum Betteln herausfordern; höchstens** könnte der Eventualantrag angenommen werden, wonach Straflosigkeit eintreten kann.

Geheimrat **Joel** bittet, den Antrag **Albrecht abzulehnen, da** bei diesem Notgesetz diese prinzipielle Frage nicht erledigt werden könne.

Abg. **Stadthagen** (Soz.): **Es ist ungeheuerlich, daß ein Richter auf eine Gefängnisstrafe erkennen muß, wo er am liebsten freisprechen möchte.**

(Sehr wahr! bei den Soz.) Nicht der darf bestraft werden, der aus Not bettelt, sondern die Gesellschaft müßte bestraft werden, die einen Menschen in eine solche Not kommen läßt. (Sehr richtig! bei den Soz.) Es gibt ja auch Fälle, wo nicht aus Not gebettelt wird, wie z. B. wenn Häuptlinge wilder Völkerstämme um Erhöhung ihrer Einnahmen einkommen (Große Heiterkeit bei den Soz.) oder wenn Vereine um Liebesgaben betteln. (Sehr gut! links.) Auch der Bettler hat Anspruch auf Gerechtigkeit. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. **Geiser** (Z.) beantragt, den sozialdemokratischen Antrag dahin abzuändern, daß gesagt wird, wenn das Betteln in unverschuldeter Notlage erfolgt, tritt Straflosigkeit ein.

Geheimrat **Joel** und die Abg. Dr. **Heinze** (natl.) und Dr. **Wagner** (kons.) bezeichnen auch den Antrag Gröber als unannehmbar.

Abg. Dr. **Frank**: Nicht nur das Betteln, sondern auch das Landstreichen aus unverschuldeter Not müßte straflos sein. Der Bettel ist ja immer

ein Verschulden der Gesellschaft.

Unser Antrag will, daß der Richter nicht schematisch entscheidet, sondern den einzelnen Fällen nachgeht. Die **Menschlichkeit soll entscheiden, nicht die Gesetzlichkeit des Richters.** (Zustimmung bei den Soz.)

Abg. **Geiser** (Z.): Ansprechen um Unterstützung ist keineswegs schon Bettel, sonst müßte der Hansa-Bund wegen Bettelns bestraft werden. (Heiterkeit und Sehr gut! i. Z.) Schon jetzt verfahren verständige Richter so, wie es unser Antrag will.

Abg. Dr. **Müller-Meiningen** (Fortschr. Volksp.): **Der Antrag ist ein Freibrief für die Bettler. Muß immer erst den Familienverhältnissen des Bettlers usw. nachgegangen werden, so wird die Untersuchungshaft verlängert werden.** Annehmbar ist dagegen der sozialdemokratische Eventualantrag, für den wir daher stimmen werden.

Abg. Dr. **Frank** (Soz.): **Die von Dr. Müller-Meiningen geschilderte weitschweifige Untersuchung wird kaum im tausendsten Falle eintreten.**

Hiermit schließt die **Diskussion. Die Paragraphen über Notdiebstahl und Mundraub werden nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.**

Bei der **Abstimmung über den Antrag Gröber bleibt das Ergebnis zweifelhaft; der Hammelsprung ergibt, daß 95 Abgeordnete dafür, 70 dagegen stimmen.**

Das Haus ist also beschlußunfähig. Der Präsident beraumt die nächste Sitzung auf 1½ Uhr an.

117. Sitzung. Sonnabend den 14. Januar, nachm. 1½ Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Lisco.

Die 2. Beratung der Novelle zur **Aenderung des Strafgesetzbuches** soll fortgesetzt werden bei Ziffer 7. — Auf Antrag **Stadthagen** (Soz.) wird zunächst die Abstimmung über Ziffer 8 ausgesetzt und der **sozialdemokratische Antrag** mit dem Antrag **Gröber angenommen**, desgleichen mit dieser Änderung die Ziffer 8 der **Kommissionsfassung** (Betrug aus Not).

Nach Ziffer 7 erhält der § 253 folgende Fassung: Wer in der Absicht sich oder einem dritten einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, einen andern dadurch schädigt, daß er durch Gewalt oder Drohung zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung nötigt, wird wegen **Erpressung** mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft. Der **Versuch** ist strafbar.

Hierzu beantragen die Abg. **Albrecht** und Genossen (Soz.), das „rechtswidrigen Vermögensvorteil" zu setzen Gewinn (eventuell Vermögensvorteil), den zu erstreben nicht in Wahrnehmung seines berechtigten Interesses oder dem eines Dritten liegt. Weiter beantragen dieselben, statt „Drohung" zu setzen „Bedrohung mit einer strafbaren Handlung oder mit der Verbreitung einer für den Bedrohten oder eine ihm nahestehende Person ehrenkränkenden Behauptung".

Für den Fall der Ablehnung dieser Anträge wird beantragt, in § 253 folgende Absätze zuzufügen: a) die Bedrohung mit einem Übel, die der Verkehrssitte entspricht, insbesondere die Drohung mit einer **Einstellung der Arbeit** oder mit einer Sperre ist keine Drohung im Sinne dieser Vorschrift. b) Das Verlangen, einen Arbeitsvertrag zu schließen, andere in Arbeit zu nehmen, andere Arbeitsbedingungen, insbesondere höhere Löhne oder kürzere Arbeitszeit zu gewähren, oder bestimmte Forderungen als Voraussetzung der Aufnahme der Arbeit zu erfüllen, sowie das Verlangen, einer Arbeitslosenkasse oder einer Arbeitsnachweisanstalt, einer öffentlich rechtlichen Korporation, einer Versicherungskasse oder einer religiösen, politischen, gewerblichen oder gesellschaftlichen Vereinigung eine Zuwendung zu machen, ist **nicht** als rechtswidriger zu betrachten.

Abg. **Stadthagen** (Soz.): Mein Freund Heine und ich haben schon auf die Gefahren hingewiesen, die der gewerkschaftlichen Organisation aus der eigentümlichen Auslegung des § 253 erwachsen. Herr v. Puttkamer hinter jedem Streik die Hydra der sozialen Revolution lauern sah, hat die Rechtsprechung bis zum Reichsgericht hinauf die

Ausübung des gesetzlichen Streikrechts zum gemeinen Verbrechen der Erpressung gestempelt.

(Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) So ist ein Maurer als Erpresser verurteilt worden und mit sechs Wochen Gefängnis und drei Jahren Ehrenrechtsverlust belegt worden, weil er durch Ankündigung, daß er streiken werde, seinen Lohn von 43 auf 45 Pf. zu erhöhen versucht. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Nach außerhalb des Arbeiterrechts hat die unerhörte Ausdehnung des Begriffs der Erpressung Verwüstung und Unheil angestiftet. Ein Mann, der sich bereit erklärte, von einer Anklage gegen den Beleidiger seiner Ehefrau abzusehen, wenn dieser 150 M. für einen wohltätigen Zweck bezahlen wollte, ist als Erpresser verurteilt worden. (Hört, hört!) Im Sinne dieser Rechtsprechung ist das aus dem Moabiter Prozeß bekannte Ansinnen an den Schutzmannssohn, gegen Zurücknahme der Anklage eine Geldsumme zu zahlen, eine vollendete Erpressung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Eine besondere Ausdehnung hat man dem Begriff der Erpressung gegeben, um die Werbetätigkeit für Arbeiterverbände unter Strafe zu stellen. Die bloßen Worte: „Tritt dem Verbande bei, es wird dein Schaden nicht sein" sind als Erpressung betrachtet worden. Man war hingegen

weit zurückhaltender gegen Arbeitgeber-Organisationen.

Sicherlich fallen zahlreiche Handlungen von Arbeitgeberverbänden, Syndikaten, Trusts usw. unter den Begriff der Erpressung, wie die Gerichte in ihren Urteilen gegen Arbeiterorganisationen ihn gefaßt haben. Anklage aber ist deshalb nicht erhoben worden. Von zwei Dingen eins: Entweder waren die Handlungen der Arbeitgeberorganisationen strafbar, dann ist in ungesetzlicher Weise die Strafverfolgung unterblieben, oder aber diese Handlungen waren straffrei, dann sind die Arbeiterorganisationen zu Unrecht verurteilt worden. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Erst in den letzten Jahren sind auch Arbeitgeber, wenn sie gegen den § 153 der Gewerbeordnung verstießen, verurteilt worden. Jetzt brennt also auch den Unternehmern das Feuer unter den Nägeln, und daher kommt die Vorlage. Aber

Vorteil bringt sie nur den Unternehmern,

weil sie in den Paragraphen die Worte einflickt: wer das Vermögen eines anderen beschädigt. Für die Arbeiter bleibt alles beim alten, weil ja die Arbeitskraft nicht unter den Begriff des Vermögens fällt. Sie wollen ein Notgesetz machen, das schreiende Mißstände beseitigt. Gibt es einen schreienderen Mißstand, wie den, den wir hier beseitigen wollen, und den Sie durch dieses „Notgesetz" verewigen wollen?

Sie fürchten, sie könnten wirklich einmal einen Erpresser durch die Lappen lassen, aber lieber lasse ich hundert wirkliche Erpresser laufen, als daß ein einziger ehrlicher Arbeiter zum Erpresser gestempelt wird. Sie sagen, unsere Anträge betreten das Gebiet der Kasuistik, aber das Arbeitsrecht hat überall in kasuistische Bestimmungen aufgelöst werden müssen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Arbeiter aller Richtungen sind schon verurteilt worden für nichts anderes, als daß sie unterhandeln wollten, bevor sie in den Streik traten. (Hört, hört! bei den Soz.) Wie können Sie es dulden, daß eine Rechtsprechung auch nur einen Augenblick weiter besteht, die

den anständigen Arbeiter zum ehrlosen Erpresser stempelt.

Nichts hat so erbitternd gewirkt, als daß Arbeiter, die für das Wohl ihrer Familie und für das der Allgemeinheit streben, eben um dieses Strebens willen und

wegen ihrer Friedensliebe als Erpresser verurteilt

werden. Machen Sie dem ein Ende, indem Sie unsere Anträge annehmen! (Lebhaftes Bravo! bei den Soz.)

Abg. **Gröber** (Z.) erkennt an, daß nach der Kommissionsfassung alles beim Alten bleiben werde; die dringende Neuregelung der Materie muß bei der bevorstehenden, umfassenden Revision des Strafgesetzbuches erfolgen.

Geheimrat **Tischendorf** verspricht, die Anregungen des Abg. Gröber im Auge zu behalten.

Damit **schließt** die Diskussion. Unter **Ablehnung** der sozialdemokratischen Anträge wird § 253 in der Fassung der Kommission **angenommen**. Die folgenden Abschnitte werden debattelos **angenommen**.

Zur Debatte werden dann gestellt folgende Anträge **Albrecht** und Genossen (Soz.):

Dem Gesetzentwurf zuzufügen: In das Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch wird folgende Vorschrift aufgenommen: a) die landesgesetzlichen Vorschriften über das öffentliche Anschlagen, Anheften, Ausstellen, sowie über die öffentliche unentgeltliche Verteilung von Bekanntmachungen, von Plakaten und Aufrufen treten außer Kraft; b) die landesgesetzlichen Vorschriften, welche Vertragsverletzungen eines Arbeiters oder eines Arbeitgebers mit Strafe bedrohen, treten außer Kraft; c) die Vorschriften des Landesrechts in bezug auf Verabredungen ländlicher Arbeiter und Dienstboten zur Einstellung oder Verhinderung der Arbeit treten außer Kraft; d) Absatz 3 des § 43 der Gewerbeordnung erhält folgenden Zusatz: „Ein polizeiliches Verbot der Verteilung ist unzulässig"; e) die landesgesetzlichen Strafbefreiungsvorschriften treten außer Kraft, ebenso die landesgesetzlichen Vorschriften, welche die Herrschaft wegen Beleidigung oder Körperverletzung des Gesindes für straffrei erklären, treten außer Kraft; f) die vor dem Jahre 1900 (event. vor dem Jahre 1870) erlassenen landesgesetzlichen Strafvorschriften (event. landesgesetzlichen Vorschriften über Bestrafung von Uebertretungen) werden aufgehoben.

Abg. **Stadthagen** (Soz.): Die Dinge, um die es sich bei unserem Antrag a) handelt, sind hier so oft besprochen, daß der Antrag ohne weiteres angenommen werden könnte und sollte. Preußen hat sein Plakatgesetz aufrecht erhalten, wonach eigentlich alle Plakate strafbar sind. Angewendet wird dies Gesetz aber immer

nur gegen sozialdemokratische Arbeiter.

Das Plakatgesetz hat wirklich keinen Sinn mehr und dient nur noch zu albernen Plackereien. (Sehr gut! bei den Soz.)

Wir beantragen ferner Außerkraftsetzung der landesgesetzlichen Vorschriften, welche Vertragsverletzungen eines Arbeiters oder eines Arbeitgebers mit Strafe bedrohen. Diese Vorschriften bestehen in flagrantem Widerspruch mit dem Prinzip des freien Vertrags, zumal sie sich nach dem Wortlaute und der Anwendung durchweg nur gegen den einen Teil, gegen den Arbeiter wenden. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Weiter verlangen wir, daß die Vorschriften des Landesrechts in bezug auf Verabredungen ländlicher Arbeiter und Dienstboten zur Einstellung oder Verhinderung der Arbeit außer Kraft treten. Der Reichstag hat sich ja mit großer Mehrheit für die Aufhebung des Koalitionsverbotes für ländliche Arbeiter ausgesprochen. Aber nichts ist geschehen, und der Reichstag ist es sich selbst schuldig, daß er durch Annahme unseres Antrags etwas Dampf hinter die Regierung setzt.

Die Notwendigkeit unseres Antrages auf Unzulässigkeit der Polizeiverbote gegen die Verteilung von Flugblättern brauche ich wohl nicht zu begründen. Alle Verständigen sind sich darin einig, daß diese Schikanen beseitigt werden müssen.

Ganz besonderen Wert legen wir auf unseren Antrag, die landesgesetzlichen Strafbefreiungsvorschriften außer Kraft zu setzen. Die

gesetzliche Straffreiheit der Züchtigung des „Gesindes",

diese wahrhaft mittelalterliche Privilegierung einer bevorrechteten Klasse, ist eine

Schmach des 20. Jahrhunderts.

Mehr als lächerlich ist der Einwand, daß z. B. in Preußen kein gesetzliches Prügelrecht bestehe. Was hat denn der geprügelte Knecht oder die geprügelte Magd davon, wenn ihnen der prügelnde Herr sagt: Ich habe ja kein gesetzliches Recht, euch zu prügeln, aber wenn ich euch prügele, so bleibe ich straffrei! Fast in allen deutschen Landesgesetzen existieren solche skandalöse, schmachvolle Strafbefreiungen. (Hört, hört! bei den Soz.) Es ist eine dringende Ehrenpflicht des Reichstages, diese wahrhaft rohen, grausamen und boshaften Zustände zu beseitigen. Wenn je ein Notgesetz nötig war, dann ist es hier nötig. (Zustimmung bei den Soz.)

Schließlich verlangen wir ganz allgemein die Beseitigung der vor dem Jahre 1900 und eventuell vor dem Jahre 1870 erlassenen landesgesetzlichen Strafvorschriften über die Bestrafung von Uebertretungen. Wir haben hierzu in Deutschland einen unübersehbaren Wust von Jahrhunderte alten, formell aber nicht aufgehobenen Verordnungen. Man braucht hier in Berlin nur einen Spaziergang von ½ Stunde zu machen, um sicher zu sein, daß man dabei ein halbes Dutzend Verordnungen übertritt. (Heiterkeit. Hört, hört! bei den Soz.) Es gibt noch eine Verordnung für Berlin, die es verbietet, daß nach 10 Uhr junge Männer zu jungen Mädchen gehen. (Große Heiterkeit.) Es ist wahrlich an der Zeit, daß endlich

mit all dem alten Gerümpel aufgeräumt

wird. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. **Heckscher** (Fortschr. Volksp.) bittet als Berichterstatter um Ablehnung der Anträge, weil sie in keinem Zusammenhange zur Vorlage stünden.

Abg. Dr. **Müller-Meiningen** (Fortschr. Volksp.): In der Tat ist der Zusammenhang kaum zu konstatieren. Ich möchte aber bemerken, daß die Regierung im Jahre 1908 der damaligen Blockmehrheit die Beseitigung des vom Abg. Stadthagen mit Recht getadelten alten Gerümpels versprochen hat. (Hört, hört! links.)

Hiermit **schließt** die Diskussion. Die Anträge Albrecht werden **abgelehnt**. Damit ist die zweite Lesung erledigt.

Nächste Sitzung: **Montag** 2 Uhr (Zweite Lesung des Wertzuwachssteuergesetzes.)

Schluß 4¼ Uhr.

Der Kampf gegen die Lungentuberkulose.

Im alten Sitzungssaal der Stadtverordneten in **Dresden** versammelte sich Freitag abend eine Anzahl Mitglieder von Krankenkassenvorständen auf Einladung des freien Ausschusses zur Bekämpfung der Lungenschwindsucht.

Der Vorsitzende der Städtischen Betriebskrankenkasse, Stadtrat Ahlheim, und der Vorsitzende der Ortskrankenkasse, Julius Fräßdorf, hatten die Zusammenkunft angeregt, um die Krankenkassen zur tätigen Mithilfe bei der Bekämpfung dieser furchtbaren Volkskrankheit zu veranlassen. Es waren außer einer Anzahl Vertreter des Vorstandes der Ortskrankenkasse die Vertreter von 18 Betriebs- (48) und von 2 Innungskrankenkassen (8) erschienen.

Herr Dr. med. **Beschorner**, der verdienstvolle Leiter der Neustädter Fürsorgestelle für Lungenkranke, hatte das einleitende Referat übernommen über die Notwendigkeit einer intensiveren Bekämpfung der Lungenschwindsucht. Der Vortragende gab in seinen sehr instruktiven und ruhig-sachlichen Ausführungen ein erschütterndes Bild von den vielfach gar nicht gekannten ungeheuren Verheerungen, die dieser Würgengel vor allem unter der minderbemittelten Menschheit anrichtet, welche Unsumme von Menschenglück und Menschenleben er vernichtet und wie furchtbar er werden müßte, wenn nicht eine ganz energische und konsequente Bekämpfung erfolgt.

Es war immerhin erfreulich, daß der Vortragende an verschiedenen graphischen Darstellungen nachweisen konnte, daß die Zahl der Infektionen und der Todesfälle besonders seit Entdeckung des Bazillus durch Dr. Koch und der damit entschiedener einsetzenden Bekämpfung und Vorbeugung wesentlich zurückgegangen sei. Aber immerhin fordert auch heute noch diese schreckliche Krankheit mehr Opfer wie Pest, Schwarzer Tod und Cholera, mehr Opfer wie der blutigste Krieg. Der Deutsch-französische Krieg forderte auf deutscher Seite ca. 28 000 Tote, die **Lungenschwindsucht** rafft alljährlich an **100 000 Menschen** dahin. **Eine Million Menschen in Deutschland leidet an der Tuberkulose.**

Der Vortragende bezeichnete als die Ursachen: **schlechte Ernährung, schlechte, sonnenlose Wohnung, mangelnde Reinlichkeit, schlimme Arbeitsverhältnisse.**

Es war gewiß eine unbeabsichtigte, aber doch denkbar schärfste Anklage, als der Vortragende die Unmöglichkeit schilderte, die **Heilstättenbehandlung** in der erforderlichen Weise durchzuführen. Das müsse an der Kostenfrage scheitern. Jetzt seien ca. 100 solcher Heilanstalten vorhanden, die einen einmaligen Kostenaufwand von 50 Millionen und einen jährlich wiederkehrenden von 10 Millionen erforderten. Zirka 40 000 Kranke könnten darin drei Monate, das sei die mindeste notwendige Zeit, untergebracht werden. Da 1 Million Lungenkranke vorhanden sind, wären mindestens 1½ Milliarden einmalige und 500 Millionen Mark jährliche Aufwendung nötig, um alle Lungenkranken unterbringen zu können.

Das sei unmöglich! meinte der Vortragende. Und er hat leider recht! Wie unsere Verhältnisse liegen, ist es wohl möglich, **ungezählte Milliarden zur Vernichtung menschlicher Kultur, menschlicher Gesundheit und menschlichen Lebens** vom Staate zu erlangen, aber um das Glück und das Leben Hunderttausender zu erhalten, dazu sind die Mittel vom Staate nicht zu erlangen. Und doch würden die Aufwendungen eines Jahres für Heer und Marine in Deutschland genügen, um alle Lungenkranken in Anstalten behandeln und damit einen vernichtenden Feldzug gegen diesen Würger der Menschheit zu führen; denn dann wäre die Möglichkeit der Infektion ganz wesentlich vermindert.

Die Vorbeugung der Ansteckung bleibt also, wie die Verhältnisse nun einmal liegen, die Haupttätigkeit. Und in dieser Beziehung ist Frankreich vorbildlich gewesen. Diese Tätigkeit wurde in besonders geeigneter Weise durch die vom freien Ausschuß zur Bekämpfung der Lungentuberkulose errichteten Fürsorgestellen geleistet, die allerdings in der Hauptsache auf freiwillige Zuwendungen von Krankenkassen und auf die private Wohltätigkeit angewiesen sind. Redner schildert die wirklich aufopfernde und segensreiche Tätigkeit dieser Fürsorgestellen. Die Hauptsache sei eben, daß **nicht nur Belehrung und Ratschläge** zur Verhütung von Ansteckung, sondern **auch tatkräftige materielle Hilfe** dort geleistet werde; denn wie schon gesagt, **schlechte Ernährung und ungesunde Wohnungen bereiten den Herd für die Ansteckung.**

Die **Wohnungsfrage** sei in Dresden eine sehr ungünstige. **Es sei sehr schwer, billige und dabei gesunde Wohnungen zu erlangen.**

Es sei vielleichter, Hunderte vor Krankheit zu schützen, als einen einzigen zu heilen. Die Gesetzgebung, Staat und Gemeinde könnten da viel tun. Wohnungshygiene und sanitäre Einrichtungen in den Betrieben sowie bessere Lohnbedingungen seien dringend notwendig.

Aber man dürfe diesen Faktoren nicht alles überlassen, deshalb müsse jeder einzelne mit herangezogen werden. Es müsse vor allem auch im Volke das nötige Verständnis für die Wichtigkeit dieser Frage: der Bekämpfung der Lungentuberkulose und vor allem der Verhütung der Infektion, verbreitet werden. Auch die Schule muß in den Dienst dieser Aufklärungsarbeit gestellt, bei dem Kinde müsse damit angefangen werden. (Wir können das nur begrüßen. Aber da wird viel Zeit vertrödelt mit dem geistlosen Einpauken von für das kindliche Gemüt unverdaulichen Bibelsprüchen und Gesangbuchversen, damit „die Seele gerettet" wird, der Körper aber kann zugrunde gehen! Die Red.) Diese Aufklärung falle den Auskunfts- und Fürsorgestellen zu.

Redner hatte eine Anzahl von ihm verfaßter Grundzüge der Tuberkulosebekämpfung gedruckt verteilen lassen. Wir zitieren daraus nur folgende Kampfmittel:

Aufklärung, Belehrung, Erziehung, Besserung der Wohnungsverhältnisse. Sonnige, möglichst helle und geräumige Wohnungen in den Vorstädten. **Besserung der Ernährungsverhältnisse.** Vorsicht bei der Berufswahl. Schlußuntersuchung bei Schulentlassung. **Belehrung über die Möglichkeit der Vermeidung von Gesundheitsschädigungen während der Arbeit. Hygiene des Arbeitsraumes, der Schulzimmer. Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs und der Geschlechtskrankheiten,** usw. usw.

Redner appellierte dann an die Versammelten, tatkräftig die Tätigkeit der Fürsorgestellen durch Zuwendungen aus Kassenmitteln durch einen jährlichen Beitrag zu unterstützen. Diese Fürsorgestellen müßten sich wie ein Netz über ganz Deutschland verbreiten. Das Zurückgehen der Erkrankungs- und Sterblichkeitsziffer beweise die segensreiche Wirkung dieser Tätigkeit.

Die außerordentlich wirksamen und überzeugenden Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen, und gar mancher unter den Versammelten erfuhr vielleicht zum ersten Male, wie schlimm die Verheerungen dieser nicht mit Unrecht Proletarierkrankheit genannten Lungentuberkulose sind.

In der kurzen Debatte nahm Genosse **Fräßdorf** das Wort, um darauf hinzuweisen, daß die Dresdner Ortskrankenkasse schon seit einigen Jahren einen Jahresbeitrag von zuletzt 1500 M. zahle und daß diese Ausgabe von der Aufsichtsbehörde nicht moniert worden sei, trotzdem das Krankenkassengesetz Ausgaben für prophy-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19110116/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

taktische (vorbeugende) Zwecke nicht gestatte. Man sei in der Beziehung in der letzten Zeit toleranter geworden. Außerdem lasse sich dieser Beitrag sehr wohl mit den Aufgaben der Krankenkassen vereinbaren. Er schlug dann vor, 1 M. pro Mille Beitrag zu zahlen. Nachdem noch eine Reihe von Bedenken einzelner Vertreter von Betriebskrankenkassen durch die Herren Ahlheim und Fräßdorf sowie dem Referenten zerstreut worden waren, wurde einstimmig dem Vorschlage der Leitung 1 M. pro Mille Beitrag dem freien Ausschuß zur Bekämpfung der Lungenschwindsucht seitens der Dresdner Kassen zur Verfügung zu stellen, zugestimmt.

Man kann nur den Krankenkassen aller Orten, vor allem in den großen Städten, empfehlen, dieser für die Volksgesundheit so wichtigen Frage ihre vollste Aufmerksamkeit und ihre tätige Mithilfe zu widmen. Es ist kaum anzunehmen, daß ihnen von den Aufsichtsbehörden irgendwelche Hindernisse in den Weg gelegt werden.

Die Moabiter Krawalle vor dem Schwurgericht.

llg. Berlin, 14. Januar 1911.

Nach Eröffnung der heutigen Sitzung durch Landgerichtsdirektor Dr. Unger wendet sich die Beweisaufnahme zunächst nochmals dem allgemeinen Teil zu. Es marschiert wiederum wie vor der Strafkammer eine Reihe Personen auf, die Aussagen über Mißhandlungen, Beleidigungen und Angriffe seitens der Schutzleute machen. Es sind darunter mehrere Personen, die angeben, daß sie, als sie den Bahnhof Beusselstraße verlassen hatten, um nach Hause zu gehen, ohne weiteres von Schutzleuten angegriffen und mit dem Säbel bearbeitet worden seien. Andere Zeugen geben an, wie sie ruhig in einem Restaurant gesessen und ihr Bier getrunken hätten, als plötzlich Schutzleute hereinstürmten und auf jeden einschlugen, der sich im Lokal befand. Es wird auch bekundet, daß an die Schutzmannsketten gerichtete höfliche Bitten um Durchlaß ohne weiteres mit Schlägen beantwortet worden seien.

Der Zeuge Klempner Schiller macht Angaben über das wüste Treiben bei der Demolierung des Rittbergerschen Lokals. Er bezeichnet die Menge vor und in dem Lokal als Janhagel. Die Demolierung habe wohl eine Stunde gedauert, ohne daß sich Polizei habe sehen lassen. Allgemein habe es bei der Anwohnerschaft Befremden erregt, daß in Groß-Berlin passieren könne, daß Eigentum der Bürger angegriffen werde, ohne daß Polizei zur Stelle sei. Andrerseits gibt ein Zeuge an, daß er seit acht Jahren in der Erasmusstraße wohne und in dieser ganzen Zeit nicht so viele Schutzleute gesehen habe, wie an dem einen Tage, dem 27. September. — Vert. R.-A. Dr. Heinemann spricht sein Befremden aus, daß der Vorsitzende die Vorgänge nach dem 28. September nicht zur Erörterung kommen lasse.

Vorsitzender Landgerichtsdirektor Dr. Unger bemerkt dazu, daß nach Uebereinkunft mit der Verteidigung diese Vorgänge nicht berührt werden sollen, da die Straftaten der Angeklagten vor dieser Zeit liegen.

Oberstaatsanwalt Dr. Preuß: Es ist doch unmöglich, daß die Handlungen der Polizei vom 29. September mitbestimmend auf die Handlungen einwirken können, die einer der Angeklagten an einem vorhergehenden Tage begangen hat.

Vert. R.-A. Heine: Wenn aber bewiesen wird, daß die Polizei am 29. September gewalttätig und gesetzwidrig vorgegangen ist, so liegt doch der Schluß nahe, daß sie sich auch an den vorhergehenden Tagen gesetzwidrig verhalten hat und daß man den Angeklagten glauben kann, wenn sie behaupten, dadurch gereizt worden zu sein. — Oberstaatsanwalt Dr. Preuß: Nicht die Polizei befindet sich hier auf der Anklagebank, sondern es handelt sich um die Angeklagten. — Vert. R.-A. Heine: Es handelt sich aber auch um die Glaubwürdigkeit nach der Richtung hin, daß die Schutzleute sich auch vor dem 29. September nicht mehr in rechtmäßiger Ausübung ihres Amtes befunden haben. Sehr häufig wird doch die Wahrheit einer Behauptung durch spätere Vorgänge bestätigt.

Damit ist vorläufig der allgemeine Teil erledigt und es wird zur Beweisaufnahme über die einzelnen den Angeklagten zur Last gelegten Straftaten geschritten. Die Angeklagten behaupten, daß sie von den Schutzleuten bei der Festnahme geschlagen worden seien, was von den als Zeugen vernommenen Schutzleuten entschieden bestritten wird. Ein Schutzmann erklärt, er habe den Angeklagten Fitzner in dem Augenblick festgenommen, als er sah und hörte, wie dieser Schimpfworte rief. In demselben Augenblick sei auch die Menge sehr drohend gewesen, und er habe den Ruf gehört: Drauf, jetzt ist es Zeit!

Angeklagter Fitzner bestreitet das entschieden. Gerade dieser Zeuge habe gerufen: Warte nur, wenn ich dich auf den Platz habe, dann werden wir dir schon den Mund stopfen! — Der Zeuge bestreitet das. — Angeklagter Fitzner: Das glaube ich, daß er das nicht sagt, denn dieser Beamte ist es ja gewesen, der mich am meisten geschlagen hat. — Der Zeuge bestreitet auch das.

Der Rest der heutigen Sitzung wurde mit der eingehenden Erörterung des Falles des Angeklagten Fitzner ausgefüllt. Der Aussage des Schutzmanns Kugler, der den Angeklagten Fitzner verhaftet hat und mit Bestimmtheit bekundet, daß die Verhaftung in dem Augenblick erfolgt sei, als Fitzner mit den Händen herumfuchtelte und laut rief: „Hurra haut sie, haut sie!", stehen die Aussagen zweier Arbeitskollegen des Angeklagten gegenüber, die diesen Angaben widersprechen. Auch mehrere andere Zeugen bekunden, daß Fitzner ihnen nachher Verletzungen gezeigt habe. — Zeuge Schutzmann Kugler bestreitet, daß der Angeklagte geschlagen worden sei.

Die Verhandlung wird Montag fortgesetzt. Die Sitzung am Montag wird sich mit der Beweisaufnahme über die einzelnen Straftaten der Angeklagten beschäftigen. Am Dienstag werden noch einige Zeugen zum allgemeinen Teil vernommen werden; man hofft dann am Mittwoch mit den Plädoyers beginnen zu können, so daß spätestens am Donnerstag das Urteil gefällt werden dürfte.

Gerichtszeitung.

Landgericht.

Zur Zuchthausstrafe hat der 1891 geborene Kellner Emil Richard Löffler, als ihn nach einer Verhandlung wegen einer Reihe Diebstähle und Betrügereien der Vorsitzende fragte, was er noch zu sagen hätte. L. ist schon fünfmal vorbestraft und verbüßt gegenwärtig eine siebenmonatige Gefängnisstrafe. Mit einem anderen, der später für geisteskrank erklärt worden ist, hat er mehrere Kellereinbrüche verübt, wobei ihnen Wein, Eßwaren und einmal ein Topf mit eingelegten Preißelbeeren in die Hände gefallen sind. L. hat auch einige Diebstähle allein verübt, indem er in zwei Fällen durch offene Vorhausfenster eine Weckeruhr und ein Nähkästchen, sowie aus einer Werkstatt ein Packet Jalousieschnure und in einem Restaurant ein Portemonnaie entwendete. Außerdem hat er einem Handwerksburschen eine Taschenuhr nebst Kette und einem Bäckermeister für 2.50 M. Kuchen durch Vorspiegelung falscher Tatsachen abgeschwindelt. L. war in allen Fällen geständig und bat aus dem Grunde um Zuchthausstrafe, damit er bald wieder in geordnete Verhältnisse käme. (!) Das Gericht erkannte auf eine Zusatzstrafe von 5 Monaten Gefängnis.

Liebesabenteuer. Wegen Verleitung zum Meineid hatte sich der 21jährige Ziegeleiarbeiter Ernst David Braunschweig zu verantworten. B. war der Liebhaber einer auf einem Gute in Kaufbach dienenden Magd P. Am Abend des 16. Juni vorigen Jahres ging sie sowie eine andere im selben Gute dienende Magd mit ihren Liebhabern spazieren, und nahmen nachher diese mit in ihre Kammer. Zu diesem Zwecke hatten sie schon beim Fortgehen ein Fenster in der Gesindestube aufgewirbelt, daß sie einsteigen konnten. Eine halbe Stunde später donnerte es an die Tür und der Besitzer stand mit seinem Sohne davor. Die Männer rannten die Treppe hinunter. Unten stand der Schweizer mit einigen anderen Leuten und wollten die Flüchtenden verprügeln. Da stach B. mit seinem Messer um sich und verletzte den Schweizer. Das Schöffengericht Wilsdruff verurteilte am 5. August B. wegen Körperverletzung zu 6 Monaten Gefängnis. Vor dieser Verhandlung hat nun B. der P. zwei Briefe geschrieben, worin er ihr auf Wunsch mitteilte, daß sie vor Gericht aussagen sollte, die Einladung zum Besuch in der Kammer ginge von ihr aus, er habe oben in der Kammer das Messer noch nicht gezogen. Das Mädchen hat aber in der Verhandlung entgegengesetzt ausgesagt. Nach der Verhandlung wurde gegen B. das Verfahren wegen Verleitung zum Meineid eröffnet. Mittlerweile war bekannt geworden, daß B. nichts mehr von der P. wissen wollte und sie mehreremal aus seiner Kammer in Wilsdruff hinausgesteckt hatte. In der Hauptverhandlung vor dem Landgericht gab B. das Schreiben der Briefe zu und behauptete, daß die Tatsachen wahr seien. Das Mädchen habe ihn gebeten, aufzuschreiben, was sie sagen sollte, da sie noch nie vor Gericht gestanden hatte. Die P. verwickelte sich in Widersprüche, so daß sie sich vom Vorsitzenden sagen lassen mußte, sie scheine es mit der Wahrheit nicht genau zu nehmen. Trotzdem der Staatsanwalt den Strafantrag aufrecht erhielt, erkannte das Gericht nach kurzer Beratung auf Freisprechung.

Schöffengericht.

Das Schicksal herausgefordert hat der 26 Jahre alte Arbeiter Eduard Decker in Bühlau. D. wohnte 1906 in Meißen zur Untermiete. Dort entfernte er sich heimlich und nahm den Paß des Sohnes seiner Wirtin mit. In Dresden kaufte er in einem Abzahlungsgeschäft einen Anzug und einen Ueberzieher, wobei er sich mit dem falschen Paß legitimierte. Er zahlte nur 26 M. an und ließ dann nichts mehr von sich hören. Es gelang auch nicht, ihn zu ermitteln. Vor kurzer Zeit kam er wieder in das Geschäft und kaufte sich einen Ueberzieher auf Abzahlung. Wieder legitimierte er sich mit dem falschen Paß, gab aber diesmal seine richtige Wohnung in Bühlau an. Dies führte zu seiner Ermittlung und er büßt nun die schon fast in Vergessenheit geratene Tat mit 4 Wochen Gefängnis.

Ein ungetreuer Patentanwalt. Ein Schneidermeister erfand einen neuen Kleiderbügel und wollte die Erfindung zum Patent anmelden. Er erteilte deshalb dem Techniker Adolf Adam den Auftrag, die Vorarbeiten zur Erlangung des Patents zu machen, und gab ihm auch 215 M., die er an das Patentamt einschicken sollte. Der Techniker verbrauchte das Geld für sich. Wegen Unterschlagung wurde er zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt und sofort in Haft genommen.

Berichtigung. In dem Bericht in der Sonnabend-Nummer: Die Mutter als Mitschuldige, wird von den Eltern der Verurteilten versichert, daß die Mutter ihre Tochter nicht zum Handeln mit Honig veranlaßt hätte, demnach die Voraussetzung der Spitzmarke fehlte.

Victoria-Salon.

Juliette d'Arté; Blatzheim, Komiker Elliot und die grossen Neujahrs-Novitäten. Anfang 8 Uhr. Sonn- und Feiertags 4 Uhr und 8 Uhr.

Im Tunnel: Zigeuner-Kabarett. Anfang 7½ Uhr. Sonntags 5 Uhr.

Dresden. Lebensmittelpreise (in Pfennigen) in der städtischen Markthalle auf dem Antonsplatze, auf den offenen Märkten und in den Ladengeschäften am 12. Januar 1911. (Mitgeteilt vom städtischen Statistischen Amte.) — Mühlenerzeugnisse (½ kg): Roggenmehl: Nr. 0 18—20, hausbacken 15—18, Nr. 3 11—12; Weizenmehl: Kaiserauszug 21—28, Grießlerauszug 20—22, Bäckermundmehl 19—20; Nudeln: Nr. I (Kaiserauszug) 40—65, Nr. II (Grießlerauszug) 34—40, Eiernudeln 42—80. Brot (½ kg): Saxoniamühle-Wicken, I. Sorte 18,5, II. Sorte 12,5, III. Sorte 11,5. Niedersedlitzer I. Sorte 13,5, II. Sorte 12,5, III. Sorte 11. Plauensches I. Sorte 13,5—14, II. Sorte 12,5—13, III. Sorte 11,5—12. Fleisch und Fleischwaren (½ kg): Rindfleisch: Brustfleisch 70—120, Bauchfleisch 60—90, Bratenfleisch, Keule 90—130, Schoßfleisch 100—200, Lende, unausgeschält 80—130, Lende, ausgeschält 130—260; Kalbfleisch: Schnitzelfleisch 140—240, Keule 90—140, übrige Teile 80—120; Hammelfleisch: Keule 90 bis 120, Koteletten 90—120, Kochfleisch 70—100; Schweinefleisch: Keule 80—120, Karree 100—140, Bauchfleisch 65—90, Knöchel 30—70, Rauchfleisch 90—140; Schinken: im ganzen Stück 100—150, im Aufschnitt 140—250, Speck, geräuchert 90—120, Speck, roh 65—100, Schweineschmalz 90—120, Schweineschmalz, ausländisches 78—90, Rindschmalz 60—80, Blutwurst 50—140, Leberwurst 60—140, Zervelatwurst 120—240. Zahmes Geflügel (geschlachtet): Gänse (½ kg) 70—85, Enten (St.) 280-500, Kapaunen (St.) 275-475, Truthähne (St.) 650 bis 1500, Truthühner (Stück) 500—850, Perlhühner (Stück) 250—350, Hühner, alte (Stück) 220—400, Hühner, junge (Stück) 100—300, Tauben (Stück) 60—130. Wildbret: Hasen im Fell (Stück) 300—500, Hasen gespickt (Stück) 250—450, Hirschwild, Kochfleisch (½ kg) 40—80, Hirschkeule (Stück) 1500—2500, Hirschrücken (Stück) 1500—3000, Rehkeule (St.) 400—900, Rehrücken (St.) 900—1400. Wildgeflügel: Fasanen (St.) 200—400, Birkhähne (St.) 250—350, Birkhühner (Stück) 200—300, Haselhühner (Stück) 160—200, Schneehühner 120 bis 150, Schnepfen 300—400, Wildenten (Stück) 150—275. Lebende Fische und Schaltiere: Barsche (½ kg) 40—70, Bunte Fische (Backfische) (½ kg) 50—80, Hechte (½ kg) 110—150, Karpfen (½ kg) 85—100, Forellen (Stück) 80—400, Schleien (½ kg) 140—200, Aale (½ kg) 150—200, Hummer (½ kg) 350 bis 400. Fischwaren: a) frische (½ kg): Bunte Fische (Backfische) 25—70, Schellfische 25—60, Hechte 70—120, Kabeljau 25—60, Rotzungen 50—100, Goldbutt 40—70, Zander 65—180, Schleien 80—100, Rheinlachs 350—550, Seezungen 140—300, Silberlachs 100—250, Steinbutt 140—220; b) gesalzene u. geräucherte (Stück): Matjesheringe 15—40, Vollheringe 5—10, Bücklinge 4—10, Sprotten (½ kg) 60—140. Grünwaren: Blumenkohl (St.) 15—50, Rosenkohl (½ kg) 35—60, Rotkraut (St.) 10—45, Weißkraut (St.) 10—35, Welschkraut (Wirsing) (St.) 10—45, Grünkohl (½ kg) 12—15, Spinat (½ kg) 20—30, Karotten, neue (15 Bdch.) 80—100, Karotten (½ kg) 8—10, Kohlrüben (Stück) 5—12, Mohrrüben (½ kg) 4—7, Rote Rüben (15 St.) 30—60, Teltower Rüben (½ kg) 20—25, Weiße Rüben (½ kg) 5—10, Kohlrabi (Stück) 4—10, Meerrettich (Stück) 20—50, Radieschen (Bdch.) 5-8, Rettiche (Stück) 5—10, Schwarzwurzel (Bündchen) 8—10, Sellerie (Stück) 5—25, Spargel, franz. (½ kg) 240, Zwiebeln (½ kg) 8—12, Kopfsalat, hiesiger (St.) 10—15, Kopfsalat, fremder (St.) 15-20, Endivien, hiesige (St.) 5—10, Endivien, fremde (½ kg) 40—50, Bohnen, grüne, französische (½ kg) 150—180, Gurken (Salat-) (St.) 150—200, Paradiesäpfel (½ kg) 38-60. Sauerkraut (½ kg) 7-10. Saure Gurken (St.) 5—12. Pilze (½ kg) Champignons 120—160, Steinpilze, getr., 110—300, Morcheln, getr., 450. Trockenes Gemüse (½ kg) Bohnen 18—24, Erbsen, geschälte 18—32, Erbsen, ungeschälte 18—24, Graupen 16—40, Grieß 22—50, Hafergrütze 24—40, Heidegrütze 24—40, Hirse 15—28, Linsen 12—40. Gemüse-Konserven (½ kg): Stangenspargel 65—100, Erbsen, natürliche 30—80, Bohnen 22—45. Obst-, Süd- und Gartenfrüchte: Aepfel, inländische (½ kg) 8—30, Aepfel, ausländische (½ kg) 45—100, Aepfel, amerik. (½ kg) 40—90, Birnen, inländ. (½ kg) 15—100, Melonen (Stück) — —, Preißelbeeren (½ kg) —, Preißelbeeren (amerik.) (½ kg) —, Haselnüsse (½ kg) 40—120, Walnüsse (½ kg) 25—70, Walnüsse, frische (½ kg) — —, Weintrauben, ausländ. (½ kg) 45-350, Apfelsinen (½ kg) 20-40, Mandarinen (St.) 6-20, Datteln (½ kg) 32-120, Feigen (½ kg) 25-100, Korinthen (½ kg) 28-60, Mandeln (½ kg) 110—160, Rosinen (½ kg) 30—100, Zitronen (Stück) 3—10. Trockenes und eingemachtes Obst (½ kg): Aepfel 50—90, Birnen 25 bis 100, Kirschen 28-90, Mischobst 28-80, Pflaumen 20-120, Prünellen 57—100, Pflaumenmus 22—35, Marmelade 25—80, eingesottene Preißelbeeren mit Zucker 32—60, eingesottene Preißelbeeren ohne Zucker 30—60. Molkereiprodukte: (l) Vollmilch 17—22, Sahne 60 bis 100, Magermilch 10, Zentrifugen-Magermilch 8, Molkereibutter (½ kg) 124—160, Landbutter (½ kg) 120—150, Koch- und Backbutter (½ kg) 110—130, Quark (½ kg) 16—20, Sahnenkäse (½ kg) 70—130, Magermilchkäse (½ kg) 25—50, Schweizerkäse (½ kg) 90 bis 140. Margarine (½ kg) 60—108. Eier: Tageeier (Stück) 11—18, Landeier (15 Stück) 185—165, fremde (15 Stück) 95—185. Kartoffeln (50 kg) 300—350, (½ kg) 4—5. Honig (½ kg) 100—200.

Liebe ist des Weibes Beruf

und wir alle kennen nur den höchsten Wunsch, es in der Hand zu haben, unser Liebes- und Familienleben glücklich zu gestalten. Wir Frauen haben so viele Fragen auf dem Herzen, deren Beantwortung zu verlangen wir nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet sind. Wo finden wir aber immer zu rechter Zeit die heiß ersehnte Antwort? Wir wagen ja nicht zu fragen und behalten andrerseits unsere innersten Gedanken und Erfahrungen für uns. Und doch ist dies nicht richtig. Unseren hohen Beruf als Gattin und Mutter können wir nur dann ganz erfüllen, wenn wir unsere heiligsten inneren Gefühle nicht antasten lassen und doch bereits als junge Mädchen zur Ehe erzogen werden. Umfassende Aufklärung über unsern eigenen Körper und dessen gesunde, schöne Entwicklung ist notwendig. Ferner müssen wir wissen, was der weibliche Körper und besonders dessen innere Organe zu leisten haben. Wir müssen, trotz des unsagbar Schweren, was die Mutter erdulden muß, die Harmonie in der Ehe zu erhalten wissen. Wir sind das schöne wunderreiche Band in der Familie, nämlich das Band zwischen Kind und Vater. Wenn wir uns zum Beispiel zu viel zumuten und nicht wissen hauszuhalten mit unseren körperlichen Kräften, dann leiden nicht nur wir, sondern die ganze Familie darunter. Wir sind dann natürlich doppelt verpflichtet, unsere Schönheit, die gleichbedeutend mit Gesundheit und Glück ist, so schnell wie möglich wieder zu erlangen. — Als Frau, die leider selbst in Unwissenheit erzogen und der deshalb vom Schicksal auch Schäden als Gattin und Mutter zugefügt wurden, halte ich mich verpflichtet, meinen Geschlechtsgenossinnen zu nützen. In Millionen von Exemplaren habe ich meine aufklärenden Schriften in die Welt hinausgeschickt und tausendfaches Echo erweckt mein Ruf: Laßt uns ein wissendes und tugendhaftes Geschlecht sein und nicht Unwissenheit und Unschuld als gleichbedeutend betrachten. Heute habe ich mir nun noch die Aufgabe gestellt, durch Arrangements von großen Volksvorträgen überall noch mehr als wie bisher zu wirken: Große populäre Vorträge, welche mit großen Lichtbilderdarstellungen verbunden werden. Für Dresden habe ich den berühmtesten Redner, Reinhold Gerling, Oranienburg-Berlin, gewonnen. Jeder kennt denselben, weil er der erste war, der für die Befreiung des Weibes aus der Geschlechtssklaverei öffentlich aufgetreten ist: und viele danken schon seinen Vorträgen und Werken über Schönheit, Gesundheit und Eheglück, diese drei noch so seltenen höchsten Edelsteine des Lebens. Wir dürfen uns nicht scheuen, überall da, wo es notwendig ist, das Uebel beim rechten Namen zu nennen, denn die Wahrheit schafft das Gute und das Gute ist rein.

Grosser wissenschaftlicher

Lichtbilder-Vortrag für Damen

Dienstag den 17. Januar 1911, abends 8¼ Uhr im Etablissement Deutsche Reichskrone

Königsbrücker Straße, Haltestelle der elektr. Bahn: Bischofsweg

Grosser wissenschaftlicher

Lichtbilder-Vortrag für Männer

Donnerstag den 19. Januar 1911, abends 8¼ Uhr ebenfalls in der Deutschen Reichskrone.

Ebenso wichtig wie für die Frau sind die Vorträge auch für den Mann; denn was liegt wohl dem ernstdenkenden Manne mehr am Herzen, als im Interesse der Nachkommenschaft das Wesen und die Pflichten des Weibes ganz zu verstehen und es zu unterstützen.

Reinhold Gerling spricht über:

Das Liebes- und Geschlechts-Leben des heutigen Kulturmenschen.

I. Teil.

Das Kind. — O, wie lieben wir es. — Es soll an Leib und Seele sich prächtig entwickeln! — Die Blütenknospen der Menschheit: Jüngling u. d. Jungfrau. — Wie traurig, wenn in der Lenzeszeit des Lebens die Eltern nicht wissen, all die 1000 zarten sprossenden Keimchen zur reinen gesunden Entfaltung zu bringen. — Dann kann kommen, daß all unsere Liebesmüh umsonst war — wir haben kein Kind mehr. — Unwissenheit ist das furchtbarste Ungeheuer. Ihr nähert sich das Böse in tausenderlei Gestalt. — Die Jagd nach dem Weib. — Verführungskünste. — Vampyre am weiblichen Geschlecht. — Schamlosigkeit, Gefühllosigkeit, Rohheit und Gewissenlosigkeit. — Verführt und verlassen. — Kindaussetzung, Kindesmord, Fruchtabtreibung. — Prostitution und Geschlechtskrankheiten. — Die gewaltige Kraft der Seele, sich von Schäden wieder zu befreien. — Wissend körperlich und seelisch voll entwickelt sein. — Lebensgenuß.

II. Teil.

Ehe und Familie. — Der Mädchen Erziehung zur Ehe. — Was der Mann vor der Ehe von der Ehe wissen muß. — Wie das Weib den Mann fesselt und der Mann das Weib glücklich macht. — Klippen der Liebe. — Wesen und Inhalt der Ehe. — Die Einwerbung. — Sauberkeit und Schmuck. — Schlechte Wirtschaft. — Eheliche Treue und Untreue. — Küche und Tisch. — Die Erregung der Sinnlichkeit. — Die Schranke der Scham. — Wie die Frau den eifersüchtigen, harten oder unmoralischen Mann behandeln soll. — Mutterschaft. — Wonne und Leid. — Körperliches Verhalten. — Vorgeburtliche Erziehung. — Schwangerschaft. — Befreiung von Beschwerden. — Leichte, gefahrlose Entbindung. — Das Wochenbett. — Wie erzeugt die Frau selbst die für den Säugling bekömmlichste und in ihrer Zusammensetzung wertvollste Nahrung? — Wie muß überhaupt die Brust gepflegt werden, damit sie zur richtigen Entwicklung kommt? — All das, was der Frau so vielen Kummer und Schmerz bereitet. — Warum gönnt man der Frau vielfach keine Erholung? — Schwere Geburten. — Fehlgeburten. — Operationen. — Verletzungen. — Schwächezustände. — Entkräftung. — Müssen die Frauen so furchtbar leiden? — Die Leiden durch Blutarmut, Rückenschmerzen und Unterleibsbeschwerden. — Warum versäumen viele Frauen zur rechten Zeit zum Arzt zu gehen? — Wann ist man unbedingt dazu verpflichtet? — Mitschwestern, lassen Sie uns gegenseitig über das, was zu unserem Besten ist, aufklären. — Nach Schluß des Vortrages wird jede Frage aus dem Kreise des Publikums (auch schriftliche) frei beantwortet. — Wie erhalten wir unsere Schönheit bis ins hohe Alter und verhüten wir das Verblühen?

Ich könnte noch von vielen tausend in den herzlichsten Ausdrücken gehaltenen Dank- und Anerkennungsschreiben, die ich bekommen, hier einige beifügen, aber das ist wohl bei einer solch' guten Sache nicht nötig. Kommen Sie und sehen Sie überzeugt, daß Sie begeistert aus den Vorträgen gehen und freudig das Gehörte weiter verbreiten. Ueberall mußte der Billettverkauf schon lange vor Beginn der Vorträge wegen Ueberfüllung der Säle eingestellt werden. Das war auch stets so, wenn sie in einzelnen Städten oft wiederholt wurden, wohl die Folge der Weiterempfehlung von Mund zu Mund.

Eintritt 50 Pf.

Vorverkauf bei Haasenstein & Vogler, Wilsdruffer Straße 1, und in der Deutschen Reichskrone und Verlag abends an der Kasse.

Hedwig Kröning aus Stuttgart.

Leben · Wissen · Kunst

Tägliches Unterhaltungsblatt der Dresdner Volkszeitung

[illegible]

Wirtschaftliches

Eine Gilde für Erfinder. Es ist eigentlich ganz folgerichtig, wenn sich in der Zeit und im Lande der Trusts jetzt auch die Erfinder zusammenschließen wollen. Schon in der ersten Hälfte des vorigen Jahres ging von einigen Leuten in den Vereinigten Staaten, die einen besonderen Beruf zum Erfinden verspürt und bewiesen haben, die Anregung aus, Mittel und Wege zu finden, um die Schwierigkeiten und Nachteile, unter denen der Erfinder angeblich in den meisten Fällen arbeitet, zu überwinden. In der Sache werden wahrscheinlich auch die meisten Erfinder anderer Länder ihren amerikanischen Fachgenossen recht geben, denn es ist vielleicht verhältnismäßig selten, daß bei der Verwertung einer Erfindung der den Löwenanteil davonträgt, der sie selbst gemacht hat. Die Geschichte der Technik früherer Jahrhunderte lehrt genugsam, daß es unter Umständen eine undankbare, wenn nicht gar gefährliche Sache um das Erfinden ist. Deshalb wollten jene amerikanischen Erfinder eine Art von Gilde gründen, die zu einer Verbesserung dieser Zustände führen könnte. Mittlerweile ist diese Absicht zur Ausführung gekommen, und im letzten Heft der Neuyorker Wochenschrift Science sind eingehende Mitteilungen über die Erfindergilde (Inventors Guild), wie sich die Vereinigung nunmehr genannt hat, gemacht worden. Da diese Gründung wohl die erste ihrer Art ist, darf ihre weitere Entwicklung gewiß einiges Interesse beanspruchen. Der erste Paragraph der Satzungen lautet (in der Uebersetzung aus dem Englischen) folgendermaßen: Der Zweck der Gilde ist, die Anwendung der praktischen Künste und Wissenschaften zu fördern, das Interesse zu wecken für die Rechte der Erfinder, volle Anerkennung und Schutz zu sichern und soziale Beziehungen zwischen denen zu pflegen, die bemerkenswerte Fortschritte in der Anwendung der praktischen Künste und Wissenschaften herbeigeführt haben. An Aufgaben für die neue Vereinigung fehlt es nicht, und sie sind sofort ins Auge gefaßt worden. An erster Stelle wird der Kampf gegen die Saumseligkeit des Patentamts und gegen die Unzulänglichkeit seiner Arbeit infolge von Ueberlastung und Mangel an geschulten Kräften verkündet. Ergeben sich Schwierigkeiten, die nur auf gerichtlichem Wege ausgeglichen werden können, so soll die Gesellschaft dort eintreten, wo ein mittelloser Erfinder aus Geldmangel sein Recht nicht weiter verfolgen kann. Auch gegen die ausländischen Patentämter wendet sich die Gilde, indem sie die Behauptung aufstellt, daß jene gegen den amerikanischen Erfinder nicht mit der Liberalität verfahren, wie es von seiten des amerikanischen Patentamts gegen ausländische Erfinder der Fall ist. Außerdem wird noch eine ganze Anzahl von Mißständen aufgezählt, unter denen der amerikanische Erfinder zu leiden hat. Merkwürdig berührt die Maßnahme, daß die neue Gilde nicht mehr als 50 Mitglieder haben soll. Der Grund für diese Beschränkung wird damit erklärt, daß eine kleine Gesellschaft für die Erzielung wirklicher Fortschritte besser geeignet sei, ein Satz, der sich doch nicht allenthalben bewährt hat. Auch wird wohl der wahre Grund der sein, daß die 50 Auserwählten zunächst lieber für sich allein als für eine große Masse arbeiten wollen. Unter den führenden Persönlichkeiten finden sich den weltbekannten Namen Michael Pupin, der Erfinder der Pupinschen Rollen, und Cooper Hewitt, der Erfinder der Quecksilberdampflampe. Doch haben noch zahlreiche Koryphäen, unter ihnen auch Edison, ihren Beitritt zu der Gilde erklärt.

Heilkunde

Blinddarmentzündung als eine Folge von einer durch Eingeweidewürmer vermittelten Infektion, das ist die neueste Phase in der Erforschung dieser immer häufiger auftretenden Unterleibskrankheit. Was aus derartigen Theorien entstehen kann, wenn sie einseitig verfolgt werden, das zeigen die Ratschläge, die in der Pariser Gazette des Hopitaux gegeben werden, um einer Blinddarminfektion zu entgehen. Nicht nur, daß alles Trinkwasser gekocht werden muß und daß die Hände einer sorgfältigen Sterilisierung vor dem Essen zu unterwerfen sind, auch Salat, Rettiche, Erdbeeren, Birnen, überhaupt alle Gemüse und Feldfrüchte dürfen nur im gekochten und sterilisierten Zustande gegessen werden. Von der Widerstandsfähigkeit des menschlichen Organismus und der Erhöhung derselben durch ein gesundes, mäßiges Leben bei guter Nahrung und frischer Luft scheinen diese Hohepriester der Wissenschaft nichts zu wissen. L.

Kleine Mitteilungen

Vor wenigen Tagen brachte der Dresdner Anzeiger eine Notiz über die Zeitschrift „Hygiene und Industrie". Die Leitung der Internationalen Hygiene-Ausstellung 1911 teilt uns hierzu mit, daß diese Zeitschrift keine offizielle Publikation der Ausstellung ist und daß der Verlag in keinerlei Beziehung zur Ausstellungsleitung steht, so sehr auch durch das Vorwort in der ersten Nummer dieser Zeitschrift der Anschein erweckt werden mag, als ob das der Fall sei. Das Blatt wird auf dem Gelände der Ausstellung nicht zum Verkauf zugelassen werden.

Aus Washington verlautet: Die Experten, welche die Dokumente des Kommandeurs Peary geprüft haben, erklären jetzt, daß Peary den Nordpol nicht erreicht hat. Er war ungefähr 18 bis 20 Kilometer vom Pol entfernt gewesen. — Zu gleicher Zeit kommt aus Washington die Mitteilung: Der Marineausschuß habe dem Unterhause die Annahme der Gesetzesvorlage empfohlen,

[illegible]

Dem Esperantistischen Taschenkalender 1911 zufolge gab es Ende 1910 in 61 Ländern mit 1092 Städten 1719 Gruppen von Esperantisten. Davon entfielen auf Deutschland etwa 300 Gruppen des Deutschen Esperanto-Bundes E. V., dessen Auskunftsstellen gegen Rückporto Auskunft über Esperanto, Lehrmittel usw. unentgeltlich erteilen.

Der durch zahlreiche literarische Arbeiten zur Geschichte Leipzigs bekannt gewordene Stadtbibliothekar Dr. Kroker wurde vom Rat der Stadt Leipzig an Stelle des verstorbenen Professors Wustmann zum Oberbibliothekar und Direktor des Leipziger Ratsarchivs gewählt.

Franz Neumanns Oper Liebelei nach Artur Schnitzlers gleichnamigem Schauspiel hatte im Leipziger Stadttheater freundlichen Erfolg.

Der Verein der praktischen Tierärzte im Königreich Sachsen hat beschlossen, im Jahre 1911 aus Anlaß der Internationalen Hygiene-Ausstellung in Dresden zu tagen.

Nach Mitteilungen von zuständiger Seite aus Wien ist Dr. Karl Schönherr für sein Drama Glaube und Heimat der Grillparzer-Preis verliehen worden.

Die Deutsche Volksfestspiel-Gesellschaft, die unter Leitung von Max Reinhardt in den großen Städten Deutschlands volkstümliche Festvorstellungen veranstalten will, hat sich konstituiert. Zum ersten Vorsitzenden wurde der erste Bürgermeister von München, v. Borscht, gewählt.

Dresdner Kalender

Theater. Repertoire vom 17. Januar. Opernhaus (Altstadt): Der Musikant. Oper in zwei Akten von J. Bittner. Anfang 7½ Uhr. — Schauspielhaus (Neustadt): Wallensteins Lager. Vorspiel in einem Aufzug von Schiller. Die Piccolomini. Schauspiel in fünf Aufzügen von Schiller. Anfang 7 Uhr. — Residenztheater: Der ledige Gatte. Anfang 7½ Uhr. — Zentraltheater: Der Graf von Luxemburg. Anfang 8 Uhr.

Wochenspielplan der Kgl. Hoftheater. Opernhaus. Montag: Tiefland (7½). Dienstag: Der Musikant (7½). Mittwoch: Der Gefangene der Zarin (7½). Donnerstag: Fidelio (7½). Freitag: Der Zigeunerbaron (7½). Sonnabend: Aida (7½). Sonntag: Tannhäuser (7). — Schauspielhaus. Montag: Die Kinder (7½). Dienstag: Wallensteins Lager. Die Piccolomini (7). Mittwoch: Faust (7½). Donnerstag: Die Nibelungen (7). Freitag: Ein Glas Wasser (7½). Sonnabend: Die Rabensteinerin (7½). Sonntag: Aschenbrödel (2½). Zur Erinnerung an Lessings Geburtstag: Minna von Barnhelm (7½).

Volksvorstellung im Opernhaus. Montag den 23. Januar findet eine Aufführung der Oper Mignon von A. Thomas zu ermäßigten Preisen statt. Die Vorstellung beginnt um 8 Uhr. Die Eintrittskarten zu dieser Vorstellung werden wie bisher durch den Rat der Stadt (Personalamt) summarisch an Arbeiter- und Berufsvereine abgegeben. Für Dienstboten soll in der Städtischen Dienstboten-Krankenkasse (An der Kreuzkirche 18, I.) eine Anzahl Eintrittskarten einzeln verkauft werden. Die Abgabe solcher Karten erfolgt jedoch nur gegen Vorlegung des Dienstbuchs an die Dienstboten zur Benutzung für ihre Person. Es werden Maßregeln getroffen, um die mißbräuchliche Entnahme und Verwendung der für die Dienstboten reservierten Karten zu verhüten. Im übrigen werden Einzelkarten weder an den Kassen der Kgl. Hoftheater und des Invalidendanks noch im Personalamt abgegeben.

Im Residenztheater wird Dienstag die Operette Der ledige Gatte, Mittwoch die Operette Das Musikantenmädel, Donnerstag die Operette Der Liebesgott aufgeführt. Freitag findet eine Uraufführung statt, und zwar geht an diesem Tage Der gelbe Prinz von Karl Ohnesorg in Szene. Das Weihnachtsmärchen Das Sonntagskind wird jeden Mittwoch und Sonnabend nachmittag bei ermäßigten Preisen wiederholt.

Vorträge. Im Literarischen Verein liest am Dienstag, 8 Uhr, in den Drei Raben Georg v. d. Gabelentz außer seiner Novelle Der Strom zwei Kapitel aus seinem Roman Um eine Krone, sein Märchen Der Spiegel u. a.

Freitag den 20. Januar veranstaltet der Münchner Schauspieler und Regisseur Vogelmann-Vollrath abends 8 Uhr im kleinen Saale des Gewerbehauses einen einmaligen Modernen Vortragsabend, in welchem er die hier noch nicht rezitierte „Geschichte von den 7 Gehenkten" von Leonid Andrejew zu Gehör bringt.

Der Vortrag (deutsch) von Karin Michaelis über „Die Frau und das gefährliche Alter" findet, wie wir wiederholt mitteilen, Mittwoch den 25. Januar im großen Gewerbehaussaal statt. Karten bei F. Ries, Seestraße 21, und Ad. Brauer, Hauptstraße 2.

Musik. Heute Montag, abends 7½ Uhr, im Palmengarten: 4. Streich-Quartettabend des Petri-Quartetts (Petri-Wartowski-Spitzner-Wille). Es kommen von Beethoven folgende Streichquartette zur Aufführung: F-Moll, Op. 95. D-Dur, Op. 18, Nr. 3. E-Moll, Op. 59, Nr. 2.

Leben • Wissen • Kunst

Tägliches Unterhaltungsblatt der Dresdner Volkszeitung

Nr. 12 Dresden 16. Januar 1911

Die Ratten

Von Gerhart Hauptmann

Uraufführung im Berliner Lessingtheater

Am Freitag erlebte im Berliner Lessingtheater unter der Direktion von Otto Brahm die Berliner Tragikomödie „Die Ratten" von Gerhart Hauptmann ihre Uraufführung. Die Tragikomödie bedeutet eine künstlerische Großtat. Der Dichter vermochte für ein Thema einen neuen unerhörten künstlerischen Ausdruck zu finden, das durch die schleimige Behandlung von Seiten der Operlibrettisten, der Feuilletonisten und der sogenannten „idealistischen" Dichter nur noch künstlerischen Widerwillen erregte: Für das Thema von der Sehnsucht der Frau nach dem Kinde und von der Mutterliebe.

Die Frau des Maurerpoliers John hat vor Jahren ihr einziges Kind verloren. Ihr Mann, ein fleißiger Arbeiter, ist außerhalb beschäftigt, sie wirtschaftet und rackert sich ab und verdient selbst ein tüchtiges Stück Geld. Für wen? Die Frage dämmert in ihrer Abgeschlossenheit und Einsamkeit immer stärker auf. Ein junges polnisches Mädchen im Hause, das von ihrem „Bräutigam" verlassen ist und ihre schwere Stunde erwartet, offenbart sich der als gutmütig bekannten Frau John voll Verzweiflung. Sie will sich aus Scham und aus Furcht vor der Schande das Leben nehmen. In Frau John reift sich der Entschluß, das Ungeborene zu sich zu nehmen und es für ihr eigenes Kind auszugeben. Sie führt den Plan aus und benachrichtigt ihren Mann von dem so lange erwarteten glücklichen Ereignis ihres Lebens. Der Mann ist nicht weniger erfreut und beschließt, sich in Berlin Arbeit zu suchen, um dauernd bei seiner Familie bleiben zu können. Die Mutter des Kindes hat den ersten Schreck überwunden und die Mutterliebe treibt sie zu Frau John, um ihr Kind zu sehen und es trotz der Verabredung zu sich zu nehmen. Frau John ist außer sich über diesen Gesinnungswechsel, sie weigert sich, der „Person" das Kind auch nur zu zeigen, das ja ohne ihre Hilfe überhaupt die Welt nicht erblickt hätte, und sie läßt sich sogar zu Tätlichkeiten gegen die Mutter hinreißen. Die droht mit der Polizei und dem Gericht und kündigt der Frau John an, daß sie am nächsten Tag ihr Kind durch die von der Vormundschaft bestellte Pflegerin abholen lassen wird. Frau John sieht ihr Traumglück zerfließen und will es mit allen Mitteln halten. Sie hat gegen den Willen ihres Mannes ihren Bruder Bruno, einen heruntergekommenen Menschen und Säufer, aus Geschwisterliebe stets unterstützt und versucht, ihm wieder auf den Weg zu helfen. In ihrer großen Seelenangst bittet sie den Bruder, die rabiate Mutter von ihrer Wohnung fernzuhalten. Bruno nimmt den Wunsch allzu wörtlich und tötet die Polin. Das Verbrechen wird bekannt und John, entsetzt über die Tat, will seine Frau, die Schwester des Mörders, verlassen und sein Kind zu sich nehmen. Um das Kind sich zu retten, gesteht Frau John und verläßt mit dem Kind den ihr fremd gewordenen Mann.

Das ist in Kürze der wesentliche Inhalt der Tragikomödie, der natürlich, wie überhaupt jede Erzählung einer dramatischen Handlung, keine Vorstellung von der dichterischen Gewalt geben kann. Die Tragödie der Mutterliebe wird eine Tragikomödie, weil hier eine Mutter um ein angenommenes Kind kämpft, das ihr das eigene tote ersetzen soll. Die erzählte Handlung selbst ist mit zahlreichen Episoden verknüpft, die Hauptmanns Kunst im Gestalten wieder eindringlich beweist.

Ebenso meisterhaft ist der Humor und die Lyrik dieser Dichtung. Sie sind nicht gemacht, sondern aus einem Vermögen triebhaft emporgeschossen. Jede echte Dichtung wächst nur auf lyrischem Boden. Man muß allerdings unter Lyrik nicht das verstehen, was unsere Wald- und Liebesdichter für sie ausgeben. Schöne Worte und große Gesinnungen und edle Gedanken tun es nicht. Lyrik ist der innerlichste Ausdruck des persönlichsten Erlebnisses.

Wie mächtig ist die Liebeslyrik in Hauptmanns Dichtung. Hier wird das Lyrische nicht durch Erklärungen, Schwüre, Küsse und Kniefälle gegeben, sondern: das junge Mädchen, die Tochter eines alten, verschmierten Theaterdirektors, gibt ihrem Geliebten, einem armen Studenten ihr Portemonnaie: „Mein Geld ist Dein Geld!" Diese allertiefste Lyrik aus der Situation heraus ist durch Schilderung sämtlicher griechischen und christlichen Götter nicht zu überbieten. Oder: Wenn ein kleines Mädchen gefragt wird, warum es sich das ihm zur Wartung anvertraute Kind von einer fremden Dame habe rauben lassen, antwortet: „Ich habe nicht geschrien, weil die Frau das Kind in reine Wäsche gelegt hat", so ist das ehlere Lyrik und Dichtung überhaupt, als die Aufzählung sämtlicher Blumen und Sterne. Wer das nicht einsieht, begreift das Wesen der Kunst nicht.

Niemand sollte versäumen, sich die Schöpfung dieses wahrhaften Dichters und Künstlers anzusehen. Sie wird jedem ein Erlebnis sein, weil sie aus dem Reinmenschlichen kommt und es zu ihrer Aufnahme keiner Voraussetzung in geistiger, moralischer oder ästhetischer Hinsicht bedarf, als der Mitfreude und des Mitleids.

Die Darstellung stand leider nicht auf der Höhe des Werkes. Nur Else Lehmann war einfach meisterhaft in jedem Wort, in jedem Schweigen, in jedem Blick und in jeder Geste. Unerträglich talentlos und fade wirkte Herr Kurt Stieler, der den armen Studenten, eine Hauptperson, der Hauptmann sein eigenes künstlerisches Glaubensbekenntnis in den Mund legt, verkörpern sollte.

H. W.

14

Die Vagabunden

Roman von Karl von Holtei

Zehn dumme Gesichter, unter denen die beiden Puschel und Rudi angehörigen wahrscheinlich die dümmsten waren, bejahten durch erstauntes Schweigen diesen glänzenden Antrag, zu dessen Vollführung Theodor die siebente Morgenstunde des in Rede stehenden Sonntags und als Sammelplatz das Haus seines Vaters angab, in dem man sich durch ein reichliches Frühstück zu den Anstrengungen der Reise wie des ländlichen Festes vorbereiten und kräftigen wolle.

Die Sache verhielt sich aber ganz einfach so. Herr von der Helfst sen. trieb neben seinem Großhandel auch — (freilich sehr im stillen!) — ein kleines Händelchen mit Hypotheken nämlich, auf Häuser oder Landgüter eingetragen. Wo ein Großgrundbesitzer einige Male mit seinen Zinsen im Rest geblieben, waren wie Raben, die ein Aas wittern, die Makler des großen Mannes da, um auszustöbern, wie es mit dem unsicheren Zahler stehe. Lauteten die Berichte — in ihrem Sinne — günstig, dann wußten sie durch allerlei hingeworfene Andeutungen die auf ihre Zinsen harrenden Eigentümer jener Grundverschreibungen ängstlich zu machen und erkauften dann dergleichen Papiere, die übrigens auf den Fall eines Bankerotts Sicherheit gewähren mußten, mit unzweifelhaftem Vorteil für ihren Herrn und Meister. So war Timotheus von der Helfst in den Besitz einer gerichtlich eingetragenen, auf Liebenau lautenden Schuldverschreibung von 30 000 Talern à 4½ Prozent gelangt, welche letztere Onkel Rasus seit drei halben Jahren ignoriert hatte. Herr von der Helfst hatte bisher nur mäßig erinnert, mit Klagen nur gedroht, Subhastation nur wie ein Schreckbild aus der Ferne gezeigt, offenbar in der menschenfreundlichen Absicht, seinen Gläubiger immer tiefer sinken zu lassen, um dann die Herrschaft, deren noch immer bedeutender Waldbestand ihn lockte, ohne lange Umschweife in seine Hände zu bekommen. Der Baron, schlau genug, so etwas zu ahnen, wollte den Kaufherrn an Ort und Stelle haben, um ihn durch den Anblick alter Stämme lüstern zu machen, damit vielleicht ein Verkauf aus freier Hand ihn vor der Krida schütze und so viel abwerfe, noch ein kleines Kapitälchen an die Seite zu bringen. Deshalb hatte er den Städter dringend eingeladen. Der Städter aber, schlauer als schlau, begriff die Absicht des Dörflers und beschloß, sich durch den Sohn vertreten zu lassen, der unbefangen auftreten, dabei über manches Aufschluß erhalten und dann Bericht erstatten konnte, um so passender, weil die Herrschaft für ihn bestimmt, zu seinem „Edelsitz" ausersehen war. Je burschikoser Theodor erschien, desto leichter mußte ihm seine Rolle als unentdeckter Spion werden, und deshalb ergriff er die Gelegenheit, welche der Pastorsöhne Einladung darbot, so eifrig, im voraus von seines Vaters zustimmendem Lobe überzeugt. Daran fehlte es auch nicht. Er kutschierte, neben einem zierlichen Reitknecht thronend, die von Herrn von Helfsts Gabelfrühstück hoch entflammte Zehnzahl bestens den grünen Waldgefilden zu, welche er bereits als ihm gehörig prüfte, und lieferte sämtliche Burschenschaft, durch rasche Fahrt ziemlich nüchtern geworden, richtig vor der uns bekannten Wildenweinlaube ab. Onkel Rasus entsetzte sich anfänglich, daß der kolossale Vierspänner nur junges Tänzergesindel, nicht aber den erwarteten, stich-

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19110116/9
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

tilie, Liebetraute als die jüngste, hübscheste und klügste der Töchter durch einige Kniffe, Püffe und Zwicker in kindliche Pflichten der Koketterie und Bezauberung einzuweihen, wobei er ihr zärtlich ins Ohr grunzte: „Von dir, du dumme Gans, hängt es jetzund ab, und von deiner Larve und deinen paar Pfund Gänsefleisch, ob dein alter Vater wie ein Bettelhund von Haus und Hof wandern soll, oder ob du den einzigen Sohn des verfluchten Wucherers fangen und den Vater retten kannst! — Reiche Dame — oder alte Spinnjungfer. Du hast die Wahl!“

Baron Kannabich war noch nicht betrunken, als er diese gewichtigen Worte sprach; denn er hatte sich für [illegible] auch wahrscheinlichen Empfang nüchtern erhalten wollen, weshalb er auch in der Kirche die Predigt abgewartet.

Der Erntekranz wurde um vier Uhr nachmittags ins Herrenhaus getragen. Musikanten gingen dem Zuge voran; viele Dorfleute, darunter auch solche, die nichts mit der Feierlichkeit gemein hatten, folgten ihm, um bei Gelegenheit in jene Räume des Schlosses dringen zu dürfen, welche sonst niemals geöffnet wurden, und dort die alten, buntfarbenen, wenn auch von Zeit und Mäusen zerstörten Tapeten anzugaffen. Anton war so sehr daran gewöhnt, diesen Zug mitzumachen, noch aus den Jahren frühester Kindheit, wo er als Gespiele der Fräuleins und als Liebetrautes Liebling sich im Schlosse heimisch fühlte, daß er auch heute, die jüngste Vergangenheit vergessend, sich anschloß. Er überlegte weiter nicht, welche Folgen dies möglicherweise haben könnte. Seine Großmutter schüttelte ängstlich das alte Haupt, wie er dahin zog — in seinem besten Putze!

Er war sehr schön. Weiße Beinkleider, aus dem feinsten selbstgesponnenen Leinwandstücke der Mutter Gotsch geschnitten und vom Dorfschneider mit besonderer Vorliebe und Sorgfalt gearbeitet, saßen ihm so nett und knapp und hoben seine schlanke, kräftige Gestalt so anmutig hervor, daß man nichts Hübscheres sehen konnte, ein kurzes Jäckchen von dunkelblauem Tuche schmiegte sich wie gegossen an die breiten Schultern, um den halb offenen Hemdkragen schlang sich ein rotseidenes Tuch, dessen Zipfel lang umherflatterten, auf den vollen braunen Locken, nach dem rechten Ohre hin gesenkt, saß ein strohgelbes Ledermützchen. Und das edle Angesicht, aus welchem unter dunklen Brauen und Wimpern ein blauleuchtendes Auge hervorstrahlte, bildete in wehmütigem Ernst den wirksamsten Gegensatz zu der fast spöttisch lächelnden Oberlippe, auf der sich der erste Anflug eines regelmäßig geformten Bartes wölbte. Sein Gang war fest und leicht, beides zugleich, ohne Spur von Ziererei, den natürlichsten Anstand bezeichnend. Die kleinen Füße schienen, in dünneren Schuhen, als jemals ein Liebenauer Bursche besessen, einherschreitend, selbst zu zweifeln, ob sie Boden genug fassen könnten, der ihnen anvertrauten Person das rechte Gleichgewicht zu erhalten. Doch ging es herrlich, und Anton wandelte auf ihnen mutig einher.

Die Großmutter schaute ihm lange nach, dann erlaubte sie sich die unbescheidene Frage: „Du lieber Gott, was wollest du mit dem Jungen neben den Dorflümmeln?“

Im Schlosse hatten sie den großen Saal des Erdgeschosses gelüftet, geheizt, ausgeputzt für Tanz und Lustbarkeit. Das Mittagsmahl war beendet. Theodor neben Ottilien gereiht und an besseren Wein im väterlichen Hause gewöhnt, hatte des Barons Ermunterungen zum Trinken ebenso unbeachtet gelassen, als Ottilie die liebevoll an sie gestellten Aufforderungen, zuvorkommend und kokett zu sein. Sie gaben ein stummes Paar ab. Desto lauter wurden die anderen. Sie konnten kaum den Beginn des Tanzes erwarten.

Die Pflicht der Schloßfräuleins, althergebrachtem Brauche gemäß sich einige Male mit den Pferde- und Ochsenknechten des Hofes umherzuschwenken, wurde eiligst abgemacht, die tanzlustigen Mägde rasch beschenkt, durch eine Anweisung auf Bier und Branntwein ins Dorfwirtshaus so schnell als möglich beseitigt, und kaum waren die leicht Befriedigten fortgeschickt, als andere Musikanten — ob besser, steht dahin — ihre widerspenstigen Geigen und Blasinstrumente ergriffen, den „herrschaftlichen Ball“ zu eröffnen. Er war nun eben nicht sehr herrschaftlich, dieser Ball. Drei Figuren sind es, die sich ausnahmsweise hervortun, dem Ganzen einigen Glanz zu verleihen. Zuerst, wie billig, nennen wir die jüngste Tochter des Hauses. Ottilie, anspruchslos gekleidet, gewährte, ohne vollkommen schön zu sein, einen angenehmen Anblick, und benahm sich, wie man sich in der höheren Welt benimmt. Sie kannte nicht anders. Neben ihr zeigte sich Theodor als wohlerzogen und zierlich, nur daß er durch Kränk-

[illegible]

Anton war endlich, der über alle hervorragte und für die Zier des Festes gegolten haben könnte, wenn er nicht zurückgezogen und stumm in einem Winkel geblieben wäre. Daß er überhaupt blieb, nachdem das Landvolk sich entfernt, schien seltsam genug. Ihm wäre so etwas auch nicht in den Sinn gekommen, vielmehr hatte er, als der lange Zug sich endlich durch die weit geöffneten Flügeltüren in den Saal drängte, seinerseits standhaft sich gegen den Strom gestemmt, um draußen zu bleiben unter den Letzten, Geringsten, Schüchternsten der Gemeinde. Dort jedoch hatte Liebetrautens Blick ihn erspäht, und sie war es, die ihn hereingeholt, mit ihm zu tanzen, während alle übrigen Tänzerinnen die Robott des Tages an derbe Knechte abtragen. Er tanzte so leicht und wußte dabei seine Tänzerin so sicher zu führen, daß sie mehr flogen als tanzten. Ottilie kam in diesem Schweben dem auf ihren Sieg spekulierenden Vater dermaßen belebt und feurig vor, daß er sich von Dankbarkeit zu Anton gezogen fand, als welcher durch sein Geschick die Reize der sonst kalten Dame in helleres Licht zu stellen gewußt. Mit einer vom Mittagstische schon schwer gewordenen Zunge sprach er ihn in der gewöhnlichen Liebkosungsformel: „Na, Schlingel?“ an, und ohne selbst recht zu wissen, was er tat, befahl er ihm, beim herrschaftlichen Balle zu verweilen. Kaum war diese gebieterische Einladung ausgesprochen, als Ottilie von ihrem Tänzer zurücktrat, dem Vater einen fast grimmigen Blick zuwarf und sich unter die anderen Frauenzimmer verlor.

(Fortsetzung folgt.)

Umschau

Opernuraufführung in Chemnitz

Erlanger: Teß

Die große Industriestadt Chemnitz besitzt seit einiger Zeit bekanntlich ein neues Stadttheater, das der Oper dient und in seiner architektonischen und dekorativen Schönheit wirklich sehenswürdig ist. Man hat den berechtigten Ehrgeiz, nun auch eine gewisse selbständige Geltung zu gewinnen, und auf diesem Wege ist die erste deutsche Uraufführung einer Oper in Chemnitz ein bedeutender Schritt. Und man konnte ihn wohl wagen; die musikalischen, künstlerischen und technischen Kräfte langten durchaus an. Die Oper heißt Teß. Ihr Text ist von dem vielbewanderten Librettisten Illica, einer englischen Novelle des Thomas Hardy entnommen, ursprünglich italienisch geschrieben, in dieser Sprache von Friedrich von Erlanger vertont und schließlich von einem Ungarn, Peter [illegible], ins Deutsche übertragen. In Italien und in London (hier offenbar englisch) ist die Oper aufgeführt worden und nun schließlich im Sächsischen gelandet. Ein internationaler Weg des Werdens! Die Handlung ist ein Gemisch von englischer Sentimentalität und Tugendliebe und italienischen Verismuseffekten. Teß ist die Tochter eines englischen Landpächters und wird von einem Bauernsohne umworben. Familienverhältnisse und der Wille des verschuldeten Vaters führen sie aber in die Stadt, wo sie das Opfer eines entfernten Verwandten wird. Im dritten Akte ist sie Mutter eines wieder gestorbenen Kindes. Da der Bauernsohn weiter um Teß wirbt, beauftragt sie ihren Vater, ihm ihr Schicksal bekannt zu machen. Der Bauernsohn heiratet sie. Am Hochzeitsabend dankt sie ihm, daß er sie aus dem Schicksal wieder erhoben habe und muß mit Schrecken erfahren, daß ihr Vater dem arglosen Burschen nichts mitgeteilt hat. Warum? weiß niemand genau. Da er sie verstößt in seinem ersten Schmerze, eilt sie hinaus und stürzt sich in ein in der Nähe befindliches Wehr.

Diese Geschichte ist voll von psychologischen Sprüngen, Naivitäten und Unwahrscheinlichkeiten. So recht im Tugendbild englischer Familienromane, die sich seit Richardsons Zeit nicht sehr verändert haben. Illica hat es nicht verstanden, etwas Dramatisches und menschlich Interessierendes daraus zu machen. Die ganze vorhandene Geschichte läßt einen recht kalt. Offenbar wollte der Verfasser mit einigen Höhepunkten wie mit der Verführungsszene und der großen Schlafwandlerszene dem Hörer ein paar dramatische Akzente verleihen, aber er fand nicht die genügende Unterstützung des Komponisten.

Erlangers Musik ist das Erzeugnis eines im modernen Stil kultivierten Kopfes, eines Mannes, der die Veristen, insbesondere Puccini, mit Geschmack und gutem Gedächtnis gehört hat, seinen Wagner kennt und mit den Mitteln umzugehen weiß. Überall wenn auf einem Kunstgebiete durch führende Talente eine gewisse Höhe erreicht ist, kommen gewandte und begabte Leute, bei denen die Nachempfindung und Anlehnungsfähigkeit größer ist als die eigene Empfindung und Schöpferkraft. Sie verwerten dann die vorhandenen Wirkungen, Stile, Mittel. Solche Verwertungskraft hat Erlanger [illegible]. Italienische Kantilenen, [illegible] Melodik, [illegible] der Orchesterbehandlung, Mangel an dramatischer Schlagkraft und Steigerungsfähigkeit erzeugen eine einlullende [illegible] Süße, der in den drei Akten fast jeder gesunde Kontrast fehlt. Selbst die paar Chöre bleiben farblos und [illegible] sich der weichen Monotonie an. Auf [illegible]

[illegible] französischer Art, Harfen und Celli gewonnen. Instrumentalsoli verschiedener Instrumente bringen einige aufgesponnene Lichtfäden in das gleichmäßige Glitzern der Orchesterfarben. Ein paar [illegible] schmeicheln hier und da dem Ohr und manchmal ist es, als ob Kraft und Dramatik sich aufbäumen wollten; aber schnell sinkt die Erhebung zurück. Diese wohllautig weiche Verwertermusik ist sicher talentvoll, aber ermüdend und kraftlos. Sie erstickt in ihrer Weichheit. Und oft klingt sie so bekannt! Dem Vorspiel zum dritten Aufzug fehlt es doch sehr an organischem Aufbau und gedanklichem Gehalt. Gefühl ist alles. Es ist die Musik eines gebildeten Formgeübten.

Die Aufführung war sehr anerkennenswert. Freilich konnte es der Regie des Herrn Oberregisseur Tiener nicht gelingen, der [illegible] Romantik in den Regievorstellungen, [illegible] Maler der Traumen d'Annunzios eine Menge Poesie sich verirrt hat, die dem [illegible] Texte fehlt, gerecht zu werden; aber die Szenenbilder waren stimmungsvoll und gelöscht, hier und da aber etwas mit Einzelheiten überladen. Unter Kapellmeister Malata wurde tüchtig und sicher gesungen und gespielt. Frl. Schildbarter als Teß entfaltete viel Routine, lang mit etwas gepreßtem Ansatz recht dramatisch, so weit das zu machen war. Herr Zeigischel, Herr Kuhlmann, Frl. Merkel boten daneben sehr anerkennenswerte Leistungen. Eine ziemlich starke Theatralik der Gebärden fiel mir auf, war aber dem ganzen Stoffe nicht unangemessen. Die Aufnahme war äußerst günstig, doch wird wohl ein Teil der Begeisterung und Lorbeerfreudigkeit auf Kosten der ersten Opernuraufführung in Chemnitz kommen.

Felix Zimmermann.

Kunstvorträge Im Künstlerhause fand am Sonnabend der erste einer Reihe von Rezitationsabenden statt, an denen Friederike Brett ihre Zuhörer durch das Gebiet der Dichtkunst von der Romantik bis zum Beginn der realistischen Zeit führen will. Die Vortragende bemerkte einleitend: Sie wolle mit dieser Wanderung nicht einen literarhistorischen Ueberblick geben, sondern lediglich versuchen, aus den schönsten Blumen, die sie auf diesem Wege fände, einen harmonischen Strauß zu binden. Zunächst kamen die Romantiker Tieck, Hölderlin, Novalis, Achim v. Arnim und Brentano zum Wort. Was die Vortragende von diesen Autoren gab, waren fein empfundene heilige Gedichte, deren Auswahl sie wohl nach persönlichem Interesse und Geschmack getroffen hatte. Ihr weiches, modulationsfähiges Organ brachte den lyrischen Gehalt zu trefflichem Ausdruck. Besonders gut gelangen ihr das reizende Märchen „Hyazinth und Rosenblüt“ von Novalis und das „Wiegenlied“ von Arnim. In beiden kam die zartere Lieblichkeit der Romantik so recht zur Geltung. Aber auch in stimmungsklärerer und ernster, von unbegrenzter Sehnsucht durchdrungener Poesien wie Hölderlins „Heimat“ oder Brentanos „Loreley“ konnte sich die Empfindung der Vortragenden zeigen. Nicht ganz so glücklich war sie in der Wiedergabe jener Gedichte, die eine gewisse Kraft erforderten, wie „Der Herr von Falkenstein“ von Arnim oder „Lieb Mädel, wie schlecht bist du“ von Brentano. Wohl war die Steigerung des leidenschaftlichen Gefühls vorhanden, aber es fehlte doch manchmal an Herbheit und gewaltiger Schärfe. Im ganzen jedoch war diese Stunde innerhalb der Empfindungswelt der Romantik eine genußreiche. Lebhafter Beifall dankte denn auch der Vortragskünstlerin. ma.

„Rita Sacchetto in ihren Tanzdichtungen“. Der Ausdruck „Dichtungen“ läßt eigentlich mehr erwarten, als die Tänzerin gestern im Vereinshause gab. Geschmackvolle charakteristische Kleidung und Schönheit der Bewegung an sich rechtfertigen diese Bezeichnung noch nicht. Man vermißte [illegible] der Bewegungen, die aus einer bestimmten Empfindungswelt [illegible] hätten. Das [illegible] mit der Schönheit der körperlichen Erscheinung [illegible] bei allen Tänzen [illegible] „Frühlingsstimmen“ von Strauß zum Ausdruck. Hier [illegible] die Glieder am [illegible] und der Töne und bessere musikalische Lebendigkeit entfaltete den Zuschauer. In der Tarantella von Chopin und der Rhapsodie von Liszt fehlte es an Feuer und Leidenschaft. Bei den spanischen Tänzen wirkte die Musik, die von David Saphirstein vorzüglich gespielt wurde, [illegible] belebend auf die Tänzerin. m.

Bildende Künste Entlehnungen Manets. Seit einiger Zeit wird die überraschende Behauptung gemacht, daß Eduard Manet für seine Kompositionen mehrfach Motive alter Meister benutzt hat, die seiner künstlerischen Persönlichkeit und Ausdrucksweise recht fern liegen mußten. So hat zuerst Gustav Pauli, der Direktor der Bremer Kunsthalle, festgestellt, daß Manets berühmtes „Frühstück im Freien“ auf eine Komposition des Raffael zurückgeht, die in einem Stich Marc Antons auf uns gekommen ist. Und Hugo von Tschudi fand, daß auf der Erschießung Kaiser Maximilians zwei von den Zuschauern auf der Mauer im Hintergrunde von Raffaels Engeln der Sixtinischen Madonna entlehnt sind. Jetzt weist Emil Waldmann bei einem Werke der [illegible] Sammlung Widener in Philadelphia [illegible] des Toreros von 1865 [illegible] [illegible] geben, wie Waldmann in „Kunst und Künstler“ ausführt, sehr weit.

Zoologischer Garten Die drei jungen, im Sommer geborenen Pumas haben sich gut entwickelt und fangen bereits an, einfarbig zu werden; vor allem das eine Individuum ist seinen Geschwistern weit voraus und läßt kaum noch die ehemals so scharf umschriebenen Flecken erkennen. Bekanntlich werden auch die einfarbigen Löwen fleckig geboren, aber bei ihnen ist die Fleckenzeichnung viel unauffälliger, verschwindet dagegen nur selten so vollständig wie bei den neuweltlichen Pumas. Meist finden sich noch Spuren der Flecken an zwei- bis dreijährigen Löwen; ja man kann auch an unserem nun bald zweijährigen „König“ und auch an seiner Mutter noch Flecken erkennen. Das gleiche Verhältnis haben wir bei Hirschen; auch bei ihnen gibt es Formen, deren Junge sehr lebhaft gefleckt sind und später keine Spur von Flecken mehr aufzuweisen haben, wie z. B. unser Rothirsch, und solche, deren Jugendkleid nur schwach gefleckt ist, die aber im Alter immer noch Spuren von Fleckenzeichnung erkennen lassen, wie z. B. die indischen Schweinshirsche.

Erdkunde Der Magnetberg in Spitzbergen. Eine der großartigsten Phantasien, die von der Einbildungskraft der Völker geboren worden sind, ist das Märchen vom Magnetberg, der die Schiffe unaufhaltsam anzieht und schließlich so stark auf sie wirkt, daß er ihnen die Nägel aus dem Rumpfe zieht und sie zum Zerfallen bringt. Der Magnetismus ist nun freilich auch in der freien Natur eine weitverbreitete Erscheinung, und es gibt wohl auch große Berge, die mehr oder weniger stark magnetisch sind. Für einen Reisenden in unbekannten und öden Ländern können sie dadurch zu einer gewissen Gefahr werden, daß sie die Magnetnadel ablenken und den Wanderer in die Irre führen. Es ist aber noch kein einziger Fall bekannt, in dem eine Expedition dadurch zugrunde gegangen wäre. Bedenklicher müßte die Lage für ein Schiff sein, wenn es durch eine Ablenkung des Kompasses aus dem Kurs und vielleicht nach einer gefährlichen Küste hin gelenkt werden würde. Wahrscheinlich ist der Gedanke daran auch der Ursprung jener Sage, denn es läßt sich nicht annehmen, daß sie vor der Erfindung und Anwendung der Magnetnadel in der Geschichte entstanden sein könnte. Heute aber ist die Gefahr, wenn sie jemals ernstlich herangetreten sein sollte, selbstverständlich nicht mehr zu fürchten, weil das Verhalten der magnetischen Nadel in allen Gegenden der Erde und besonders der viel befahrenen Meeresteile genau studiert worden ist, so daß der Seemann sofort weiß, mit welcher Ablenkung er an einem bestimmten Ort zu rechnen hat. Daß mitunter merkwürdige und überraschende Verhältnisse des Magnetismus vorkommen, hat Dr. Mercanton bei einer Kreuzfahrt in Spitzbergen erfahren. Die vulkanischen Gesteine, die dort als Diabase einen ziemlich großen Raum einnehmen, haben nämlich einen sonderbaren Magnetismus gezeigt. Mercanton beobachtete, wie er der Pariser Akademie der Wissenschaften meldet, an einzelnen Bruchstücken des vulkanischen Gesteins, daß sie nicht nur magnetisch waren, sondern auf der oberen Fläche einen Südpol, auf der unteren einen Nordpol aufwiesen, bei anderen Stücken war die Verteilung des Magnetismus gerade umgekehrt. Es muß zunächst angenommen werden, daß dieser magnetische Zustand bereits zu der Zeit entstanden ist, als das vulkanische Gestein nachdem es sich in heißflüssiger Form als Lava ergossen hatte, erkaltet und fest geworden war. Dagegen gibt der gegenwärtige Stand der Kenntnis kein Mittel, die Tatsache zu erklären, daß der Magnetismus bei einigen Bruchstücken so und bei anderen gerade umgekehrt gerichtet ist. Vielleicht wird das Studium des Magnetismus längstvergangener Zeitalter noch einmal zu einer besonderen wissenschaftlichen Aufgabe gemacht werden, denn es liegt schon manches andere wichtige Material dafür vor. Zu dem erstaunlichsten gehört die bereits vor einigen Jahren gemachte Entdeckung, daß Gesteinstücke aus gebranntem Ton, die zur Zeit des alten römischen Reichs hergestellt worden waren, den Magnetismus, den sie beim Brennen angenommen hatten, noch heute besitzen. Da sie ihre Lage seit dem Altertum nicht geändert hatten, so ließ sich danach feststellen, welche Schwankungen die Richtung der magnetischen Kraft in jener Gegend etwa während der letzten zwei Jahrtausende erfahren hat.

Naturkunde Ein merkwürdiges Skelett der Urzeit. Aus Newyork wird berichtet: Eine ungewöhnliche Entdeckung ist in diesen Tagen im Vorort der Stadt Newark gemacht worden, in den „Palisaden“ fand man ein wohlerhaltenes Skelett eines Dinosauriers, das eine Länge von 40 Fuß aufweist in einer Höhe von 15 bis 18 Fuß. Die Sachverständigen vom amerikanischen Naturhistorischen Museum, die sofort an die Fundstelle gerufen wurden, erklären die Entdeckung als eine der bedeutsamsten, die je [illegible] gemacht wurden. „Der Dinosaurier,“ so äußerte sich der paläontologische Direktor des Museums, „könnte vielleicht am besten als eine Art Kreuzung zwischen einem Krokodil und einem Strauß bezeichnet werden, [illegible] Es ist ein seltsamer Gedanke, sich vorzustellen, daß dieses groteske Tier vor vielleicht 20 Millionen Jahren an der Stelle herumkroch, wo sich heute am Broadway die gewaltigen Wolkenkratzer erheben.“ Das Skelett wird dem Museum einverleibt, das sich bereits heute rühmen kann, die großartigste Sammlung von Dinosauriern [illegible]

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19110116/10
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG